

TATSACHEN

ÜBER DEUTSCHLAND

Außenpolitik · Gesellschaft · Wissenschaft · Wirtschaft · Kultur



**Tatsachen über
Deutschland**



INHALT

AUF EINEN BLICK



Föderale Republik	6
Wappen & Symbole	8
Demografie	10
Geografie & Klima	12
Parlament & Parteien	14
Politisches System	16
Bundesregierung	18
Berühmte Deutsche	20

STAAT & POLITIK



Erfolgreiche Reformen	22
Föderaler Staat	26
Aktive Politik	30
Vielfältige Teilhabe	32
Das politische Berlin	34
Lebendige Erinnerungskultur	36

AUSSENPOLITIK



Zivile Gestaltungsmacht	38
Engagiert für Frieden und Sicherheit	42
Anwalt europäischer Integration	46
Schutz von Menschenrechten	50
Offener Netzwerkpartner	54
Nachhaltige Entwicklung	56

WIRTSCHAFT & INNOVATION



Starker Standort	58
Globaler Akteur	62
Leitmärkte und Innovationen	66
Nachhaltige Ökonomie	70
Digitale Agenda	72
Geschätzter Handelspartner	74
Attraktiver Arbeitsmarkt	76

UMWELT & KLIMA



Vorreiter in der Klimapolitik	78
Impulsgeber für Klimakooperationen	82
Generationenprojekt Energiewende	84
Zukunftsbranche Greentech	88
Erneuerbare Energien	90
Lebenswichtige Vielfalt	92

BILDUNG & WISSEN



Starker Wissensstandort	94
Dynamische Hochschullandschaft	98
Ambitionierte Spitzenforschung	102
Vernetzte Wissenschaft	106
Engagierte Außenwissenschaftspolitik	108
Exzellente Forschung	110
Attraktives Schulsystem	112

GESELLSCHAFT



Bereichernde Vielfalt	114
Zuwanderung gestalten	118
Plurale Lebensformen	122
Engagierte Zivilgesellschaft	126
Starker Sozialstaat	128
Vielseitige Freizeit	130
Freie Religionsausübung	132

KULTUR & MEDIEN



Lebendige Kulturnation	134
Innovative Kreativwirtschaft	138
Kultureller Dialog	140
Weltoffene Positionen	142
Rasanter Medienwandel	146
Spannende Welterbestätten	150
Attraktive Sprache	152

LEBENSART



Land der Vielfalt	154
Urbane Lebensqualität	158
Nachhaltiger Tourismus	160
Sportliche Herausforderungen	164
Sehenswertes Berlin	168
Entspanntes Genießen	170

BILDNACHWEISE

172

REGISTER

173

IMPRESSUM

176

VORWORT

Was kennzeichnet Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur in Deutschland? Die „Tatsachen über Deutschland“ laden dazu ein, das moderne und weltoffene Land kennenzulernen. Das Handbuch bietet profundes Basiswissen und Orientierungshilfe – speziell konzipiert für internationale Leserinnen und Leser. In neun Kapiteln vermitteln die „Tatsachen“ ein Verständnis der deutschen Gesellschaft und zeigen, welche Modelle und Lösungen in einer Zeit der gesellschaftlichen und politischen Veränderung diskutiert werden. Die vollkommen überarbeitete Neuauflage behandelt vor allem Gegenwartsthemen –

geschichtliche und institutionelle Zusammenhänge sind in den Hintergrund verlagert. Um den Texten einen hohen Nutzwert zu geben, sind sie mit aktuellem Datenmaterial angereichert.

Zur Fortentwicklung der „Tatsachen über Deutschland“ gehört ein umfangreiches digitales Angebot, das die in der Printausgabe skizzierten Themen im Internet vertieft. Die neue „Tatsachen über Deutschland“-Community, zu der wir Sie herzlich einladen, soll zugleich den Dialog fördern und dem Gedankenaustausch dienen. ■



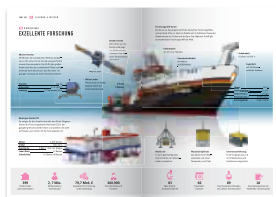
Deutschland kennenlernen und erleben – mit den crossmedialen „Tatsachen über Deutschland“

TATSACHEN-FAMILIE

Einblick: Informative Überblickstexte geben schnelle Orientierung über die aktuellen Entwicklungen des Kapitelthemas.



Thema: Faktenreiche Sachtexte liefern eine vertiefte und erweiterte Einordnung und Rahmung zu den wichtigsten Aspekten.



Panorama: Umfangreiche Infografiken ergänzen die Kapitel und erweitern sie visuell anschaulich.

HANDBUCH

Die Neuauflage des Handbuchs „Tatsachen über Deutschland“ bietet in neun Kapiteln unterschiedliche Zugänge zum Deutschland von heute. Die Kapitel sind so gegliedert, dass zunächst ein „Einblick“ mit den wichtigsten Grundinformationen in das Thema einführt. Im Anschluss werden die unterschiedlichen Aspekte thematisch ausführlich vertieft. Jedes Kapitel enthält zudem viele Wegweiser zu weiterführenden Informationskanälen sowie cross-mediale Brückenangebote.

- Angebot in 19 Sprachen
- Neun Themenfelder
- Unterschiedliche Infoebenen
- Weiterführende Hinweise
- Wichtige Akteure zu jedem Thema
- Print-to-web-Verknüpfungen mittels Augmented-Reality-Anwendungen

TATSACHEN FÜR JUNGE ERWACHSENE

Wie können junge Menschen Deutschland kennenlernen? Wie wird das Land für sie erlebbar; was sollten künftige High Potentials wissen? Das neue 76-seitige „Tatsachen“-Jugendbuch liefert in neun Sprachen informative Einblicke – auch im Netz. tatsachen-ueber-deutschland.de





tatsachen-ueber-deutschland.de:
Modernes Design trifft auf geballte Information.

DIGITAL

Der vollkommen neu entwickelte Internet-auftritt **tatsachen-ueber-deutschland.de** ist das Herzstück des umfangreichen multimedialen Digitalangebots. Das responsive Design ermöglicht zudem eine optimale Auspielung auf mobilen Endgeräten. Zur „Tatsachen“-Familie gehören auch E-Paper-Ausgaben und E-Reader-Angebote. Das Informationsangebot auf **tatsachen-ueber-deutschland.de** wird über alle Kanäle hinweg dynamisch ausgebaut, regelmäßig erweitert und aktualisiert.

- **Angebot in 19 Sprachen**
- **Videos und interaktive Grafiken**
- **Zusatzkapitel „Deutsche Geschichte“**
- **Umfangreiche Hintergrundinfos**
- **Regelmäßige inhaltliche Erweiterung zu wichtigen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Themen**



VIDEO AR - APP

Digitales Zusatzmaterial

1. Laden Sie im App Store die kostenlose App „AR Kiosk“ auf Ihr Mobilgerät. „AR Kiosk“ ist bei iTunes und Google Play erhältlich.
2. Starten Sie die App und halten Sie Ihr Smartphone oder Tablet über das Bild mit dem Icon Video & AR App (Seiten 23, 39, 59, 79, 95, 115, 135, 155). Hinter diesen Seiten befinden sich zusätzliche digitale Inhalte.
3. Sobald die App das Bild erkannt hat, öffnen sich die Bonus-Inhalte automatisch.

WILLKOMMEN BEI DER COMMUNITY

Wer mehr über Deutschland erfahren und „up to date“ bleiben möchte, kann sich der neuen „Tatsachen über Deutschland“-Community anschließen. Mitglieder des Netzwerks erhalten unter anderem exklusiv den „Tatsachen-Newsletter“. Anmeldung über die Website.



AUF EINEN BLICK

Föderale Republik • Wappen & Symbole • Demografie •
Geografie & Klima • Parlament & Parteien • Politisches System • Bundesregierung •
Berühmte Deutsche

FÖDERALE REPUBLIK

Deutschland ist ein föderaler Bundesstaat. Sowohl der Bund als auch die 16 Länder verfügen über jeweils eigene Kompetenzen. Die Zuständigkeit für die Bereiche der Inneren Sicherheit, Schule, Hochschule, Kultur sowie der kommunalen Verwaltung liegt bei den Ländern. Gleichzeitig setzen die Verwaltungen der Länder nicht nur ihre eigenen Gesetze um, sondern auch die des Bundes. Die Regierungen der Länder sind über ihre Vertretung im Bundesrat direkt an der Gesetzgebung des Bundes beteiligt.

Der Föderalismus in Deutschland ist mehr als ein staatliches System, er bildet die dezentrale kulturelle und wirtschaftliche Struktur des Landes ab und wurzelt tief in der Tradition. Jenseits ihrer politischen Funktion sind die Länder auch Abbild ausgeprägter regionaler Identitäten. Im Grundgesetz wurde 1949 die starke Stellung der Länder festgeschrieben;

mit der Wiedervereinigung wurden 1990 fünf neue Länder gegründet: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Mit 17,6 Millionen Einwohnern ist Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste Land, Bayern mit 70.550 Quadratkilometern das von der Fläche her größte; mit 3.838 Einwohnern je Quadratkilometer hat Berlin, die Hauptstadt, die höchste Bevölkerungsdichte. Eine Besonderheit sind die drei Stadtstaaten. Ihr Staatsgebiet beschränkt sich jeweils auf die drei Großstädte Berlin, Bremen und Hamburg. Das kleinste Land ist Bremen mit 419 Quadratkilometern und 657.000 Einwohnern. Baden-Württemberg zählt zu den wirtschaftsstärksten Regionen Europas. Das Saarland war nach dem Zweiten Weltkrieg ein teilsouveränes Land unter dem Protektorat Frankreichs und wurde erst am 1. Januar 1957 als zehntes Bundesland in das damalige Bundesgebiet eingegliedert. ■

Die 16 Länder



● Landeshauptstadt

Bundesadler



Das traditionsreichste deutsche Staatssymbol ist der Bundesadler. Bundespräsident, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht und Bundestag führen unterschiedlich gestaltete Adler. Auch auf Münzen und Nationaltrikots deutscher Sportverbände sind unterschiedlich gestaltete Adler zu sehen.

Grundgesetz



Das 1949 in Bonn verabschiedete Grundgesetz war zunächst als Provisorium gedacht. Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde es als dauerhafte Verfassung übernommen. Die 146 Artikel des Grundgesetzes stehen über allen anderen deutschen Rechtsnormen und legen die grundlegenden staatlichen System- und Wertentscheidungen fest.

Flagge



Das Grundgesetz legt die Farben Schwarz-Rot-Gold für die Bundesflagge fest. Damit knüpfte man 1949 an die Fahne der ersten deutschen Republik von 1919 an. Die Nationalsozialisten hatten sie abgeschafft und durch das Hakenkreuz ersetzt.

Nationalfeiertag



Der 3. Oktober wurde als Tag der Deutschen Einheit im Einigungsvertrag 1990 zum gesetzlichen Feiertag in Deutschland bestimmt. Der Tag der Deutschen Einheit ist im Übrigen der einzige gesetzliche Feiertag, der durch Bundesrecht festgelegt ist.

Währung



Seit dem 1. Januar 2002 ist der Euro in Deutschland das alleinige Zahlungsmittel. Er löste die seit 1948 genutzte D-Mark ab. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Sitz in der deutschen Finanzmetropole Frankfurt am Main.

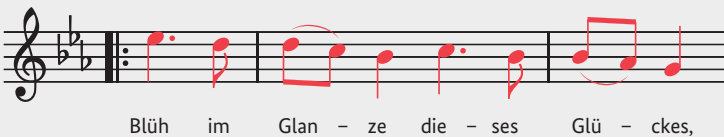
Domain



Die Domain .de ist die am weitesten verbreitete in Deutschland und die weltweit beliebteste länderspezifische Domain. Über die internationale Vorwahl +49 sind 99,9 Prozent der Haushalte über Festnetz oder Mobiltelefon erreichbar.

Nationalhymne

Die deutsche Nationalhymne besteht ausschließlich aus der dritten Strophe des „Deutschlandliedes“ von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1841). Die Melodie der Hymne komponierte Joseph Haydn 1796/97.





DEMOGRAFIE

Für die demografische Entwicklung sind drei Trends kennzeichnend: eine niedrige Geburtenrate, die steigende Lebenserwartung und die Alterung der Gesellschaft. Die höchste Geburtenrate verzeichnete Deutschland im Jahr 1964 mit 1,357 Millionen Neugeborenen; seitdem befindet sich das Land in einem Geburtentief (2014 gab es 715.000 Neugeborene). Seit 1975 liegt die Zahl der Geburten mit leichten Schwankungen bei etwa 1,3 Kindern pro Frau. Die Kindergeneration ist daher seit 35 Jahren um etwa ein Drittel kleiner als die Elterngeneration – die Gruppe der 50-Jährigen ist heute doppelt so groß wie die der Neugeborenen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung. Sie beträgt bei Männern durchschnittlich 77 Jahre, bei Frauen 82 Jahre.

Der demografische Wandel mit gravierenden Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sozialsysteme wird abgeschwächt durch die Einwanderung. 20,3 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen (16,4 Millionen) haben einen Migrationshintergrund. Von ihnen haben 9,2 Millionen einen deutschen Pass, 7,2 Millionen sind Ausländer. Die Angehörigen von vier nationalen Minderheiten sind als „alteingesessen“ anerkannt und werden besonders geschützt und gefördert: die dänische Minderheit (50.000) und die friesische Volksgruppe (60.000) in Norddeutschland, die Lausitzer Sorben (60.000) entlang der deutsch-polnischen Grenze sowie die deutschen Sinti und Roma (70.000). ■

LEBENSERWARTUNG

82 Jahre / 77 Jahre

Frauen

Männer



EINWANDERER 2013

1.226.000



AUSWANDERER 2013

789.000



HAUSHALTE

40,2 Mio.



BEVÖLKERUNG

81,2 Mio.



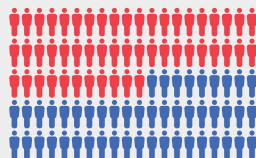
GESCHLECHTERVERTEILUNG

41,4 Mio.

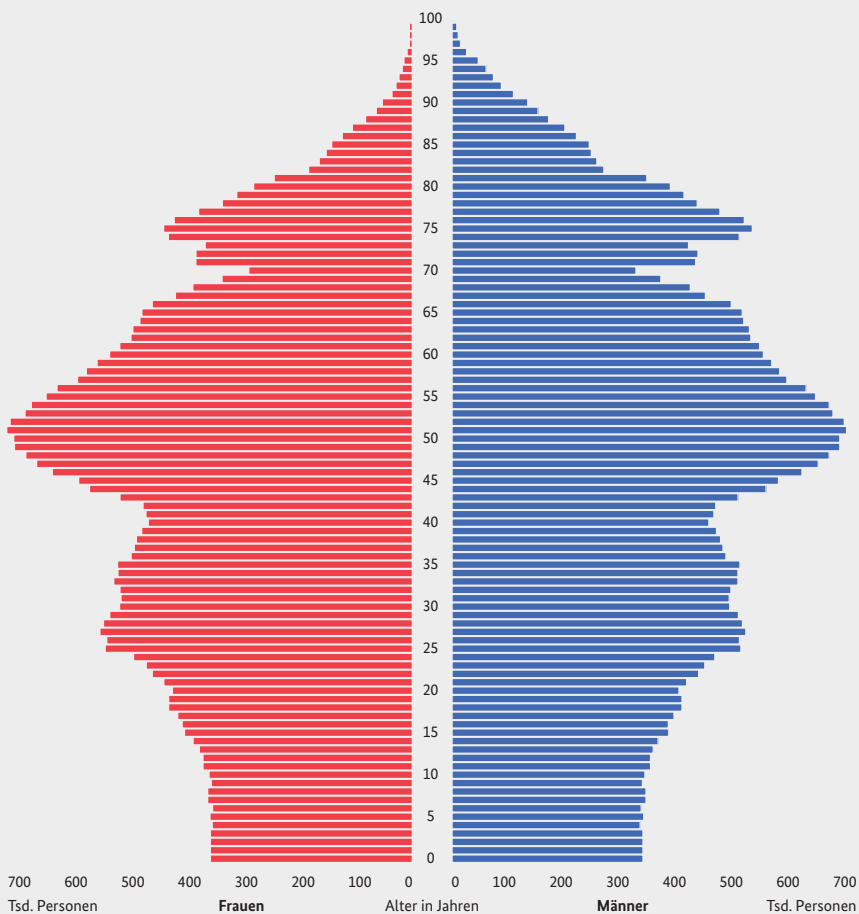
Frauen

39,8 Mio.

Männer



ALTERSSTRUKTUR





GEOGRAFIE & KLIMA

Deutschland liegt in der Mitte Europas. Es teilt seine Grenzen mit neun Staaten. Kein anderes europäisches Land hat mehr Nachbarn. Im Norden hat Deutschland Zugang zur Ostsee und zur Nordsee. Im Süden grenzt es an die Alpen. Die höchste Erhebung bildet die in Bayern gelegene Zugspitze mit 2.962 Höhenmetern. Der tiefste Punkt an Land liegt mit 3,54 Metern unter Normalhöhennull bei dem Ort Neuendorf-Sachsenbande im Bundesland Schleswig-Holstein. Mit 357.340 Quadratkilometern ist Deutschland nach Frankreich, Spanien und Schweden das viertgrößte Land der Europäischen Union (EU). Knapp ein Drittel seiner Gesamtfläche ist mit Wald bedeckt. Seen, Flüsse und andere Gewässer machen mehr als zwei Prozent seiner Fläche aus. Der längste Fluss ist der Rhein. Im Südwesten bildet er die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, weiter nördlich liegen Bonn, Köln und Düsseldorf an seinem Ufer. Die Elbe, der zweitlängste Strom, verbindet Dresden, Magdeburg und Hamburg und mündet in die Nordsee.

In Deutschland herrscht ein gemäßigtes Klima. Im Juli liegt das mittlere Temperaturmaximum bei 21,8 Grad Celsius, das Minimum bei 12,3 Grad. Im Januar liegt das mittlere Maximum bei 2,1 Grad, das Minimum bei -2,8 Grad. Die höchste Temperatur seit Beginn der Wetteraufzeichnung wurde am 5. Juli 2015 mit 40,3 Grad Celsius in Kitzingen am Main gemessen. ■

LAGE

Mitteleuropa



FLÄCHE

357.340 km²


HAUPTSTADT

Berlin
891,70 km²

SONNENSTUNDEN

1.670



REGEN

729 l/m²



FESTLANDKÜSTE

1.200 km



LÄNGSTER FLUSS

Rhein

865 km in Deutschland



WALDFLÄCHE

114.191 km²



HÖCHSTER BERG

Zugspitze

2.962 m



PARLAMENT & PARTEIEN

Der Deutsche Bundestag wird alle vier Jahre von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern ab dem 18. Lebensjahr in freier, geheimer und direkter Wahl gewählt. Der Bundestag ist das Parlament. Die Hälfte der mindestens 598 Bundestagsmandate wird durch die Wahl von Landeslisten der Parteien (Zweitstimmen) zugeteilt, die andere durch die Wahl von Personen in 299 Wahlkreisen (Erststimmen). Das Wahlsystem macht es für eine einzelne Partei schwer, allein die Regierung zu bilden – das Parteienbündnis ist die Regel. Um die Mehrheitsbilder nicht durch die Präsenz kleiner Parteien zu komplizieren, schließt sie eine Sperrklausel, die Fünf-Prozent-Hürde, von der Vertretung im Bundestag aus.

Derzeit sind fünf Parteien im Bundestag vertreten: CDU, CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Im Bundestag bilden CDU und ihre nur in Bayern antretende Schwesterpartei CSU seit der ersten Bundestagswahl 1949 eine gemeinsame Fraktion. Die Freie Demokratische Partei (FDP) kam bei der Bundestagswahl 2013 nicht über die Fünf-Prozent-Hürde und ist damit erstmals seit 1949 nicht im Bundestag vertreten. Die derzeitige Bundesregierung wird getragen von einer Koalition aus CDU/CSU und SPD, mit Dr. Angela Merkel (CDU) als Bundeskanzlerin, Sigmar Gabriel (SPD) als Vizekanzler und Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) als Bundesaußenminister. Linke und Grüne bilden die Opposition im Parlament. ■

Parteien



Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)
457.488 Mitglieder
Wahlergebnis 2013: 34,1 Prozent



Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
459.902 Mitglieder
Wahlergebnis 2013: 25,7 Prozent



Die Linke
60.547 Mitglieder
Wahlergebnis 2013: 8,6 Prozent



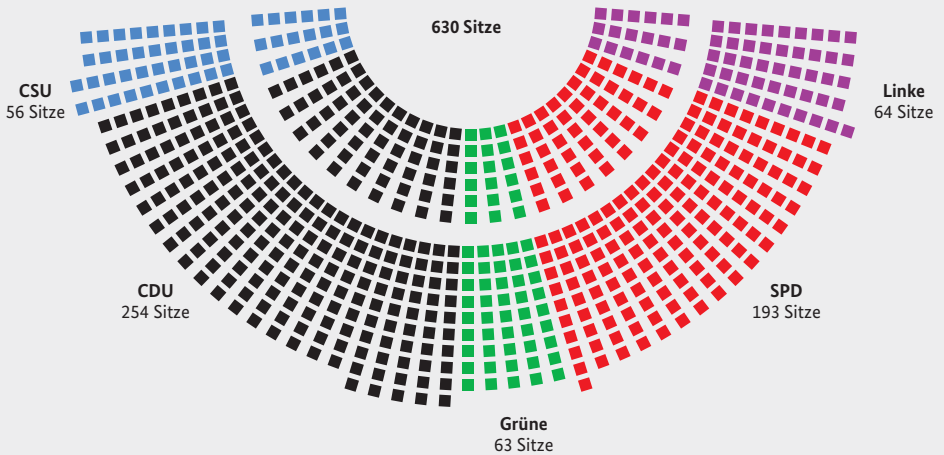
Bündnis 90/Die Grünen
60.329 Mitglieder
Wahlergebnis 2013: 8,4 Prozent



Christlich-Soziale Union (CSU)
146.536 Mitglieder
Wahlergebnis 2013: 7,4 Prozent

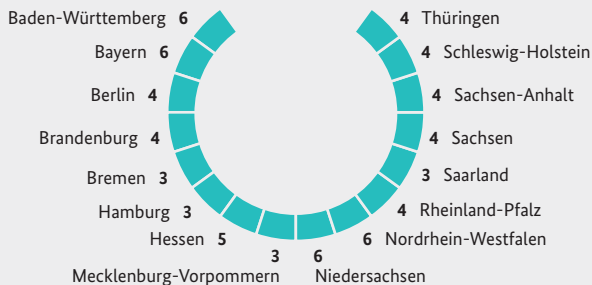
Bundestag

Der Bundestag hat mindestens 598 Mitglieder.
Hinzu kommen in der Regel sogenannte Überhang- und Ausgleichsmandate. Der 2013 gewählte 18. Bundestag umfasst 630 Abgeordnete.



Bundesrat

Der Bundesrat ist eines von fünf ständigen Verfassungsorganen. Er ist die Vertretung der Länder. Dem Bundesrat gehören 69 Vertreter der Landesregierungen an. Jedes Land hat mindestens drei, die einwohnerstärkeren Länder bis zu sechs Stimmen.



POLITISCHES SYSTEM

Der Bundespräsident ist der protokollarisch ranghöchste Repräsentant Deutschlands. Protokollarisch an zweiter Stelle steht der Bundestagspräsident. Stellvertreter des Bundespräsidenten ist der Bundesratspräsident – ein Amt, das im jährlichen Turnus ein Ministerpräsident innehat. Das Amt mit der größten politischen Gestaltungsmacht ist das des Bundeskanzlers. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts gehört ebenfalls zu den hohen Repräsentanten. ■



Joachim Gauck, geb. 1940, parteilos, Bundespräsident seit März 2012



Dr. Angela Merkel, geb. 1954, CDU, Bundeskanzlerin seit November 2005



Dr. Norbert Lammert, geb. 1948, CDU, Bundestagspräsident seit 2005



Dr. Andreas Voßkuhle, geb. 1963, Präsident des Bundesverfassungsgerichts



Volk

Wahlberechtigt sind alle deutschen Staatsbürger ab 18 Jahre. Sie wählen die Abgeordneten in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl.

wählt

wählt



Landesparlamente

Die Wahlperiode der Landesparlamente beträgt in der Regel fünf Jahre. Ihre Befugnisse und Organisation regeln die Landesverfassungen.

stellen

wählen



Landesregierungen

Die Landesregierungen werden von den jeweiligen Landesparlamenten in geheimer Abstimmung gewählt und können von diesen auch gestürzt werden.

stellen



Bundestag

Das Parlament ist auf vier Jahre gewählt und hat 598 Abgeordnete. Hinzu kommen Überhangmandate und Ausgleichsmandate. Dem Bundestag obliegen die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung.



Bundeskanzler

Der Kanzler wird in geheimer Wahl vom Bundestag gewählt. Er bestimmt die Richtlinien der Politik und steht dem Kabinett vor.



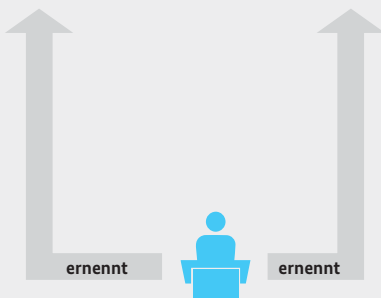
Bundesregierung

Die Regierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Jeder Minister leitet sein Ressort eigenverantwortlich.



Bundesversammlung

Die Bundesversammlung tritt allein zur Wahl des Bundespräsidenten zusammen und wählt diesen in geheimer Wahl für eine Amtszeit von fünf Jahren.



Bundespräsident

Das Staatsoberhaupt hat in erster Linie repräsentative Aufgaben und vertritt die Bundesrepublik Deutschland nach außen. Der Bundespräsident ernennt den Kanzler und die Bundesminister und fertigt die Gesetze aus.



Bundesrat

Die Länderkammer besteht aus 69 von den Landesregierungen entsandten Mitgliedern. In vielen Bereichen bedürfen Gesetze der Zustimmung des Bundesrates.



Bundesverfassungsgericht

Das Gericht besteht aus 16 Richtern. Sie werden je zur Hälfte mit Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat gewählt.

BUNDESREGIERUNG

Bundeskanzler und Bundesminister bilden die Bundesregierung, das Kabinett. Neben der Richtlinienkompetenz des Kanzlers gilt das Ressortprinzip, nach dem die Minister ihren Bereich im Rahmen der Richtlinien eigenständig leiten, sowie das Kollegialprinzip, nach dem die Bundesregierung mit Mehrheitsbeschluss über Streitfragen entscheidet. Das Bundeskabinett besteht aus 14 Fachministern und dem Chef des Bundeskanzleramtes. Die Bundesministerien sind die höchsten Bundesbehörden in den Ressorts.

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Im Kanzleramt und den Bundesministerien sind rund 18.000 Mitarbeiter beschäftigt. Zu den personalstarken Ministerien gehören das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung. Acht Ministerien haben ihren Hauptsitz in Berlin, sechs Ministerien in der Bundesstadt Bonn. Alle Ministerien sind mit Dienststellen in beiden Städten vertreten. ■



Bundesministerien

Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
→ [bmwi.de](https://www.bmwi.de)

Auswärtiges Amt
→ [auswaertiges-amt.de](https://www.auswaertiges-amt.de)

Bundesministerium des Innern
→ [bmi.bund.de](https://www.bmi.bund.de)

Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz
→ [bmjjv.de](https://www.bmjjv.de)

Bundesministerium der Finanzen
→ [bundesfinanzministerium.de](https://www.bundesfinanzministerium.de)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
→ [bmas.de](https://www.bmas.de)

Bundesministerium für Ernährung
und Landwirtschaft
→ [bmel.de](https://www.bmel.de)

Bundesministerium der Verteidigung
→ [bmvg.de](https://www.bmvg.de)

Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend
→ [bmfsfj.de](https://www.bmfsfj.de)

Bundesministerium für Gesundheit
→ [bmg.bund.de](https://www.bmg.bund.de)

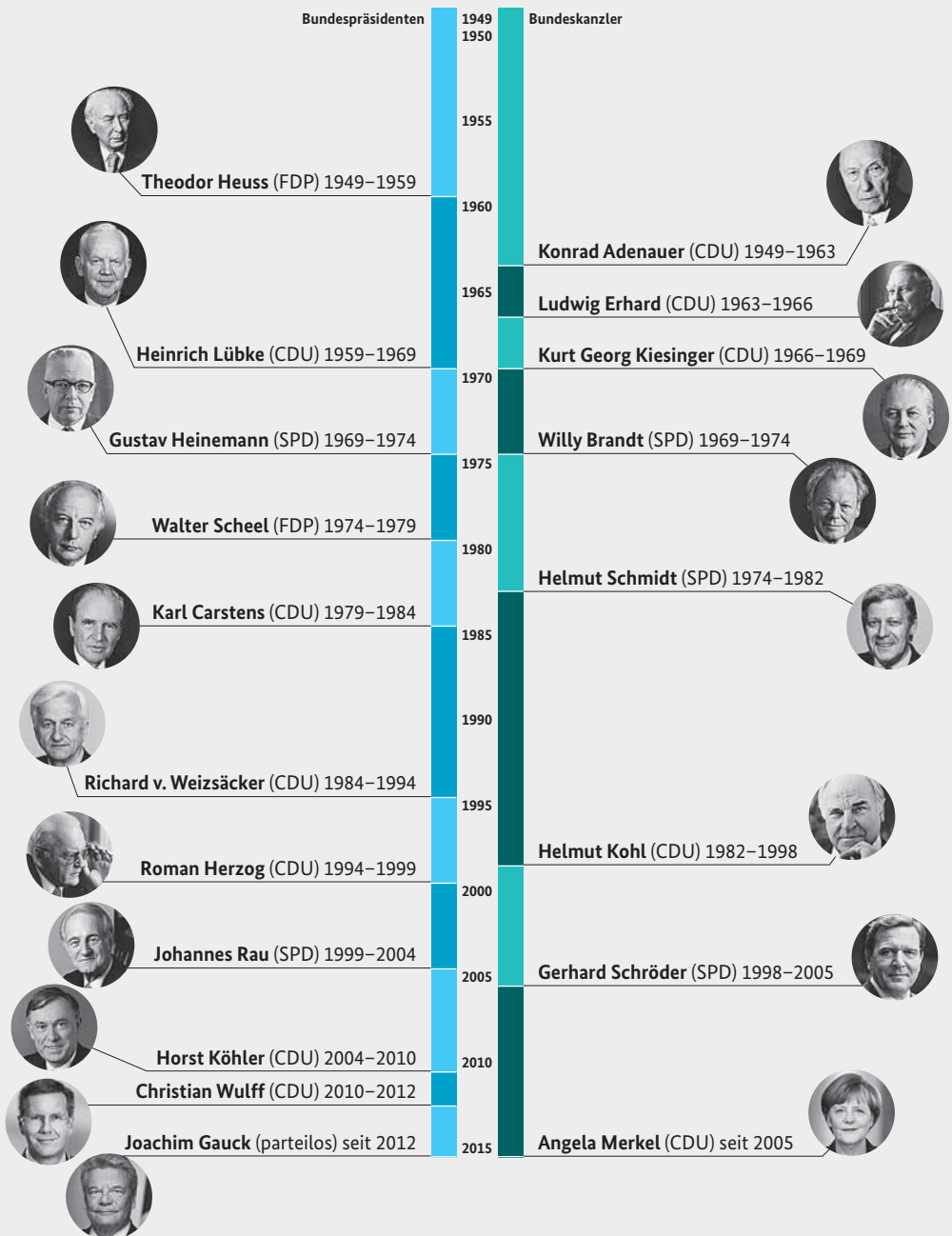
Bundesministerium für Verkehr
und digitale Infrastruktur
→ [bmvi.de](https://www.bmvi.de)

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
→ [bmub.bund.de](https://www.bmub.bund.de)

Bundesministerium für Bildung
und Forschung
→ [bmbf.de](https://www.bmbf.de)

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
→ [bmz.de](https://www.bmz.de)

Bundespräsidenten & Bundeskanzler



BERÜHMTE DEUTSCHE

Gefeierte Klassiker, mutige Visionäre, scharfe Denker: Die deutsche Geschichte ist reich an Menschen, die Außergewöhnliches geleistet haben. Viele sind weit über die Landesgrenzen hinaus berühmt. Das Goethe-Institut trägt den Namen eines der bekanntesten Deutschen, Johann Wolfgang von Goethe, seit 1951 in die Welt hinaus. In Paris erinnert das Maison Heinrich Heine in der Cité Internationale Universitaire de Paris (CIUP) an den begnadeten Literaten, der chronisch mit seiner Heimat haderte. Zu den Bayreuther Festspielen treffen sich alljährlich Wagnerianer aus aller Welt, um dem „Ring des Nibelungen“ zu huldigen. Namen wie Humboldt und Einstein, Röntgen und Planck, Benz und Otto begründeten den Ruf Deutschlands als Land der Forscher und Ingenieure.

Schwer hatten es Frauen, in früheren Tagen ähnliche Biografien zu schreiben. Man findet sie dennoch: Frauen wie Clara Schumann, Maria Sybilla Merian, Paula Modersohn-Becker, Rosa Luxemburg, Anna Seghers oder die große Choreografin Pina Bausch. Sie gelten bis heute als Vorbilder für eine moderne Gesellschaft, die Männer und Frauen gleichermaßen Teilhabe und Chancengleichheit ermöglicht – wozu fortgesetzte Anstrengungen notwendig sind. ■



Johann Wolfgang von Goethe

Poet, Dramatiker, Gelehrter: Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832) gilt als der Klassiker der deutschen Literatur.



Friedrich von Schiller

Streiter für die Freiheit: Friedrich von Schiller (1759–1805) gilt als einer der großen Dramatiker der Weltbühne („Die Räuber“, „Maria Stuart“, „Don Carlos“) und als bedeutender Essayist.



Johann Sebastian Bach

Virtuose barocker Kirchenmusik: Johann Sebastian Bach (1685–1750) vervollkommnete die strenge „Kunst der Fuge“ und schuf mehr als 200 Kantaten und Oratorien.



Marlene Dietrich

Die Filmdiva: Marlene Dietrich (1901–1992) wurde als eine von wenigen deutschen Schauspielerinnen zur Ikone („Der blaue Engel“). 1939 nahm die gebürtige Berlinerin die amerikanische Staatsbürgerschaft an.



Ludwig van Beethoven

Wegbereiter der Romantik: Ludwig van Beethoven (1770–1827) brachte bei klarer Konzentration auf die Form in völlig neuem Maß individuellen Ausdruck und Empfindung in die Musik („9. Sinfonie“).



Thomas Mann

Meister des Romans und der Novelle: Thomas Mann (1875–1955) gehört zu den großen Schriftstellern der Weltliteratur des 20. Jahrhunderts. Für sein Familienepos „Buddenbrooks“ erhielt er 1929 den Nobelpreis für Literatur.



Albrecht Dürer

Künstler der deutschen Renaissance: Albrecht Dürer (1471–1528) aus Nürnberg zählt zu den bedeutendsten und vielseitigsten Persönlichkeiten der Kunstgeschichte. Er revolutionierte die Techniken des Holzschnittes und des Kupferstiches.



Wilhelm Conrad Röntgen

Entdecker der X-Strahlen: Wilhelm Conrad Röntgen (1845–1923) entdeckte 1895 die nach ihm benannten Röntgenstrahlen. 1901 erhielt er den ersten Nobelpreis für Physik. Seitdem sind mehr als 80 deutsche Spitzenforscher hinzugekommen.



Willy Brandt

Politiker und Weltbürger: Willy Brandt (1913–1992) leitete als Bundeskanzler (1969–1974) die Entspannungspolitik ein; er verkörperte den gesellschaftlichen Aufbruch jener Jahre wie kein anderer – 1971 erhielt er den Friedensnobelpreis.



STAAT & POLITIK

Erfolgreiche Reformen • Föderaler Staat • Aktive Politik •
Vielfältige Teilhabe • Das politische Berlin • Lebendige Erinnerungskultur

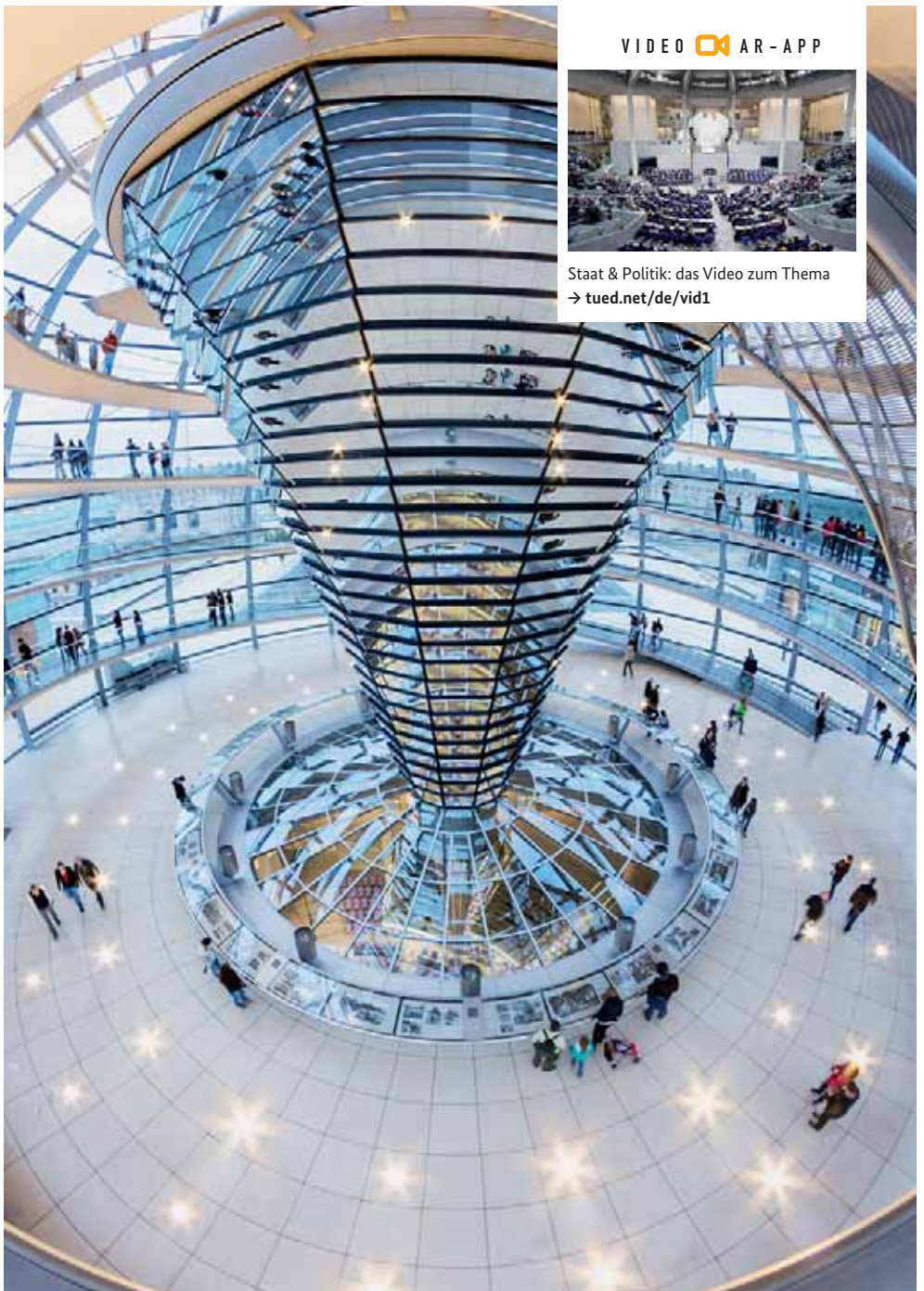
EINBLICK

ERFOLGREICHE REFORMEN

25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland ein wertebasierter, demokratischer, wirtschaftlich erfolgreicher und weltoffener Staat. Die politische Landschaft ist vielfältig; die demokratischen Parteien konkurrieren – doch sie respektieren sich auch gegenseitig und koalieren auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Seit den Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag (2013) wird Deutschland von einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD regiert, einem Bündnis der beiden großen Kräfte im deutschen Parteiensystem. Von den 630 Abgeordneten nehmen die Koalitionäre 503 Sitze ein (CDU/CSU 310, SPD 193). Der Opposition aus Die Linke (64 Mandate) und Bündnis 90/Die Grünen (63 Mandate) bleiben 127 Sitze – sie sind die kleinste parlamentarische Opposition seit über 40 Jahren. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) ist als Regierungschefin seit 2005 im Amt und führt ihre dritte Amtspe-

riode. Sie ist die erste Frau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die dieses Amt innehat. Merkel wuchs in der früheren DDR auf und wurde dort als Physikerin promoviert. In Rankings des „Forbes Magazine“ aus den Jahren 2014 und 2015 belegte sie den 1. Platz der mächtigsten Frauen der Welt. Vizekanzler Sigmar Gabriel (Wirtschaftsminister) und Dr. Frank-Walter Steinmeier (Außenminister) sind wichtige Vertreter der SPD im Kabinett. Das Bundeskabinett besteht aus 14 Fachministerinnen und -ministern sowie dem Chef des Bundeskanzleramtes. Als Grundlage der gemeinsamen Arbeit der Regierungsparteien für die laufende Legislaturperiode bis 2017 gilt der Koalitionsvertrag mit dem Titel „Deutschlands Zukunft gestalten“.

Die Wirtschaft in Deutschland geht 2016 in das siebte Wachstumsjahr in Folge, die Beschäftigung liegt auf einem Rekordniveau, die ►



VIDEO  AR-APP



Staat & Politik: das Video zum Thema
→ tued.net/de/vid1

Das Reichstagsgebäude in Berlin ist seit 1999 Sitz des Deutschen Bundestags. Sir Norman Foster entwarf die Kuppel

- Einnahmen von Staat und Sozialversicherungen sind gestiegen. Die Neuverschuldung im Bund ist auf null reduziert worden. Die Energiewende wurde vorangetrieben – die Erneuerbaren Energien sind auf dem Weg zur bestimmenden Technologie für die Stromerzeugung. Die Reform der Sozialsysteme in den frühen 2000er-Jahren, die Agenda 2010, hat mit dafür gesorgt, dass Deutschland die Finanzkrisen seit 2008 besser überstanden hat als andere Länder der Eurozone.

Das Zusammenwachsen von Ost und West, ein zentrales Thema seit 1990, haben die Menschen in Deutschland gemeinsam zu einer Erfolgsgeschichte gemacht. Noch bis 2019 gilt der „Solidarpakt II“, für den 156,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Alle Steuern zahlenden Bürgerinnen und Bürger in Ost und West engagieren sich weiterhin gemeinsam für den „Aufbau Ost“ – mit dem „Solidaritätszuschlag“, einer Ergänzungsabgabe von heute 5,5 Prozent des Steuerbetrags.

Aber auch neue Aufgaben warten. Der demografische Wandel und die damit einhergehende Überalterung und Schrumpfung der Gesellschaft gilt – wie in anderen Industrieländern – als Herausforderung. Nicht zuletzt aus diesem Grund will Deutschland die Zuwanderung vereinfachen und neuen Bürgern die Integration erleichtern. ■

→ NETZ

Deutscher Bundestag

Wahlen, Abgeordnete, Fraktionen

→ bundestag.de

Bundesrat

Zusammensetzung, Aufgaben, Sitzungen

→ bundesrat.de

Bundespräsident

Staatsbesuche, Termine, Aufgaben

→ bundespraesident.de



Jeden Mittwoch um 9.30 Uhr tagt das Bundeskabinett unter Vorsitz von Bundeskanzlerin Merkel im Kanzleramt

AKTEURE & INSTRUMENTE

Politische Parteien

Deutschland ist eine Parteiendemokratie. Im 18. Deutschen Bundestag sind fünf Parteien vertreten – CDU, CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Daneben gibt es rund 25 Kleinparteien, deren Einfluss auf die Bundespolitik aufgrund der Fünf-Prozent-Hürde beschränkt ist. In verschiedenen Landtagen sind einige von ihnen allerdings vertreten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ist die mitgliederstärkste Partei (461.000 Mitglieder). Die Christlich Demokratische Union (CDU) hat rund 459.000 Mitglieder; ihre Schwesterpartei CSU in Bayern 147.000 (2014).

→ bundeswahlleiter.de

Gewerkschaften

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) umfasst insgesamt acht Einzelgewerkschaften und 6,1 Millionen Mitglieder. Die größte Einzelgewerkschaft ist mit 2,3 Millionen Mitgliedern die IG Metall; sie vertritt unter anderem die Arbeitnehmer der Automobilbranche. Die Positionen der Gewerkschaften haben in politischen Debatten Gewicht und Einfluss.

→ dgb.de

Industrieverbände

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als Spitzenorganisation der Industrie vereint 36 Branchenverbände und spricht für rund 100.000 Unternehmen.

→ bdi.de



Soziale Bewegungen

Seit den 1970er-Jahren engagieren sich in Deutschland viele Menschen aktiv in umwelt-politischen Gruppen, Bürgerbewegungen und Nichtregierungsorganisationen. Der größte Umweltverband ist mit einer halben Million Mitgliedern der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

→ bund.net

Demoskopie

Zahlreiche Meinungsforschungsinstitute erforschen regelmäßig das politische und gesellschaftliche Klima. Institute wie infratest dimap, Allensbach, Forsa, Emnid und die Forschungsgruppe Wahlen sind besonders vor den Wahlen präsent, aber auch mit aktuellen wöchentlichen Stimmungsbarometern.



+ DIGITAL PLUS

Mehr Informationen zu allen Themen des Kapitels – kommentierte Linklisten, Beiträge, Dokumente; dazu weiterführende Informationen zu Begriffen

wie Bundesrat, Bundesregierung, Bundesstaat, Bundestag, Bundesverfassungsgericht, Grundgesetz, Wahlsystem.

→ tued.net/de/dig1



THEMA

FÖDERALER STAAT

Deutschland ist eine parlamentarische und föderale Demokratie. Das in der öffentlichen Wahrnehmung präsenteste Verfassungsorgan, der Deutsche Bundestag, wird von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern alle vier Jahre direkt gewählt. Die wichtigsten Aufgaben des Bundestages sind die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierungsarbeit. Für die Dauer der Legislaturperiode wählt der Bundestag in geheimer Wahl den Bundeskanzler. Er hat innerhalb der Bundesregierung die Richtlinienkompetenz, das heißt, er legt verbindlich die Grundzüge der Politik fest. Der Bundeskanzler bestimmt die Bundesminister und aus deren Reihe einen Vizekanzler. Faktisch entscheiden jedoch die an der Regierung beteiligten Parteien, welche

Personen die ihnen in Koalitionsverhandlungen zugesprochenen Ressorts besetzen. Zerbricht eine Koalition, kann auch der Kanzler vor Ablauf der vierjährigen Wahlperiode stürzen, denn der Bundestag hat das Recht, den Regierungschef jederzeit abzuwählen. Allerdings muss das Parlament in diesem Fall gleichzeitig durch ein sogenanntes „konstruktives Misstrauensvotum“ einen Nachfolger bestimmen. Eine Zeit ohne gewählte Regierung im Amt kann es also nicht geben.

Koalitionsregierungen sind in Deutschland die Regel

Entscheidend für den Charakter des Parlaments ist das System der personalisierten Verhältniswahl. Auch kleinere Parteien sind dadurch im Bundestag proportional zu ihren Wahlergebnissen vertreten. Bis auf eine Ausnahme wurde die Bundesregierung deshalb jeweils durch Bündnisse mehrerer bei der Wahl konkurrierender Parteien gebildet; seit der ersten Bundestagswahl 1949 gab es 23 Koalitionsregierungen. Damit eine Zersplitterung im Parlament verhindert und eine Regierungsbildung vereinfacht wird, müssen Parteien mindestens fünf Prozent der abgegebenen Wählerstimmen (oder drei Direktmandate) auf sich vereinen, um im Bundestag vertreten zu sein (Fünf-Prozent-Hürde).

Der föderale Charakter Deutschlands zeigt sich durch die große Eigenständigkeit der 16

 LISTE

- Größtes Land: **Nordrhein-Westfalen (17,5 Mio. Einwohner)**
- Höchster Einzeletat des Bundes: **Arbeit und Soziales (122 Mrd. Euro)**
- Größter Bundestagsausschuss: **Wirtschaft und Energie (46 Mitglieder)**
- Höchste Wahlbeteiligung: **Bundestagswahl 1972 (91,1 Prozent)**
- Größte Bundestagsfraktion: **CDU/CSU (310 Abgeordnete)**



Auf dem Dach des Reichstags in Berlin: Täglich besichtigen rund 8.000 Menschen das Parlamentsgebäude

Länder, insbesondere in Angelegenheiten der Polizei, des Katastrophenschutzes, der Justiz, der Bildung und der Kultur. Die Städte Berlin, Hamburg und Bremen sind aus historischen Gründen auch gleichzeitig Bundesländer. Einzigartig ist die enge Verzahnung zwischen den Ländern und dem Zentralstaat, woraus sich für die Landesregierungen vielfältige Möglichkeiten der bundespolitischen Mitwirkung ergeben. Dies geschieht vor allem über den Bundesrat, der zweiten Kammer, die sich aus

Mitgliedern der Landesregierungen zusammensetzt, ebenfalls mit Sitz in Berlin. Bevölkerungsreiche Länder sind im Bundesrat stärker repräsentiert als kleinere Länder. Auch Parteien, die auf Bundesebene die Opposition stellen oder gar nicht im Bundestag vertreten sind, können über die Beteiligung an Landesregierungen Einfluss auf die Bundespolitik ausüben, denn zahlreiche Bundesgesetze und Verordnungen bedürfen der Zustimmung durch den Bundesrat. Erstmals stellen seit ►



- 2011 und 2014 die beiden kleinsten im Bundestag vertretenen Parteien, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, in jeweils einem Land (Baden-Württemberg und Thüringen) den Ministerpräsidenten.

Da es keinen einheitlichen Wahltermin für die Landtage gibt und die Legislaturperioden variieren, kann es parallel zur Legislaturperiode im Bundestag zu mehrfach wechselnden Kräfteverhältnissen im Bundesrat kommen. In der derzeitigen Konstellation der Länderkammer hat die Bundesregierung keine sichere Mehrheit im Bundesrat. Klar abgrenzbare Blöcke mit einheitlichem Abstimmungsverhalten gibt es dort nicht mehr, da in den 16 Ländern eine solche Vielfalt an Koalitionen besteht, wie dies seit Bestehen der Bundesrepublik nicht der Fall war.

Nur in Bayern kann mit der CSU eine Partei ohne Koalitionspartner regieren. Ansonsten gibt es neben Landesregierungen aus CDU und SPD auch Verbindungen zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen, aus SPD und Die Lin-

ke und eine Koalition aus Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Der Bundespräsident ist der erste Bürger im Staat

Das protokollarisch höchste Amt bekleidet der Bundespräsident. Er wird nicht vom Volk, sondern von einer eigens dafür einberufenen Bundesversammlung gewählt. Sie besteht zur Hälfte aus den Abgeordneten des Bundestages, zur anderen Hälfte aus Mitgliedern, die von den Landesparlamenten proportional zu der dortigen Sitzverteilung gewählt werden. Der Bundespräsident übt sein Amt über fünf Jahre aus, eine Wiederwahl ist einmal möglich. Seit 2012 ist Joachim Gauck Bundespräsident. Er ist parteilos und arbeitete als evangelischer Pastor in der früheren DDR. Während der friedlichen Revolution 1989/1990 war er in der Bürgerrechtsbewegung aktiv. Joachim Gauck ist der elfte Bundespräsident seit 1949. Obwohl der Bundespräsident in erster Linie repräsentative Aufgaben hat, kann er auch seine Unterschrift unter Gesetze verweigern, wenn er Zweifel an deren Verfassungsmäßig-



WEGMARKEN

1949

Am 23. Mai verabschiedet der Parlamentarische Rat, den Vertreter der Länder aus den westlichen Besatzungszonen bilden, in Bonn das Grundgesetz. Am 14. August wird der erste Bundestag gewählt.

1953

Am 17. Juni 1953 protestieren rund eine Million Menschen in Ost-Berlin und in der DDR gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Aufstand wird mit massivem Militäreinsatz niedergeschlagen.

1961

Die Führung der DDRriegelt in Berlin mit Mauer und Stacheldraht die Übergänge von Ost nach West ab. Auf Flüchtlinge wird geschossen. Die staatliche Einheit Deutschlands scheint auf absehbare Zeit unerreichbar.

keit hat. Den größten Einfluss haben die bisherigen Amtsinhaber über öffentliche Reden ausgeübt, denen hohe Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Bundespräsidenten halten sich parteipolitisch zurück, greifen dennoch aktuelle Themen auf und mahnen zuweilen Regierung, Parlament oder Bevölkerung zum Handeln. Themen, die Joachim Gauck, der sich als Bürgerpräsident bezeichnet, häufig anspricht, sind Menschenrechtsfragen, die Eigenverantwortung Deutschlands und Gefahren für die Demokratie.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wacht über das Grundgesetz

Über viel Einfluss verfügt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, das in der Öffentlichkeit sehr hohes Ansehen genießt. Es gilt als „Hüterin des Grundgesetzes“ und liefert durch seine maßgeblichen Entscheidungen eine verbindliche Auslegung des Verfassungstextes. In zwei Senaten richtet es über Kompetenzstreitigkeiten zwischen Verfassungsorganen und kann Gesetze für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklären. Jedem



Office for Democratic Institutions and Human Rights, Elections of the Federal Parliament Auf Einladung Deutschlands hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die Bundestagswahl vom 22. September 2013 beobachtet. Die OSZE-Experten widmen sich in ihrem Bericht insbesondere dem bei der Wahl erstmals angewendeten neuen Wahlrecht, das für eine gerechtere Sitzverteilung im Bundestag sorgt.
→ osce.org



Bundesbürger steht der Weg zum Verfassungsgericht offen, wenn er sich durch ein Gesetz in seinen Grundrechten verletzt sieht. Große Bedeutung hat das Bundesverfassungsgericht zuletzt durch Entscheidungen erlangt, bei denen es um Abtretungen von Rechten des Bundestages an die Europäische Union ging. ■

1969

Mit Willy Brandt kommt erstmals ein Kanzler ins Amt, der nicht der CDU angehört. Die Ostpolitik der aus SPD und FDP gebildeten Regierung schafft einen Rahmen für die Aussöhnung Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn.

1989/90

In der DDR führen friedliche Proteste zum Sturz des Regimes. Am 9. November wird die Grenze zum Westen geöffnet. Nach den ersten freien Wahlen am 18. März tritt die DDR am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik bei.

1999

Bundestag und Bundesregierung ziehen nach Berlin. Die Parlamentsgebäude stehen auf beiden Seiten des ehemaligen Mauerstreifens. Bonn bleibt der Standort einiger Ministerien und Bundesbehörden.



THEMA

AKTIVE POLITIK

„Deutschlands Zukunft gestalten“ haben sich die Koalitionsparteien als Titel für ihr auf vier Jahre ausgelegtes Regierungsprogramm gewählt. Zu dieser Zukunftsgestaltung gehört eine Haushaltsplanung, die dauerhaft ohne Neuverschuldung auskommt. Damit soll die politische Handlungsfreiheit Deutschlands auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten gesichert werden. Mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, das 2014 und 2015 jeweils erreicht wurde, sieht sich die Bundesregierung in der Verantwortung für die Währungsstabilität und will Vorbild sein für seine Partner in der Eurozone.

Bei einigen zentralen Projekten der Regierung geht die Unterstützung, zumindest im Grundsatz, über die sie tragenden Parteien

CDU/CSU und SPD hinaus. So wurde Anfang 2015 erstmals ein für alle Branchen gültiger Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro je Zeittunde eingeführt, dessen Höhe regelmäßig von einer Kommission aus Gewerkschafts- und Unternehmervertretern überprüft wird. Rund 4 Millionen Menschen profitieren von diesem neuen gesetzlichen Mindestlohn.

Positive Signale für Frauen in Leitungspositionen

Die Einführung einer Frauenquote bei großen Aktiengesellschaften erhielt ebenfalls eine breite politische Unterstützung in Parlament und Öffentlichkeit. Ab 2016 müssen in diesen Unternehmen mindestens 30 Prozent der Aufsichtsratssitze weiblich besetzt werden. Angesprochen von der Neuregelung sind 108 börsennotierte und mitbestimmungspflichtige Unternehmen. 3.500 weitere Unternehmen müssen sich künftig verbindliche Ziele für die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen setzen. Ende 2014 betrug der Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten der 200 größten Unternehmen nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin 18,4 Prozent.

Zu den sozialpolitischen Vorhaben der laufenden Legislaturperiode gehört ein „Rentenpaket“, das unter anderem eine Mütterrente enthält, die die soziale Absicherung von Müttern, die vor 1992 geborene Kinder erziehen

Z A H L

0,0 Euro

betrug das Haushaltsdefizit Deutschlands auf Bundesebene im Jahr 2014. Ausgaben von 296.500 Millionen Euro stehen Einnahmen von 296.500 Millionen Euro gegenüber. Die regierende Große Koalition erreichte damit Historisches. Erstmals seit 45 Jahren – seit dem Haushaltsjahr 1969 – nahm der Bund keine neuen Schulden auf.

→ bundeshaushalt-info.de



Der Bundestag in Berlin ist die politische Bühne. Dem 18. Deutschen Bundestag gehören 630 Abgeordnete an

haben, verbessert. Ein Kernstück des Rentenpakets ist die Rente mit 63. Seit dem 1. Juli 2014 können besonders langjährig Versicherte, die mindestens 45 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert waren, schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen.

Deutschland ist für Zuwanderer ein attraktives Land. Mehr als 1,2 Millionen Menschen sind allein im Jahr 2013 nach Deutschland gekommen. Bislang ist die Zuwanderung durch

viele einzelne gesetzliche Vorschriften geregelt. In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode will sich die Bundesregierung aller Voraussicht nach auf ein einfaches, übersichtliches Gesetzeswerk verständigen. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Energiewende, durch die Deutschland seinen Anteil an regenerativen Energien signifikant gesteigert hat, sowie der Ausbau der digitalen Infrastruktur sind weitere Schwerpunkte des Arbeitsprogramms bis zum Jahr 2017. ■



THEMA

VIELFÄLTIGE TEILHABE

Den politischen Parteien wird eine zentrale und privilegierte Stellung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eingeräumt. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“, heißt es in Artikel 21 des Grundgesetzes. Damit einher geht die Verpflichtung zur innerparteilichen Demokratie: Vorsitzende, Gremien und Kandidaten werden auf Parteitag von Delegierten der Parteibasis in geheimer Abstimmung gewählt. Zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie haben die Parteien in jüngster Zeit bei relevanten Entscheidungen ihre Mitglieder direkt befragt. Das Mitgliedervotum der SPD zum Koalitionsvertrag 2013 war entscheidend zur Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung mit CDU/CSU. Die Parteien bleiben im Kern Ausdrucksformen der Gesellschaft, gleichwohl verlieren sie an Kohäsionskraft. Hinter CDU/CSU und SPD stehen rund eine Millionen Parteimitglieder – bezogen auf die knapp 62 Millionen Wahl-

berechtigten entspricht das einem Anteil von 1,7 Prozent. Auch die Wahlbeteiligung ist tendenziell rückläufig. Während die Wahlscheidungen der 1970er- und 1980er-Jahre durchgängig hohe und höchste Wahlbeteiligungen erzielten (91,1 Prozent 1972), erreichten die Bundestagswahlen 2009 und 2013 nur 70,8 beziehungsweise 71,5 Prozent.

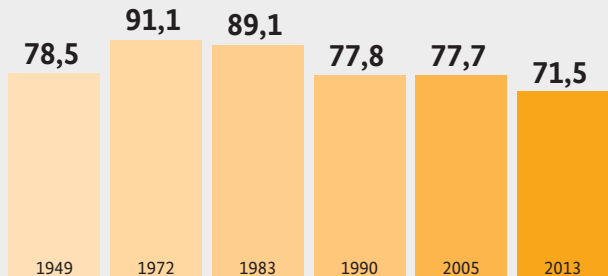
Für junge Menschen besitzen Partizipationsmöglichkeiten in zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen oder Nichtregierungsorganisationen oft eine höhere Attraktivität. Zunehmend gewinnen auch die sozialen Medien als Plattformen für politische Artikulations- und Aktionsformen an Bedeutung. Auch über direktdemokratische Verfahren wie Referenden beteiligen sich die Bürger am politischen Prozess. In Ländern und Kommunen sind die Möglichkeiten zur direkten Demokratie in den vergangenen Jahren vermehrt praktiziert und von Bürgern genutzt worden. ■

DIAGRAMM

Tendenziell sinkend: Beteiligung an Bundestagswahlen (in Prozent)

Die Stimme des Volkes

In Deutschland wird nach einer leicht modifizierten personalisierten Verhältniswahl gewählt. Jeder Wahlberechtigte hat zwei Stimmen. Die Erststimme gilt dem Kandidaten einer Partei im Wahlkreis, die Zweitstimme der Landesliste einer Partei. Grundlage für die Anzahl der Bundestagsmandate sind die Zweitstimmen.

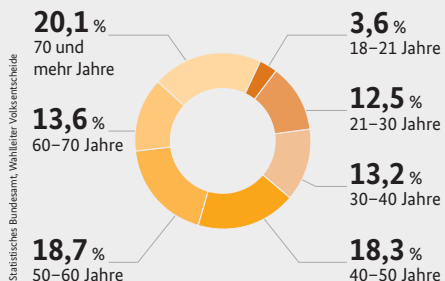


Statistisches Bundesamt

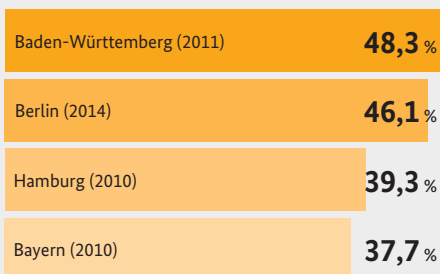


Direktdemokratische Instrumente wie Bürgerentscheide werden auf kommunaler Ebene häufiger praktiziert

Altersstruktur der Wahlberechtigten



Beteiligung an Volksentscheiden



PANORAMA

DAS POLITISCHE BERLIN



1 Schloss Bellevue

Das Schloss, erbaut Ende des 18. Jahrhunderts, ist seit 1994 erster Amtssitz des deutschen Bundespräsidenten. Es liegt am Rande des Tiergartens in Berlin.



2 Das Bundeskanzleramt

Der Neubau des Bundeskanzleramts wurde 2001 bezogen. Das Gebäude im Stil der Postmoderne hat eine weitgehend verglaste Außenfläche. Auf dem Ehrenhof steht die Stahlskulptur „Berlin“ des baskischen Künstlers Eduardo Chillida.


630

Abgeordnete
zählt der 18. Deutsche
Bundestag


36 %

der Bundestags-
abgeordneten
sind Frauen


62.000.000

Wahlberechtigte
können an Bundestags-
wahlen teilnehmen

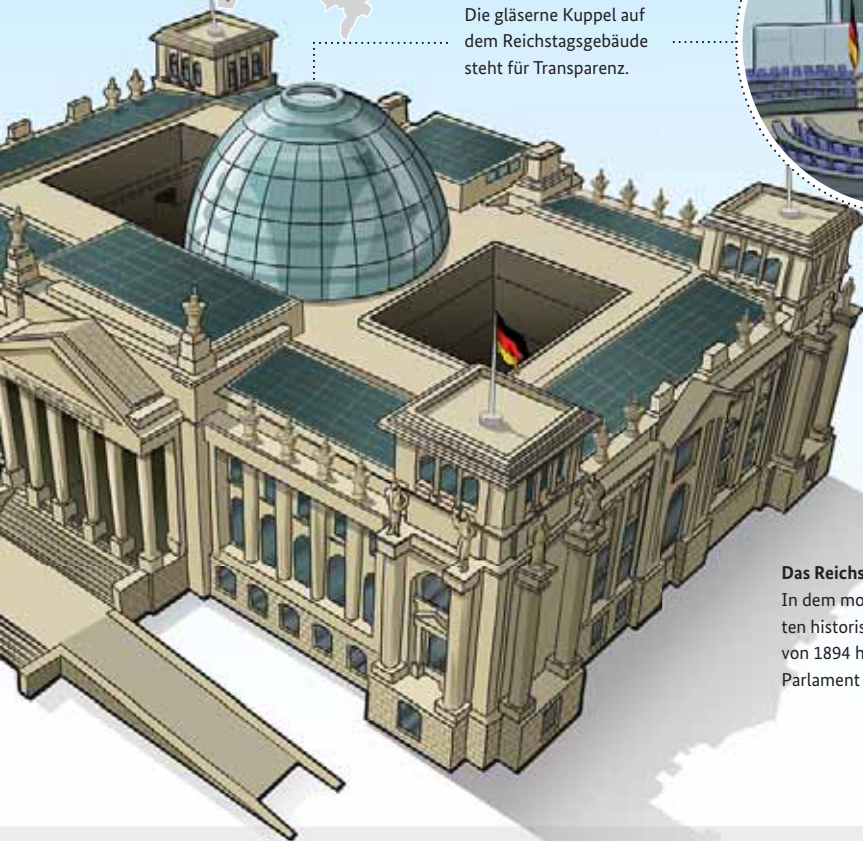

2.300.000

Menschen besuchen
jährlich den
Bundestag in Berlin



- 11 Schloss Bellevue
- 2 Bundeskanzleramt
- 3 Deutscher Bundestag
- 4 Bundesrat
- 5 Jakob-Kaiser-Haus
- 6 Paul-Löbe-Haus
- 7 Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

3 Deutscher Bundestag
Die gläserne Kuppel auf dem Reichstagsgebäude steht für Transparenz.



Das Reichstagsgebäude
In dem modern umgebauten historischen Gebäude von 1894 hat das deutsche Parlament seinen Sitz.



14

Fachministerinnen
und -minister gehören
dem Kabinett an



23

Koalitionsregierungen
gab es seit 1949



11

Bundespräsidenten
gab es seit 1949



8

Bundeskanzler
gab es seit 1949



THEMA

LEBENDIGE ERINNERUNGSKULTUR

Die Auseinandersetzung mit Krieg und Gewaltherrschaft, mit ideologisch motivierten Verbrechen und politischem Unrecht im 20. Jahrhundert und das Gedenken an die Opfer der Verfolgung spielen in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Der Erhalt der Berichte von Zeitzeugen gehört dabei zum Kern einer Erinnerungskultur, die darauf ausgerichtet ist, die Verbrechen des Nationalsozialismus auch im Bewusstsein kommender Generationen zu halten.

Zu der lebendigen Erinnerungskultur gehören auch die zahlreichen Gedenk- und Erinnerungsstätten für die unterschiedlichen Opfergruppen in ganz Deutschland. Mitten in Ber-

lin etwa erinnert das Denkmal für die ermordeten Juden Europas an die bis zu sechs Millionen jüdischen Opfer des Holocausts.

Gedenken an Krieg, Widerstand und Diktatur

Das Gedenken in den Jahren 2014 und 2015, in denen sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal und der Fall der Mauer zum 25. Mal jährte, war vor allem von Dankbarkeit geprägt. Die Dankbarkeit galt den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition für die Befreiung 1945, aber auch für die Chance zum Wiederaufbau und zur Wiedervereinigung 1990. Die Dankbarkeit galt ebenso jenen, die als überlebende Opfer des Holocausts Zeugnis ablegten über die Verbrechen – und dem demokratischen Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg die Hand reichten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland, deren 50. Jahrestag 2015 gefeiert wurde, war ein besonderes Zeichen für diese Versöhnungsbereitschaft.

INFO

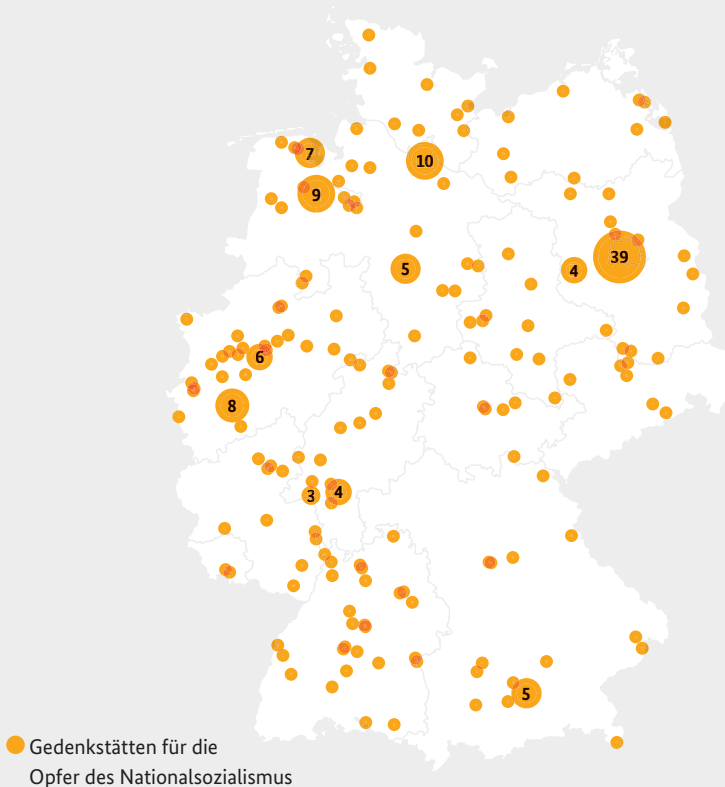
Stolpersteine In vielen deutschen und anderen europäischen Städten erinnern in den Boden eingelassene sogenannte Stolpersteine daran, dass an dieser Stelle jüdische Bürgerinnen und Bürger gewohnt oder gearbeitet haben, die unter den Nationalsozialisten verfolgt, ermordet, deportiert oder vertrieben wurden. Die etwa 10 mal 10 Zentimeter großen würfelförmigen Betonblöcke sind an ihrer Oberseite mit Messing beschlagen und mit einer Inschrift mit Namen und Lebensdaten zum Gedenken an das Opfer versehen.

→ stolpersteine.eu

Auch soll die Erinnerung an die kommunistische Diktatur während der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ, 1945–1949) und der DDR (1949–1990) für jene Generationen lebendig gehalten werden, die die Teilung Deutschlands und das DDR-System nicht erlebt haben. Wichtig bleibt dafür die Rolle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der DDR, bei dem weiterhin Akten

KARTE

Gedenk- und Erinnerungsstätten in Deutschland



In ganz Deutschland finden sich viele Erinnerungsstätten für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft

gesichtet, sortiert und Betroffenen und Wissenschaftlern zugänglich gemacht werden. In einer Dauerausstellung in dem Gebäude der ehemaligen Zentrale der Staatssicherheit der DDR (Stasi) in Berlin-Hohenschönhausen werden Mittel und Arbeitsweise der Stasi zur Bespitzelung, Kontrolle und Einschüchterung der Bevölkerung anschaulich dargestellt. In den ehemaligen Außenstellen der Stasi wird das Gedenken an die Diktatur der DDR durch Ausstellungen und Vorträge bewahrt.

Dem Widerstand gegen die Nazidiktatur gewidmet ist die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock im Berliner Bezirk Mitte. Sie befindet sich am historischen Ort des gescheiterten Umsturzversuches der Gruppe um Graf Stauffenberg vom 20. Juli 1944. Die Gedenkstätte dokumentiert eindrucksvoll, wie sich Einzelne und Gruppen 1933 bis 1945 gegen die nationalsozialistische Diktatur gewehrt und ihre Handlungsspielräume genutzt haben. ■

AUSSEN POLITIK

Zivile Gestaltungsmacht • Engagiert für Frieden und Sicherheit •
Anwalt europäischer Integration • Schutz von Menschenrechten •
Offener Netzwerkpartner • Nachhaltige Entwicklung

EINBLICK

ZIVILE GESTALTUNGSMACHT

Deutschland ist in der internationalen Politik intensiv und vielfältig vernetzt. Das Land unterhält diplomatische Beziehungen zu fast 200 Staaten und ist Mitglied in allen wichtigen multilateralen Organisationen und informellen internationalen Koordinierungsgruppen wie der „Gruppe der Sieben“ (G7) und der „Gruppe der Zwanzig“ (G20). Außenminister ist seit 2013 Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD). Er hatte das Amt bereits von 2005 bis 2009 inne. Im Auswärtigen Dienst, dessen Zentrale sich in Berlin befindet, arbeiten rund 11.230 Beschäftigte. Insgesamt unterhält Deutschland 227 Auslandsvertretungen.

Das vorrangige Ziel der deutschen Außenpolitik ist der Erhalt von Frieden und Sicherheit in der Welt. Zu den Grundkoordinaten gehört die umfassende Integration in die Strukturen der multilateralen Zusammenarbeit. Konkret bedeutet dies: eine enge Partnerschaft mit

Frankreich in der Europäischen Union (EU), die feste Verankerung in der Wertegemeinschaft des transatlantischen Bündnisses mit den USA, das Eintreten für das Existenzrecht Israels, die aktive und engagierte Mitwirkung in den Vereinten Nationen (VN) und im Europarat sowie die Stärkung der europäischen Sicherheitsarchitektur im Rahmen der OSZE.

Gemeinsam mit seinen Partnern setzt sich Deutschland weltweit für Frieden, Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte ein. Der von Deutschland vertretene erweiterte Sicherheitsbegriff umfasst neben Fragen der Krisenprävention, Abrüstung und Rüstungskontrolle nachhaltige wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte. Dazu gehören eine Globalisierung mit Chancen für alle, grenzüberschreitender Umwelt- und Klimaschutz, der Dialog zwischen den Kulturen sowie Offenheit gegenüber Gästen und Einwanderern. ►



VIDEO  AR-APP



Außenpolitik: das Video zum Thema
→ tued.net/de/vid2

Die deutsche Außenpolitik ist fest eingebunden in die multilaterale Zusammenarbeit

► Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts in den frühen 1990er-Jahren haben sich für die deutsche Außenpolitik Chancen und Herausforderungen eröffnet. Multilateral eingebettet, hat Deutschland die gewachsene Verantwortung, die dem Land nach der Wiedervereinigung 1990 zugefallen ist, angenommen. Deutschland trägt durch vielfache Anstrengungen zur politischen Lösung von Konflikten bei, ebenso zum Erhalt von friedenssichernden Strukturen sowie zur Krisenprävention innerhalb von VN-mandatierten Friedensmissionen. In der aktuellen Krise der europäischen Sicherheitsordnung übernimmt Deutschland 2016 den Vorsitz in der OSZE und wird sich für eine Bekräftigung der Helsinki-Prinzipien und eine Stärkung der OSZE als die zentrale regionale Sicherheitsorganisation in Europa einsetzen.

Die öffentliche Diskussion im Rahmen des Projekts „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“ zeigte, dass sich die Grundkoordinaten der deutschen Außenpolitik bewährt ha-

ben. Sie zeigte aber auch, dass es in einer sich rasch verändernden Welt drei zentrale Herausforderungen für die deutsche Außenpolitik gibt, die mit den Schlagworten „Krise – Ordnung – Europa“ beschrieben werden können. Um dafür besser gewappnet zu sein, stellt sich das Auswärtige Amt als Ergebnis des Review-Prozesses strukturell neu auf. ■

→ NETZ

Auswärtiges Amt

Termine, Personen, Themen, Kontakte

→ diplo.de

Europäische Union

Portal der Staatengemeinschaft mit Informationen in 24 Sprachen

→ europa.eu

OSZE

Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE

→ osze.diplo.de



Bundesaußenminister Steinmeier (links) engagierte sich intensiv in den erfolgreichen E3+3-Gesprächen mit dem Iran

AKTEURE & INSTRUMENTE

Diplomatische Vertretungen

Deutschland unterhält diplomatische Beziehungen zu 195 Staaten und ist mit 227 Vertretungen, davon 153 Botschaften, weltweit präsent. Auch bei zwölf internationalen Organisationen hat Deutschland Ständige Vertretungen.

→ diplo.de



Multilaterale Organisationen

Deutschland übernimmt Verantwortung in multilateralen Organisationen wie den Vereinten Nationen (VN), der Europäischen Union (EU), dem Nordatlantischen Bündnis (NATO), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), dem Europarat, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Welthandelsorganisation (WTO) oder dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

Bundeswehr

Die Bundeswehr umfasst nach einer internen Reform rund 180.000 aktive Soldaten, 19.000 von ihnen sind Frauen. 2.500 Angehörige der deutschen Streitkräfte sind 2015 in 16 verschiedenen Krisenmissionen eingesetzt.

→ bundeswehr.de

Experten für Konfliktprävention

Das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) bildet zivile Fachkräfte für Einsätze in Krisenregionen aus und vermittelt Experten.

→ zif-berlin.org

Außenpolitische Thinktanks

Bedeutende außen- und sicherheitspolitische Forschungsinstitute sind die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), das German Institute of Global and Area Studies (GIGA), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) und die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Politische Stiftungen

Die parteinahen Stiftungen von CDU, CSU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sind mit eigenen Büros weltweit präsent. Die Stiftungen fördern mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt die politische Bildung, die wirtschaftliche Entwicklung und den demokratischen Dialog in den jeweiligen Partnerländern.



+ DIGITAL PLUS

Mehr Informationen zu allen Themen des Kapitels – kommentierte Linklisten, Beiträge, Dokumente, Reden; dazu weiterführende Informationen zur Europäischen Union sowie Kurzporträts der multilateralen Organisationen.

→ tued.net/de/dig2



THEMA

ENGAGIERT FÜR FRIEDEN UND SICHERHEIT

Diplomatie, Krisenprävention und friedliche Konfliktbeilegung sind die vorrangigen Instrumente der deutschen Außenpolitik: Die Entsendung von Beamten, Richtern, Staatsanwälten, Polizisten, Aufbauhelfern und anderen zivilen Kräften gehören im Rahmen einer umfassenden Sicherheitspolitik ebenso dazu wie die Beteiligung der Bundeswehr an multinationalen Friedensmissionen. Das bestimmende Merkmal der deutschen Außenpolitik, die enge multilaterale Einbindung, gilt auch und besonders für den Einsatz militärischer Mittel. Die Bundeswehr wird grundsätzlich im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit oder Verteidigung eingesetzt. Sie ist damit gebunden an Beschlüsse der Vereinten Nationen (VN), der Europäischen Union

(EU) und der NATO. Der Einsatz der Bundeswehr im Ausland wird nach Möglichkeit immer begleitet durch zivile Komponenten wie politische, entwicklungspolitische und sozioökonomische Maßnahmen. Einsätze bewaffneter Streitkräfte unterliegen einer parlamentarischen Mandatierung und Kontrolle. Sie bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung durch die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages und gelten jeweils für ein Jahr. Die Bundeswehr wird daher auch als Parlamentsarmee bezeichnet.

In der NATO ist Deutschland seit der Gründung der Bundeswehr 1955 politisch wie militärisch integriert. Die feste Verankerung in das nordatlantische Verteidigungsbündnis gehört zur „DNA“ der deutschen Außenpolitik. Deutschland ist beziehungsweise war einer der größten Truppensteller bei den von der NATO geführten Einsätzen im Kosovo (KFOR) und in Afghanistan (ISAF, Resolute Support). An insgesamt 35 Auslandseinsätzen war oder ist die Bundeswehr seit 1990 beteiligt, 19 davon waren 2015 abgeschlossen.

In der Folge der Ukraine-Krise hat Deutschland erneut sein Engagement für die Bündnisverteidigung demonstriert. So hat die Bundeswehr 2015 gemeinsam mit den Niederlanden und Norwegen zum Aufbau der neuen, besonders schnell verlegbaren NATO-Eingreiftruppe (VJTF) beigetragen, die im Rahmen der kollektiven Verteidigung und

 LISTE

- Größte deutsche Auslandsvertretung:
Botschaft Moskau, ca. 300 Mitarbeiter
- Größte Parlamentariergruppe
im Deutschen Bundestag:
**Parlamentariergruppe USA,
80 Abgeordnete**
- Größtes EU-Organ in Deutschland:
**Europäische Zentralbank (EZB) in
Frankfurt am Main, 1.100 Mitarbeiter**
- VN-Einrichtungen in Deutschland:
gesamt 28, davon 19 in Bonn



In zahlreichen Missionen, wie etwa bei EUTM (European Training Mission in Mali), ist die Bundeswehr im Auslandseinsatz

des Krisenmanagements die Reaktionsfähigkeit der Allianz verbessern soll. Seit ihrer Aufnahme in die VN 1973 ist die Bundesrepublik ein engagiertes, verlässliches und geschätztes Mitglied der Weltorganisation. 2018 beabsichtigt Deutschland daher zum sechsten Mal für einen der nichtständigen Sitze im VN-Sicherheitsrat in der Wahlperiode 2019/2020 zu kandidieren. Zum regulären Haushalt der VN trägt Deutschland jährlich rund 190 Millionen US-Dollar, zum geson-

dernten Etat der VN-Friedensmissionen etwa 640 Millionen US-Dollar bei. Das sind jeweils 7,1 Prozent des Gesamtbudgets der VN. Damit war Deutschland 2015 der drittgrößte Beitragszahler. An VN-geführten Missionen beteiligte sich Deutschland 2015 mit rund 260 Soldaten und Polizisten: unter anderem im Libanon, in der Westsahara, in Mali, im Südsudan, im Sudan und in Liberia. Auch in Deutschland sind die VN präsent, insbesondere auf dem VN-Campus in Bonn, wo 19 von ►



Im Jahr 2016 hat Deutschland den Vorsitz der OSZE inne und bekräftigt damit sein Engagement in dieser Organisation

- deutschlandweit 28 VN-Einrichtungen ihren Sitz haben, darunter das VN-Klimasekretariat (UNFCCC).

Um die internationalen Organisationen bei friedenserhaltenden Missionen noch besser zu unterstützen, wird Deutschland die Ausbildung und Entsendung von zivilen Krisenhelfern weiter professionalisieren. Das 2002 eingerichtete Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) verfügt über einen Pool von 1.500 abrufbereiten Experten und soll weiter gestärkt werden. Das ZIF wählt zivile Helfer aus, bereitet sie in Lehrgängen auf Einsätze als Beobachter und Schlichter in Krisengebieten und Postkonfliktländern vor und wertet deren Erfahrungen aus. In Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt hat das ZIF bis 2015 bereits 3.000 ehrenamtliche Kurz- und Langzeitwahlbeobachter in Wahlbeobachtungsmissionen entsandt und Projekte in 65 Ländern umgesetzt.

Als weitere zentrale Säule für Frieden und Sicherheit in Europa unterstützt Deutschland die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die OSZE ist 1995 aus der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervorgegangen. Grundlagendokument der OSZE ist die 1975 unterzeichnete Schlussakte von Helsinki, in der unter anderem die Unverletzlichkeit der Grenzen und die friedliche Lösung von Streitigkeiten als Grundprinzipien der europäischen Sicherheitsordnung vereinbart wurden.

Die OSZE als zentrales Forum für Frieden und Sicherheit in Europa

Die Organisation umfasst heute 57 Teilnehmerstaaten aus Europa, Nordamerika und Zentralasien und ist damit die größte regionale Organisation für kollektive Sicherheit weltweit. In der Ukraine-Krise wurde die Bedeutung der OSZE als zentrales Forum für

Dialog und Vertrauensbildung erneut deutlich. Die OSZE unterstützt die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts unter anderem durch die Moderation politischer Verhandlungen im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe.

Zudem hat die OSZE mehrere Hundert zivile Beobachter in die Ukraine entsandt, die etwa im ostukrainischen Konfliktgebiet die Einhaltung des in den Minsker Vereinbarungen vom September 2014 und vom Februar 2015 vereinbarten Waffenstillstands überwachen und den Abzug von Truppen und Waffen verifizieren sollen. Zur Prävention von Konflikten und zur Förderung der Demokratisierung unterhält die OSZE in vielen weiteren Ländern ständige Missionen und schickt, auch von Deutschland unterstützt, regelmäßig Wahlbeobachter in seine Teilnahmestaaten.

Engagement für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Kernwaffen nehmen in der deutschen Außenpolitik einen hohen Stellenwert ein. Deutschland bekennt sich zum Ziel einer Welt ohne Atomwaffen und verfolgt dabei einen pragmatischen Ansatz. Gemeinsam mit den fünf ständigen Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates hat Deutschland im Rahmen der E3+3-Gespräche konstruktiv zu der Wiener Vereinbarung mit Iran über das iranische Nuklearprogramm beigetragen. Deutschland setzt sich weiterhin für die Universalität und Durchsetzung relevanter internationaler Verträge und Abkommen ein. 2014 bis 2015

beteiligte es sich an der Vernichtung der aus Syrien abtransportierten Chemiewaffen. Deutschland führt zwischen 2013 und 2016 Projekte zur Verbesserung der biologischen Sicherheit im Umfang von circa 24 Millionen Euro in mehr als 20 Partnerländern durch. Außerdem zählte Deutschland 2014 mit rund 13,2 Millionen Euro für Projekte zur Minenräumung und Fürsorge von Minenopfern in 13 Ländern zu den größten Gebern in diesem Bereich. Auch die Vernichtung von überschüssigen Waffen und Munition sowie die sichere Lagerung von gefährdeten Beständen sind Schwerpunkte der deutschen Politik. Im OSZE-Raum sind konventionelle Rüstungskontrolle sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen von großer Bedeutung. Deutschland setzt sich für ihre Modernisierung und Anpassung an aktuelle Herausforderungen ein. ■

GLOBAL

Armed Conflict Survey 2015 Die Zahl der Opfer durch Kriege ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Das berichtet das Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in London. Die Zahl der Kriegstoten stieg von 56.000 im Jahr 2008 auf 180.000 im Jahr 2014, obwohl anstatt 63 nur noch 42 bewaffnete Konflikte gezählt wurden. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden dabei 2013 weltweit mehr als 50 Millionen Menschen zu Flüchtlingen.
→ iiss.org





THEMA

ANWALT EUROPÄISCHER INTEGRATION

Kein Land in Europa hat mehr Nachbarn als Deutschland. Mit neun Staaten teilt Deutschland seine Grenze, acht davon gehören zur Europäischen Union (EU). Die europäische Integration, eine der eindrucksvollsten politischen Erfolgsgeschichten der vergangenen Jahrzehnte, bildet für Deutschland die Grundlage für Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Ihre weitere Entwicklung und Stärkung, zumal unter komplexen und vielfach krisenhaften Vorzeichen, bleibt die zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik. Das historische Projekt der EU, begonnen in den frühen 1950er-Jahren, umfasst heute über eine halbe Milliarde Unionsbürger in 28 Mitgliedsstaaten. Die deutsche Europapolitik hat sich in allen Etappen der europäischen Einigung als treibende

Kraft etabliert und das Zusammenwachsen Europas nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aktiv mitgestaltet. Im Rahmen der europäischen Integration wurde der größte gemeinsame Markt der Welt geschaffen, charakterisiert durch die in den Römischen Verträgen von 1957 formulierten vier Grundfreiheiten: den freien Warenverkehr unter den EU-Staaten, die Freiheit des Personenverkehrs, die Dienstleistungsfreiheit im EU-Gebiet sowie den freien Kapitalverkehr.

Die 2008 ausgebrochene Finanz- und Schuldenkrise hat die europäische Einigung vor große Herausforderungen gestellt. Die Bankenunion, die gemeinsame Standards und Kontrollmechanismen für den Finanzsektor im Euroraum etabliert, war daher ein zentrales Anliegen der deutschen Europapolitik. Das Eintreten für den Zusammenhalt der Europäer auch in schwierigen Zeiten findet in der deutschen Bevölkerung breite Unterstützung. Die Größe und die Wirtschaftsleistung des gemeinsamen europäischen Marktes machen die EU zu einem zentralen Akteur der Weltwirtschaft. Allein in der Eurozone wird mehr als ein Fünftel des international generierten Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet – Platz zwei hinter den USA. Zugleich ist die Eurozone der bedeutendste Im- und Exporteur von Waren und Dienstleistungen weltweit. Für 2016 erwartet der IWF ein Wachstum von 1,6 Prozent; 2013 war der Wirtschaftsraum noch in einer Rezession. Als stärkste Volkswirtschaft

Z A H L

508 Mio.

Menschen leben in den 28 Mitgliedsländern der Europäischen Union. Sie hat damit die drittgrößte Bevölkerung nach China und Indien. Ihre Bürger sprechen 24 Sprachen und leben auf einem Gebiet von vier Millionen Quadratkilometern. Das BIP beträgt 13,92 Billionen Euro und ist größer als das der USA. Mit einem Anteil von 15,4 Prozent der Exporte und 16,4 Prozent der Importe liegt die EU im weltweiten Handel an der Spitze.

→ europa.eu

Die 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf einen Blick



Der EU ist es seit 1957 in sieben Erweiterungen gelungen, sich von sechs auf 28 Mitglieder zu vergrößern

der EU trägt Deutschland nicht zuletzt in Phasen wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen besondere Verantwortung.

Deutsch-französische Freundschaft als Motor der europäischen Einigung

Parallel zur europäischen Integration bauten Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine enge Partnerschaft auf, die heute oft als Modell für die Aussöhnung zwei-

er Völker betrachtet wird. Beide Länder gehörten 1957 zu den sechs Gründungsmitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dem Kern der heutigen EU. Die deutsch-französische Freundschaft, 1963 begründet mit dem Elysée-Vertrag, wird von engen Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften und von vielen deutsch-französischen Institutionen getragen. Beide Länder stimmen sich in den europa- und außenpolitischen Fragen eng ab und tragen durch ►

- gemeinsame Initiativen immer wieder zur konstruktiven Weiterentwicklung der europäischen Politik bei.

Ein jüngerer Element des europäischen Einigungsprozesses bildet die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Die Aussöhnung mit Polen erreichte mit der Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt in den 1970er-Jahren erste Erfolge. Sie wurde fortgesetzt mit der Anerkennung der gemeinsamen Grenze durch den 2+4-Vertrag über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit 1990 sowie dem im gleichen Jahr geschlossenen Grenzvertrag und institutionalisiert in dem deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag von 1991. Zusammengeführt werden die partnerschaftlichen Beziehungen zu Frankreich und Polen in dem trilateralen Format des „Weimarer Dreiecks“.

Mehr globales Gewicht durch ein gemeinsames europäisches Handeln

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde 2009 die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

(GASP) stärker institutionalisiert. Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die den Vorsitz im Rat der Außenminister führt, ist gleichzeitig Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Seit 2014 hat dieses Amt die italienische Politikerin Federica Mogherini inne. Ihr obliegt in Fragen der GASP zudem die Vertretung der EU nach außen. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben stützt sich die Hohe Vertreterin auf einen neu eingerichteten Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Durch diese institutionellen Neuerungen hat die EU ihre Sichtbarkeit und Effektivität international deutlich gestärkt. Auch das Krisenmanagement wurde fortentwickelt. Einige Auslandseinsätze mit deutscher Beteiligung werden bereits unter der Ägide der EU geführt.

Ein Schwerpunkt der EU-Außenpolitik ist die Pflege der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn und zu den Mittelmeeranrainern. Bei dieser Nachbarschaftspolitik stehen die Themen Migration und Bekämpfung des Terrorismus zunehmend im Vordergrund. Die irreguläre Zuwanderung nach Europa ist

WEGMARKEN

1957

Der europäische Einigungsprozess beginnt. Mit den Römischen Verträgen gründen Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

1979

Die Europäer gehen gemeinsam zur Wahl. Erstmals werden die Abgeordneten des in Straßburg und Brüssel tagenden Europäischen Parlaments direkt gewählt. Zuvor waren sie von den nationalen Parlamenten entsandt worden.

1993

Europas Einigung wird für die Bürger erlebbar. Im luxemburgischen Schengen vereinbaren Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten das Ende der internen Grenzkontrollen. Weitere Staaten folgen.



Der G7-Gipfel 2015: Unter der deutschen G7-Präsidentschaft standen europäische und globale Themen auf der Agenda

ein gesamteuropäisches Thema. Der Europäische Rat hat hierzu im April und Juni 2015 ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen. Neben der verstärkten Seenotrettung im Mittelmeer und Maßnahmen zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität spielt dabei auch die Bekämpfung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration in den Herkunfts- und Transitländern Afrikas und des Nahen Ostens eine Rolle. Die Frage der gleichmäßigeren Verteilung von Asylbewerbern in der Europäi-

schen Union bedarf nach wie vor einer nachhaltigen solidarischen Lösung. Fünf EU-Länder nahmen 2014 zwei Drittel aller Flüchtlinge auf, darunter vor allem Deutschland. So hat kein Land in Europa mehr Menschen aus Syrien aufgenommen: über 125.000. Die beim Europäischen Rat im Juni 2015 erreichte Lösung, schutzbedürftige Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union auf der Basis von Freiwilligkeit umzusiedeln, ist ein erster Schritt in diese Richtung. ■

2002

Europa gibt sich eine Währung. In zunächst zwölf Ländern der EU wird der Euro als Bargeld eingeführt; als Buchgeld gibt es ihn schon seit 1999. Sitz der neu etablierten Europäischen Zentralbank (EZB) ist Frankfurt.

2004

Am 1. Mai treten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Ungarn sowie Malta und Zypern der EU bei. Drei Jahre später folgen Bulgarien und Rumänien, 2013 Kroatien.

2009

Die EU tritt in der Welt gemeinsam auf. Mit dem Lissabon-Vertrag schafft die EU das Amt des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik. Auch ein Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD) wird eingerichtet.



THEMA

SCHUTZ VON MENSCHENRECHTEN

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Dies ist der klare Auftrag des Artikels 1 des Grundgesetzes, in dem sich Deutschland zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“ als „Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ bekennt. Diese Verpflichtung wird von Deutschland auch in seinen auswärtigen Beziehungen ernst genommen. Schutz und Stärkung von Menschenrechten spielen im außenpolitischen und internationalen Kontext eine besondere Rolle, denn häufig sind systematische Menschenrechtsverletzungen der erste Schritt in Konflikte und Krisen. Gemeinsam mit den Partnern in der EU und in

Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (VN) setzt sich Deutschland weltweit dafür ein, die Menschenrechtsstandards zu schützen und fortzuentwickeln.

Engagement in internationalen Menschenrechtsinstitutionen

Deutschland ist Vertragsstaat der wichtigen Menschenrechtsabkommen der VN und ihrer Zusatzprotokolle (Zivilpakt, Sozialpakt, Anti-Rassismus-Konvention, Frauenrechtskonvention, Anti-Folter-Konvention, Kinderrechtskonvention, Behindertenrechtskonvention, Konvention gegen Verschwindenlassen). Zuletzt wurde von Deutschland das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter sowie die Behindertenrechtskonvention unterzeichnet, beide sind seit 2009 in Kraft. Deutschland hat als erster europäischer Staat auch das Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention, das ein Individualbeschwerdeverfahren ermöglicht, ratifiziert.

INFO

Zivilgesellschaft Auch viele Nichtregierungsorganisationen setzen sich für die globale Durchsetzung der Menschenrechte, für entwicklungspolitischen Fortschritt und Humanitäre Hilfe ein. Sie drängen die politisch Verantwortlichen zum Handeln und schärfen das Bewusstsein der Bevölkerung. Sie sind aber auch selbst aktiv, sammeln Spenden und koordinieren eigene Projekte vor Ort. Dem Verband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (VENRO) gehören rund 120 Organisationen an.
→ venro.org

Die Bundesregierung unterstützt den Schutz vor Diskriminierung und Rassismus, engagiert sich weltweit gegen die Todesstrafe, für politische Teilhabe und Rechtsschutz, verteidigt die Religions- und Weltanschauungsfreiheit, kämpft gegen den Menschenhandel und drängt auf die Durchsetzung des Rechts auf Wohnen und des Rechts auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung. Fast 900 Millionen Menschen weltweit fehlt der Zugang zu



Der Menschenrechtsrat in Genf ist das wichtigste Menschenrechtsgremium der Vereinten Nationen

sauberem Wasser. Mit 400 Millionen Euro jährlich trägt Deutschland in vielen Projekten dazu bei, diese Situation zu ändern. Der Zugang zu Wasser, eines der neueren Menschenrechtsthemen, ist in 27 Ländern Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit.

Seit 2012 ist Deutschland zum zweiten Mal Mitglied des VN-Menschenrechtsrats in Genf, Schweiz, und bewirbt sich für die Wiederwahl 2016 bis 2018. 2015 hat Deutschland mit Bot-

schafter Joachim Rucker erstmals den Vorsitz dieses Gremiums übernommen. Der deutsche Diplomat wurde von den 47 Mitgliedern des Menschenrechtsrats für ein Jahr zum Präsidenten gewählt. Wichtigstes Instrument des Menschenrechtsrats ist die „Universelle Periodische Staatenüberprüfung“, bei der jedes VN-Mitglied über die Umsetzung seiner menschenrechtlichen Verpflichtungen berichtet und sich kritischen Fragen stellt. Deutschland durchlief dieses Verfahren 2009 und 2013. ►



- Deutschland ist eines der aktivsten Länder im Europarat mit seinen 47 Mitgliedsstaaten, der sich für den Schutz und die Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in ganz Europa einsetzt. Mit wegweisenden Übereinkommen, wie vor allem der Europäischen Menschenrechtskonvention, trägt der Europarat zur Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Rechtsraums bei und überwacht die Einhaltung von verbindlichen gemeinsamen Standards und Werten auf dem europäischen Kontinent.

Instrumente der internationalen Menschenrechtspolitik

Eine zentrale Institution des Europarats zur Durchsetzung der Menschenrechte in Europa ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, Frankreich. Jeder Bürger der 47 Mitgliedsstaaten des Europarats kann sich unmittelbar mit Klagen gegen eine Verletzung seiner durch die Europäische Menschenrechtskonvention geschützten Rechte an den EGMR wenden.

Deutschland tritt nachdrücklich dafür ein, dass alle Mitgliedsstaaten des Europarats sie betreffende Entscheidungen des EGMR akzeptieren und umsetzen, wie es ihren Verpflichtungen entspricht. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag, Niederlande, ist zuständig für die völkerstrafrechtliche Ahndung schwerer internationaler Verbrechen, wie Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völkermord. Deutschland spricht sich für eine universelle Anerkennung des IStGH aus.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Christoph Strässer, ist im Auswärtigen Amt angesiedelt. Er beobachtet internationale Entwicklungen, koordiniert die Menschenrechtsaktivitäten mit anderen staatlichen Stellen und berät den Bundesaußenminister. Parlamentarisch begleitet und kontrolliert wird die deutsche Menschenrechtspolitik seit 1998 durch den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages. Als staatlich finanzierte, aber

DIAGRAMM

Entwicklung und Zusammenarbeit

Deutschland gehört nicht nur zu den wichtigen und großen Geberländern staatlicher Entwicklungszusammenarbeit, sondern ist auch im Bereich der Humanitären Hilfe wichtiger Geber und aktiver Mitgestalter.

Ausgaben für staatliche Entwicklungszusammenarbeit in Mrd. US-\$

USA	32,73
Großbritannien	19,39
Deutschland	16,25
Frankreich	10,37
Japan	9,19

unabhängige Instanz wurde 2000 das Deutsche Institut für Menschenrechte in Berlin etabliert. Es soll als Nationale Menschenrechtsinstitution im Sinne der Pariser Prinzipien der VN zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte durch Deutschland im In- und Ausland beitragen.

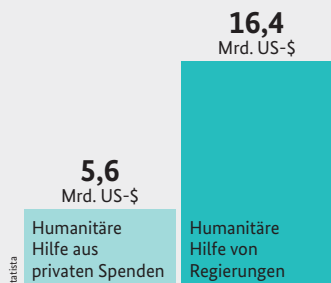
Humanitäre Hilfe für Menschen in akuter Not

Die Bundesregierung unterstützt durch ihre Humanitäre Hilfe weltweit Menschen, die durch Naturkatastrophen, kriegsrische Auseinandersetzungen oder andere Krisen und Konflikte in akute Not geraten sind oder bei denen ein Risiko darauf besteht. Dabei kommt es nicht auf die Ursachen der Notlage an. Humanitäre Hilfe ist Ausdruck ethischer Verantwortung und der Solidarität mit Menschen in Not. Sie orientiert sich am Bedarf der Notleidenden und basiert auf den humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Die Bundesregierung leistet diese Hilfe nicht

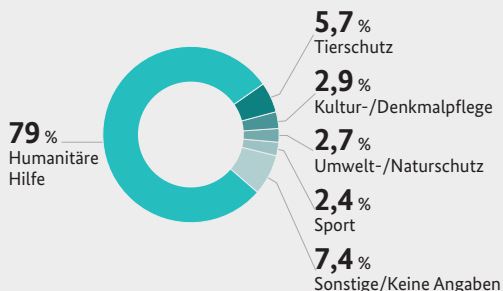
direkt, sondern fördert geeignete Projekte humanitärer Organisationen der Vereinten Nationen, der Rotkreuz-/Rothalbmondbewegung und deutscher Nichtregierungsorganisationen. Für humanitäre Hilfsmaßnahmen hat das Auswärtige Amt allein 2014 mehr als 437 Millionen Euro eingesetzt.

Der Schutz der Menschenrechte ist auch ein wichtiges Handlungsfeld der Cyber-Außenpolitik. Fragen des Schutzes von Daten und Persönlichkeitsrechten müssen dringend beantwortet werden. 2013 und 2014 verabschiedete die VN-Generalversammlung Resolutionen zum Recht auf Privatheit im digitalen Zeitalter. Sie gingen auf eine deutsch-brasilianische Initiative zurück. Deutschland vertritt die Auffassung, dass Menschenrechte online genauso gelten wie offline. 2015 hat der VN-Menschenrechtsrat eine Resolution angenommen, die erstmals die Ernennung eines unabhängigen Sonderberichterstatters für das Recht auf Privatheit vorsieht. Er soll jährlich über Verstöße berichten und die internationale Debatte begleiten. ■

Budget für Humanitäre Hilfe weltweit 2013



Spendenzwecke in Deutschland im Jahr 2014




 PANORAMA

OFFENER NETZWERKPARTNER

New York

- Hauptquartier der Vereinten Nationen


Montreal

- Vereinte Nationen

Luxemburg

- EU

London

- Vereinte Nationen

Brüssel

- NATO
- EU


Stockholm

- Ostseerat (CBSS)


Wien

- OSZE


Bern

- Vereinte Nationen

Rom

- Vereinte Nationen

Washington, D.C.

- Internationaler Währungsfonds (IWF)
- Weltbank


Straßburg

- EU

Paris

- Vereinte Nationen
- European Space Agency (ESA)
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)


Genf

- Vereinte Nationen
- Welthandelsorganisation (WTO)



WORLD TRADE ORGANIZATION

Nairobi

- Vereinte Nationen

New York

Hauptquartier der Vereinten Nationen

Genf

Sitz der Welthandelsorganisation

IWF

Seit 1952 gehört Deutschland dem Internationalen Währungsfonds an

NATO

Seit 1955 ist Deutschland Mitglied in der Nordatlantikvertrags-Organisation

EU

Deutschland gehört seit der Gründung 1957 zu den Mitgliedern der heutigen EU

VN

Im Jahr 1973 wurde Deutschland Mitglied der Vereinten Nationen



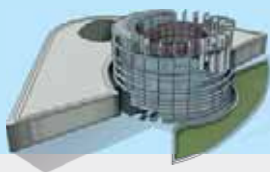
Shima

- Japanischer Vorsitz der G7, 2016

Shanghai

- Chinesischer Vorsitz der G20, 2016

Straßburg
Europäisches
Parlament



Hamburg
Internationaler Seegerichtshof



Bonn
Der „Lange Eugen“
auf dem VN-Campus

Die Vereinten Nationen (VN) in Deutschland

Berlin

- Internationale Arbeitsorganisation (ILO) – Vertretung in Deutschland
- Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) – Regionalvertretung Deutschland und Österreich
- Welternährungsprogramm (WFP) – Verbindungsbüro in Deutschland
- Büro der Weltbank in Berlin

Bonn VN-Campus

- Freiwilligenprogramm der VN (UNV)
- Klimasekretariat der Vereinten Nationen (UNFCCC)
- Sekretariat des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD)
- Internationale Strategie zur Katastrophenvorsorge/Plattform zur Förderung von Frühwarnung (UN/ISDR-PPEW)
- Universität der Vereinten Nationen – Vizerektorat in Europa (UNU-ViE)
- sowie 14 weitere VN-Einrichtungen

Dresden

- United Nations University - Institute for Integrated Management of Material Fluxes and of Resources (UNU-FLORES)

Frankfurt am Main

- Internationale Finanzkorporation (IFC), Weltbankgruppe

Hamburg

- Internationaler Seegerichtshof (ITLOS)
- UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen (UIL)

Nürnberg

- UNHCR Sub-Office

OSZE

Deutschland gehört seit der Gründung 1975 zu den Mitgliedern der heutigen OSZE

G7

Seit der Gründung 1975 gehört Deutschland dem informellen Zusammenschluss an

WTO

Seit 1995 ist Deutschland Mitglied der Welthandelsorganisation

G20

Deutschland ist seit der Gründung 1999 in Berlin Mitglied der Gruppe der 20



THEMA

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die deutsche Entwicklungspolitik als Baustein einer globalen Struktur- und Friedenspolitik will dazu beitragen, die Lebensbedingungen in den Partnerländern zu verbessern. Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist es, den Hunger und die Armut weltweit zu überwinden und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Die Leitlinien und Konzepte entwickelt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Politisch und finanziell liegt das Hauptgewicht auf der bilateralen Zusammenarbeit mit den Partnerländern. Im Rahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit kooperiert Deutschland mit 50 Partnerländern in gemeinsam vereinbarten Länderprogrammen, die alle Instrumente der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit umfassen können. Eine Schwerpunktregion ist Afrika, aber auch mit Ländern in Asien, Südosteuropa und Lateinamerika wird intensiv zusammengearbeitet.

Deutschland hat die Finanzmittel für Entwicklungszusammenarbeit bis 2019 um 8,3 Milliarden Euro aufgestockt. Dadurch fließen 2016 gut 0,4 Prozent des Bruttonationalproduktes in die Entwicklungszusammenarbeit. Im internationalen Maßstab betrachtet, gehört Deutschland mit jährlich 16,25 Milliarden US-Dollar nach den USA und Großbritannien zu den drei größten Geberländern für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit. Die Projekte werden in der Regel von der Deut-

schen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der KfW Bankengruppe als Durchführungsorganisationen in den Ländern betreut.

Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung

Maßgeblich für die globale Entwicklung der kommenden Jahre soll die 2030-Agenda werden, die auf der 70. Generalversammlung der Vereinten Nationen Ende September 2015 beschlossen wurde. Die 2030-Agenda ersetzt die sogenannten Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) der Vereinten Nationen, die die Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern für den Zeitraum 2000 bis 2015 definiert hatten.

In Verfolgung der Millenniums-Entwicklungsziele ist es zwar bis 2015 gelungen, die Armut weltweit zu halbieren und unter anderem den Zugang zu Trinkwasser sowie zu Bildung zu verbessern. Aber: Knapp 1,3 Milliarden Menschen leben von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag. Andere Probleme wie ein zu hoher Ressourcenverbrauch, fortschreiten der Klimawandel und Umweltzerstörung, hohe Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheiten bleiben ebenfalls drängend. Die neuen Ziele vom September 2015 sollen Rückenwind für einen weltweiten Wandel zu mehr Nachhaltigkeit geben – in der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension und unter



Die 2030-Agenda der Vereinten Nationen will in wichtigen Zukunftsfragen nachhaltige Entwicklung voranbringen

Berücksichtigung bestehender Verknüpfungen. Die 2030-Agenda soll nunmehr eine „universelle“ Agenda sein, das heißt für alle Staaten gelten und in den kommenden 15 Jahren weit über die Entwicklungszusammenarbeit hinaus ein breites Spektrum an Politikbereichen angehen: Neben dem Kampf gegen Hunger und Armut soll der Planet als Lebensgrundlage zukünftiger Generationen geschützt werden; Wirtschaftssysteme und Lebensstile sollen gerechter und nachhaltiger

sowie effektiver werden, Diskriminierung bekämpft, nicht zuletzt durch Stärkung wirksamer inklusiver und demokratischer Institutionen, verantwortungsvoller Regierungsführung sowie Rechtsstaatlichkeit. Schließlich benötigt der Zukunftsvertrag zur nachhaltigen Absicherung einen sogenannten „Multi-Akteurs“-Ansatz: Neben Regierungen sollen vor allem gesellschaftliche Gruppen, Wirtschaft und Wissenschaft wichtige Rollen bei der Umsetzung der 2030-Agenda spielen. ■

WIRTSCHAFT & INNOVATION

Starker Standort • Globaler Akteur • Leitmärkte und Innovationen •
Nachhaltige Ökonomie • Digitale Agenda • Geschätzter Handelspartner •
Attraktiver Arbeitsmarkt

EINBLICK

STARKER STANDORT

Deutschland ist die größte Volkswirtschaft der Europäischen Union (EU) und nach den USA, China und Japan die viertgrößte der Welt. Ihre Wettbewerbsfähigkeit und globale Vernetzung verdankt die deutsche Wirtschaft einer starken Innovationskraft und hoher Exportorientierung. In den umsatzstarken Branchen Automobilbau, Maschinen- und Anlagenbau, in der Chemieindustrie sowie in der Medizintechnik macht der Export weit über die Hälfte des Umsatzes aus. 2014 führten nur China und die USA mehr Waren aus. In Forschung und Entwicklung (FuE) investiert Deutschland jährlich rund 80 Milliarden Euro. Viele Unternehmen sind auf dem Weg zur Industrie 4.0, mit der speziell die Digitalisierung der Fertigungstechnik und der Logistik vorangetrieben wird.

Die positive wirtschaftliche Dynamik hat zu einer günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes geführt. Deutschland gehört zu den

Ländern mit der höchsten Beschäftigungsquote in der EU und ist das Land mit der prozentual geringsten Jugendarbeitslosigkeit. Dies untermauert auch den Wert der dualen Berufsausbildung, die sich als Exportgut etabliert hat und von vielen Ländern adaptiert wird. Faktoren wie Verfügbarkeit von Fachkräften, Infrastruktur und Rechtssicherheit sind weitere Merkmale des Standorts Deutschland, der sich in vielen internationalen Rankings auf vorderen Plätzen bewegt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie leitet Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD).

Seit 1949 bildet das Modell der Sozialen Marktwirtschaft die Basis der deutschen Wirtschaftspolitik. Die Soziale Marktwirtschaft garantiert freies unternehmerisches Handeln und bemüht sich gleichzeitig um sozialen Ausgleich. Dieses in der Nachkriegszeit vom späteren Bundeskanzler Ludwig Erhard ►



VIDEO  AR-APP



Wirtschaft & Innovation: das Video zum Thema → tued.net/de/vid3

Industrie 4.0: Die Wirtschaft in Deutschland ist auf dem Weg in eine digitalisierte Zukunft

- entwickelte Konzept hat Deutschland auf einen erfolgreichen Entwicklungspfad geführt. Deutschland engagiert sich aktiv in der Gestaltung der Globalisierung und setzt sich für ein nachhaltiges globales Wirtschaftssystem ein, das faire Chancen für alle bietet.

Deutschland gehört zu den zwölf Ländern, die 2002 den Euro als Bargeld eingeführt haben. Die Finanzmarktkrise (2008) sowie die nachfolgende Schuldenkrise haben die gesamte Eurozone getroffen – auch Deutschland. Die Bundesregierung hat daraufhin mit einer Doppelstrategie die Neuverschuldung gestoppt und Maßnahmen zur Stärkung der Innovationskraft ergriffen. Erstmals seit 1969 konnte 2014 und 2015 ein ausgeglichener Bundeshaushalt präsentiert werden.

Das strukturelle Rückgrat der Wirtschaft bildet mit mehr als 99 Prozent aller Firmen der Mittelstand. Die kleinen und mittleren Unternehmen ergänzen die Konzerne, die

vorwiegend im deutschen Börsenindex DAX an der Frankfurter Börse gelistet sind, dem wichtigsten Finanzplatz in Kontinentaleuropa. In Frankfurt am Main hat auch die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Sitz, die als EU-Institution unter anderem über die Preisstabilität des Euro wacht. ■

→ NETZ

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Wirtschaftspolitik, Schwerpunkte, Initiativen

→ bmwi.de

Make it in Germany

Portal für internationale Fachkräfte mit Infos zu Leben und Arbeit in Deutschland

→ make-it-in-germany.de

Arbeitsagentur

Arbeitsmarktdaten und Stellenbörsen

→ arbeitsagentur.de



Finanzplatz mit Tradition: Die bedeutendste deutsche Börse hat ihren Sitz in Frankfurt am Main

AKTEURE & INSTRUMENTE

Bundesverband der Deutschen Industrie

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vertritt die Interessen von über 100.000 Industrie-Unternehmen. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen.

→ bdi.eu

Deutsche Auslandshandelskammern

Die Deutschen Auslandshandelskammern (AHK), Delegationen und Repräsentanten der deutsche Wirtschaft bilden ein Netz mit 130 Standorten in 90 Ländern.

→ ahk.de

Deutsche Auslandsvertretungen

Die 227 Botschaften und Konsulate bilden mit den AHK und GTAI die dritte Säule der deutschen Außenwirtschaftsförderung.

→ auswaertiges-amt.de

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ist die Dachorganisation der 80 deutschen Industrie- und Handelskammern. Ihnen gehören 3,6 Millionen gewerbliche Unternehmen an.

→ dihk.de

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Das DIW in Berlin ist das größte der zahlreichen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute.

→ diw.de



Germany Trade and Invest

Germany Trade and Invest (GTAI) ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Mit über 50 Standorten weltweit unterstützt sie deutsche Unternehmen bei ihrem Weg ins Ausland, wirbt für den Standort Deutschland und begleitet ausländische Unternehmen bei der Ansiedlung in Deutschland.

→ gtai.de

Rat für nachhaltige Entwicklung

Zu den Aufgaben des von der Bundesregierung berufenen Rates für Nachhaltige Entwicklung gehört die Entwicklung von Beiträgen zur Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

→ nachhaltigkeitsrat.de



+ DIGITAL PLUS

Mehr Informationen zu allen Themen des Kapitels – kommentierte Linklisten, Beiträge, Dokumente, Reden; dazu weiterführende Informationen zu Themen wie Soziale Marktwirtschaft, duale Berufsausbildung, Wirtschaftspolitik, europäische Wirtschafts- und Finanzkrise. → tued.net/de/dig3

THEMA

GLOBALER AKTEUR

Deutschland ist ein exportorientiertes, international stark verflochtenes Industrieland mit einem ausgeprägten Exportsektor. In den jährlichen Rankings der Welthandelsorganisation (WTO) gehört Deutschland – nach China und den USA – regelmäßig zu den drei größten Exportnationen weltweit. 2014 schloss die Außenhandelsbilanz mit einem Überschuss von 190 Milliarden Euro, einem neuen Höchstwert. Die Ausfuhren deutscher Unternehmen (Waren und Dienstleistung) steigerten sich auf 1.326 Milliarden Euro, der Wert der Einfuhren lag bei 1.136 Milliarden Euro. Bei einem insgesamt eher geringen Wachstum der Weltwirtschaft 2013/2014 hat sich die deutsche Wirtschaft gut behauptet. Deutschland profitiert im internationalen Vergleich am stärksten von der Globalisierung. Der „Country Connectedness Index 2014“ des McKinsey Global Institute führt Deutschland als das weltweit am stärksten vernetzte Land – vor den USA und Singapur.

Jeder zweite in Deutschland erwirtschaftete Euro wird durch Auslandsgeschäfte verdient; annähernd jeder vierte Arbeitsplatz hängt vom Export ab, in der Industrie sogar jeder zweite. Rund 800.000 Unternehmen sind im Außenhandel tätig. 2014 importierten 685.000 Unternehmen Waren aus anderen Ländern, während circa 340.000 Unternehmen Export betrieben. Wesentlichen Anteil am deutschen Außenhandel hatten rund 10.700 Unternehmen mit Sitz im Ausland; der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) schätzt, dass mehr als 7 Millionen Beschäftigte für deutsche Firmen im Ausland arbeiten.

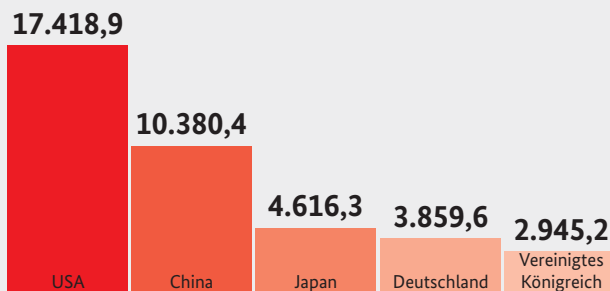
Auf der Exportseite dominieren Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen, chemische Erzeugnisse, Datenverarbeitungsgeräte sowie elektronische Erzeugnisse. Auf diese vier Produktgruppen entfällt gut die Hälfte des deutschen Exports. Insgesamt hat sich die Exportquote seit 1991 von 25,7 Prozent auf 50,6 Pro- ▶

DIAGRAMM

Wirtschaftsleistung

Deutsche Unternehmen genießen international einen ausgezeichneten Ruf. Sie stehen für das weltweit als Qualitätssiegel geschätzte „Made in Germany“. Als viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt ist Deutschland besonders exportorientiert.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2014 (in Mrd. US-\$)

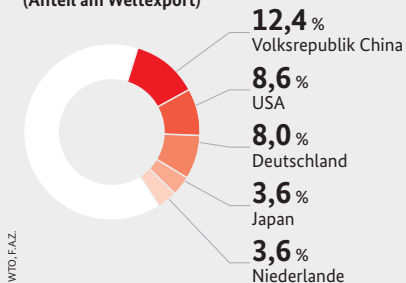




Der Container als Symbol der Globalisierung: Der Hamburger Hafen gehört zu den großen Umschlagplätzen

Weltgrößte Handelsnationen 2014

(Anteil am Weltexport)



Größte deutsche Unternehmen 2014 (Umsatz, in Mio. €)

Volkswagen	202.458
Daimler AG	129.872
Eon SE	111.556
BMW Group	80.401
Schwarz-Gruppe	79.300
BASF-Gruppe	74.326
Siemens AG	71.920

- zent nahezu verdoppelt. Die Außenhandelsquote, die Summe der Im- und Exporte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), lag 2013 bei 89 Prozent. Deutschland ist damit die „offenste“ Volkswirtschaft der G7-Staaten. Zum Vergleich: Die USA kamen 2013 auf eine Außenhandelsquote von 30 Prozent.

Die Partnerländer der Europäischen Union (EU) sind mit einem Anteil von 58 Prozent der Gesamtexporte der wichtigste Zielmarkt. Traditionell größtes deutsches Exportland ist Frankreich, im ersten Halbjahr 2015 standen allerdings erstmals die USA auf Platz eins. Das Vereinigte Königreich, die Volksrepublik China und die Niederlande folgen auf den nächsten Plätzen. Bei den Importen zeigt sich hingegen ein umgekehrtes Bild: Die meisten Einfuhren kamen 2014 aus den Niederlanden, gefolgt von der Volksrepublik China, Frankreich, den USA und Italien. Kontinuierlich nimmt die Bedeutung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu den asiatischen Staaten zu – trotz teilweise sich abschwächender Wachstumsraten. Allein in China sind 5.000 deutsche Unternehmen mit Investitionen vertreten.

Ausdruck der starken Verflechtung in die Weltwirtschaft sind weiterhin die deutschen Direktinvestitionen im Ausland, die sich seit 1990 auf 919 Milliarden Euro (2013) verfünffacht haben. Ein Drittel davon war in den Euroraum investiert. Umgekehrt sind ausländische Investoren über ihre Unternehmensbeteiligungen für 3 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland verantwortlich – auf 458 Milliarden Euro beläuft sich der Bestand an ausländi-

GLOBAL

OECD-Wirtschaftsausblick In ihrem Wirtschaftsausblick analysiert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit Sitz in Paris zweimal jährlich die wichtigsten wirtschaftlichen Trends und die Aussichten in den 34 OECD- und Schwellenländern für die kommenden zwei Jahre. Die Gesamtbeurteilung für 2015/2016 geht davon aus, dass das Wachstum der Weltwirtschaft an Dynamik gewinnen wird, im Vergleich zur Zeit vor der Krise aber verhalten bleibt.

→ oecd.org



schen Direktinvestitionen. Damit ist Deutschland der siebtgrößte Investitionsstandort.

Als Drehscheibe des Welthandels gilt das Messewesen. Der Messeplatz Deutschland ist weltweit die Nummer eins bei Organisation und Durchführung internationaler Messen. Von den global wichtigen Branchenevents finden zwei Drittel in Deutschland statt. Zu den rund 150 internationalen Messen und Ausstellungen kommen jedes Jahr 10 Millionen Besucher.

Deutschland ist zugleich Umschlagplatz für europäische und weltweite Güterströme. Durch kein anderes Land der EU werden mehr Güter transportiert. Etwa ein Drittel des Umsatzes der zehn wichtigsten Logistikmärkte in der EU wird in Deutschland erbracht. 3 Millionen Menschen sind mit Logis-

tik befasst. Ein Tor zur Welt ist der Hamburger Hafen, in dem pro Jahr rund 9,7 Millionen Standardcontainer umgeschlagen werden.

Engagement für fairen und freien Welthandel

Deutschland setzt sich für offene Märkte und einen fairen und freien Handel auf der Grundlage klarer und verlässlicher Regeln ein. Diese Ziele verfolgt Deutschland unter anderem mit den drei Säulen der Außenwirtschaftsförderung: den 227 deutschen Auslandsvertretungen, den Büros der 130 Auslands-handelskammern (AHK), Delegationen und Repräsentanzen der deutschen Wirtschaft in 90 Ländern sowie der Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing Germany Trade and Invest (GTAI). Sie unterstützen mittelständische Unternehmen gezielt dabei, Auslandsmärkte zu erschließen, und wirken darauf hin, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Bei der Ausgestaltung der Regeln für den internationalen Handel, bei der Regulierung der Finanzmärkte, beim Management von Geld und Währung engagiert sich Deutschland an der Mitgestaltung der Globalisierung. Wegen der stockenden multilateralen Verhandlungen (Doha-Runde) liegt ein Hauptaugenmerk auf bilateralen Freihandelsabkommen der Europäischen Union. In Verhandlung sind vor allem umfassende Verträge mit den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) und Japan. Das europäisch-kanadische Wirtschafts- und Handelsabkommen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) ist ausverhandelt. Bereits seit 2011 in Kraft ist das EU-Freihandelsabkommen mit Südkorea, das erste mit einem asiatischen Land. Seither stiegen die Ausfuhren nach Südkorea um jährlich etwa 10 Prozent. 2015 einigten sich die EU und Vietnam auf ein Freihandelsabkommen – es ist das erste Abkommen dieser Art zwischen der EU und einem Entwicklungsland. ■



Drehscheiben des Weltmarkts: Bis zu 10 Millionen Besucher kommen jährlich zu den großen Messen



THEMA

LEITMÄRKTE UND INNOVATIONEN

Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands beruht entscheidend auf der Leistungskraft der Industrie und ihrer Innovationsfähigkeit. Vor allem die Automobilindustrie mit 775.000 Beschäftigten gilt als eine Paradedisziplin des „Made in Germany“. Mit ihren sechs starken Marken Volkswagen, BMW, Daimler, den VW-Marken Audi und Porsche sowie Opel (General Motors) gehört die Automobilindustrie zu den Zugpferden der globalen Mobilitätsbranche.

Um diese Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, investieren die deutschen Unternehmen Milliardenbeträge in Forschung und Entwicklung (FuE). Elektro-, digitale Vernetzung, assistiertes und autonomes Fahren heißen die Megatrends der automobilen Fortbewegung. Global gesehen, produzierten die deutschen Automobilkonzerne mit ihren hohen Anteilen in den Marktsegmenten der oberen Mittelklasse und der Oberklasse 2014 rund 14,9 Millionen Pkw, die Exportquote der deutschen Automobilindustrie überschreitet 77 Prozent.

Zu den traditionell starken Branchen der deutschen Wirtschaft gehören neben der Automobilindustrie der Anlagen- und Maschinenbau sowie die Chemieindustrie. Die 1865 gegründete BASF mit Hauptsitz in Ludwigshafen ist mit 113.000 Mitarbeitern an 390 Produktionsstandorten in mehr als 80 Ländern der größte Chemiekonzern der Welt. Zu den Schlüsselbranchen zählen außerdem die

Elektrotechnik- und Elektronikindustrie mit Siemens als in 190 Ländern aktiver Global Player, deren Anwendungslösungen – von der Medizintechnik bis zu Erneuerbaren Energien – als hochinnovativ gelten. Die Bedeutung des Weltmarkts für die großen Branchen zeigt die Tatsache, dass Exportquoten von 60 Prozent und mehr erzielt werden.

Die wichtigsten Wirtschaftszentren in Deutschland sind die großen Metropolregionen wie das Ruhrgebiet, die Großräume München und Stuttgart (Hightech, Automobilbau), Rhein-Neckar (Chemie, IT), Frankfurt am Main (Finanzen), Nürnberg (Industrie, Dienstleistungen), Köln und Hamburg (Hafen, Flugzeugbau, Medien). In den neuen Ländern haben sich kleine, aber leistungsfähige Hochtechnologiezentren gebildet, vor allem die „Leuchtturm-Regionen“ Dresden, Jena, Leipzig, Leuna und Berlin-Brandenburg.

Hohes Gewicht auf komplexen industriellen Investitionsgütern

Die Liste der größten deutschen Unternehmen (nach Umsatz 2014) wird angeführt und dominiert von Automobilkonzernen: Volkswagen rangiert auf Platz 1, Daimler und BMW folgen auf Platz 2 und 4. Eon (Energie) belegt Platz 3, BASF (Chemie) Platz 6 und Siemens (Elektro) Platz 7. Die Plätze 5, 8 und 9 gehen an Handelsgruppen. Auf Platz 10 befindet sich die Deutsche Telekom.



Weltweit erfolgreich: Die deutschen Autobauer gehören zu den großen Akteuren der globalen Mobilitätsbranche

Die Industrie in Deutschland ist spezialisiert auf die Entwicklung und Herstellung komplexer Güter, vor allem auf Investitionsgüter und innovative Produktionstechnologien. Innerhalb Deutschlands hat die Industrie im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften ein deutlich höheres Gewicht. Insgesamt arbeiten 7,22 Millionen Menschen in der Industrie und dem verarbeitenden Gewerbe. Nur in Südkorea ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung höher.

Als Triebfeder der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands gilt die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft. Hier zeigt die Intensivierung der FuE-Anstrengungen seit 2007 positive Entwicklungen. Sowohl die Wirtschaft als auch der öffentliche Sektor trugen dazu bei; die Hightech-Strategie der Bundesregierung setzte hier entscheidende Impulse. Insgesamt wurden in Deutschland 2013 knapp 80 Milliarden Euro für FuE aufgewendet, das entspricht einem Anteil von 2,84 Prozent am ►



► Bruttoinlandsprodukt (BIP). Unter vergleichbaren OECD-Ländern rangiert Deutschland damit auf der fünften Position – noch vor den USA und weit vor Frankreich und Großbritannien. Unter den großen Wettbewerberländern weisen nur Südkorea und Japan eine noch höhere FuE-Intensität auf. Deutschland gilt auch als Europameister im Erfinden. 2014 reichten deutsche Unternehmen beim Europäischen Patentamt in München rund 32.000 Anträge auf Patentschutz ein. Beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) wurden in demselben Jahr 65.958 Erfindungen angemeldet – ein neuer Rekordwert. Am aktivsten waren der Automobilzulieferer Bosch mit 4.000 Anmeldungen und die ebenfalls im Automobilzulieferbereich tätige Schaeffler-Gruppe (2.518). Insgesamt waren 2014 exakt 116.702 deutsche Patente in Kraft. Dazu kommen 458.042 mit Wirkung für Deutschland erteilte gewerbliche Schutzrechte, bei denen die Anträge über das Europäische Patentamt liefen.

Der Industriestandort Deutschland ist ohne die stetig wachsende Dienstleistungswirtschaft kaum noch denkbar. Gut 80 Prozent al-

ler Unternehmen sind in diesem Sektor tätig, sie realisieren nahezu 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und stellen drei Viertel der Arbeitsplätze. Von den rund 30 Millionen Beschäftigten sind 12 Millionen bei öffentlichen und sonstigen privaten Dienstleistern, knapp 10 Millionen in Handel, Gastgewerbe und Verkehr und mehr als 5 Millionen bei Unternehmensdienstleistern tätig.

Der Mittelstand ist das Herzstück der Wirtschaft

Trotz zahlreicher Global Player und großer wirtschaftlicher Flaggschiffe sind 3,6 Millionen kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige und Freiberufler charakteristisch für die Struktur der Wirtschaft. 99,6 Prozent der Unternehmen gehören dem Mittelstand an. Als mittelständisch gelten Firmen mit einem Jahresumsatz von unter 50 Millionen Euro und mit weniger als 500 Beschäftigten. Im Mittelstand sind auch zahlreiche gründungsfreudige Zuwanderer mit eigenen Unternehmen angekommen. Mehr als 700.000 Menschen mit Migrationshinter-



WEGMARKEN

1955

Der einmillionste VW-Käfer läuft am 5. August in Wolfsburg vom Band. Das Auto wird zum Sinnbild und zum absoluten Verkaufsschlager des sogenannten Wirtschaftswunders.

1969

In Toulouse (Frankreich) wird als deutsch-französisches Gemeinschaftsprojekt das Airbus-Konsortium gegründet. Heute ist Airbus S.A.S. der zweitgrößte Flugzeughersteller der Welt.

1989

Mit der Postreform I beginnt die Privatisierung der riesigen Behörde Deutsche Bundespost. Die Privatisierung gilt als eine der größten Reformen der deutschen Wirtschaftsgeschichte.

grund besitzen ein Unternehmen. Migrantinnen und Migranten in Deutschland bilden damit einen wichtigen Wirtschaftsfaktor.

Laut Studien der KfW Bankengruppe ist der Anteil innovativer Unternehmen insgesamt rückläufig – nur noch 28 Prozent der kleinen und mittleren Firmen investieren in innovative Produkte und Prozesse, was unter anderem mit anhaltend gedämpften Konjunkturaussichten begründet wird. In zahlreichen Nischen-Marktsegmenten sind deutsche Mittelständler häufig „Hidden Champions“, Europa- oder Weltmarktführer mit hochinnovativen Produkten. Fest etabliert im Wirtschaftsgefüge hat sich unterdessen die Kreativwirtschaft. Sie spielt, häufig in kleinen, unterkapitalisierten Unternehmen, eine Vorreiterrolle auf dem Weg in eine digitale und wissensbasierte Ökonomie und gilt als signifikante Quelle für Innovationsideen. Ein internationaler Hotspot der „Creative Industries“ und Start-ups ist Berlin mit mehr als 28.000 Unternehmen.

Die Wirtschaft steht an der Schwelle zur vierten industriellen Revolution, einem Sys-

tembruch. Durch das Internet getrieben, wachsen reale und virtuelle Welt zu einer „Internet der Dinge“ zusammen. Ziel der Bundesregierung ist die Unterstützung von Wirtschaft und Wissenschaft bei der Entwicklung und Umsetzung von Industrie 4.0, um Deutschland als einen Leitanbieter für diese Technologien und zukünftigen Produktionsstandort zu positionieren. ■

INFO

Unternehmenssteuer Seit Mitte der 1990er-Jahre besteht international ein Trend zu sinkenden Unternehmenssteuersätzen. Auch Deutschland ist schon lange kein Hochsteuerland mehr. Im internationalen Vergleich ist die Belastung durch Steuern und Abgaben sogar eher unterdurchschnittlich. Die durchschnittliche steuerliche Gesamtbelastung für Unternehmen beträgt weniger als 30 Prozent. In einigen Regionen Deutschlands liegt sie, bedingt durch den lokal variablen Gewerbesteuersatz, unter 23 Prozent.

→ gtai.de

1990

Die Treuhandanstalt hat die Aufgabe, binnen weniger Jahre die ehemals sozialistische DDR-Planwirtschaft mit vielen tausend volkseigenen Betrieben in eine Marktwirtschaft umzuwandeln.

2002

Von 1948 bis 1998 ist die D-Mark als Buchgeld, bis 2001 als Bargeld die offizielle Währung. Am 1. Januar 2002 wird sie abgelöst. In Deutschland und elf anderen EU-Länder kommt der Euro.

2014

Zum ersten Mal klettert der Deutsche Aktienindex DAX über die 10.000-Punkte-Marke. Er spiegelt die Entwicklung der 30 größten und umsatzstärksten deutschen Unternehmen wider.



THEMA

NACHHALTIGE ÖKONOMIE

Deutschland gehört zu den nachhaltigsten Industriestaaten der Welt. Dies ist das Ergebnis einer internationalen Vergleichsuntersuchung der 34 OECD-Mitgliedsländer durch die Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2015. Vor dem Hintergrund der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen wurden die Länder erstmals systematisch anhand von 34 Indikatoren von Umweltschutz über Wachstum bis hin zur Qualität der Sozialsysteme untersucht. Deutschland kommt auf Platz sechs, punktet vor allem bei Wachstum, Beschäftigung und sozialer Absicherung.

Eine wachsende Zahl von Unternehmen in Deutschland bekennt sich zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, als Teil des nachhaltigen

Wirtschaftens. „Corporate Social Responsibility“ (CSR) betrifft vor allem das Kerngeschäft der Unternehmen, das durch die Globalisierung ökonomische, soziale und Umweltzustände beeinflusst. Der 1999 gegründeten Global Compact Initiative der Vereinten Nationen sind inzwischen die meisten DAX-Konzerne wie BASF, Daimler oder die Deutsche Bank beigetreten – zudem kleine und mittelständische Unternehmen, Institute und Nichtregierungsorganisationen. Der Global Compact der Vereinten Nationen, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die dreigliedrige Grundsatzerklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik bilden die Grundsätze für die gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von Unternehmen. Weltweit sind über 8.000 Firmen und 4.000 Organisationen Mitglied des freiwilligen Global Compact.

 LISTE

- Größtes Unternehmen
Volkswagen, 592.586 Beschäftigte
- Größte Bank
Deutsche Bank, 98.138 Beschäftigte
- Wichtigster Börsenindex
Deutscher Aktienindex (DAX)
- Größtes Messegelände
Hannover
- Größter Flugzeugbauer
Airbus-Hamburg

Auf europäischer Ebene unterstützt Deutschland vor allem die weitreichende CSR-Initiative der EU. Die Strategie wird regelmäßig weiterentwickelt und sieht die Einführung einer verpflichtenden CSR-Berichterstattung ab 2016 für bestimmte Unternehmen vor. Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft 2015 hat die Bundesregierung CSR-Themen wie Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards auf die Agenda gebracht.

Dass gesellschaftliche und ökologische Verantwortung zusammengehören, wird auch



Würdiges Arbeiten: Immer mehr deutsche Unternehmen legen Wert auf faire Standards in globalen Lieferketten

im „Bündnis für nachhaltige Textilien“ deutlich, das in beiderlei Hinsicht Verbesserungen für die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie erreichen will. Mehr als 100 deutsche Textilhersteller, darunter die großen Akteure, haben sich der 2014 gegründeten Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) angeschlossen. Mit dem Bündnis möchte Deutschland seine Vorreiterrolle für die internationalen Bemühungen auf

dem Weg zu fairen Standards in den globalen Lieferketten dokumentieren.

Zur Ausgestaltung einer CSR-Strategie hat die Bundesregierung 2009 ein nationales CSR-Forum einberufen; 2010 wurde die „Nationale Strategie zur Verantwortung von Unternehmen – Aktionsplan Corporate Social Responsibility“ beschlossen. Ein Schwerpunkt liegt auf der erfolgreichen Implementierung von CSR in mittelständischen Firmen. ■

THEMA

DIGITALE AGENDA

Die Wirtschaft steht an der Schwelle zur vierten industriellen Revolution. Durch das Internet getrieben, wachsen in einem digitalen Transformationsprozess reale und virtuelle Welt zu einem Internet der Dinge zusammen. Die Digitalisierung stellt für Industrie und Dienstleistungswirtschaft eine historische Zäsur dar. Unter dem Oberbegriff Industrie 4.0 werden Lösungen, Prozesse und Technologien zusammengefasst, die einen hohen Einsatz von IT und einen intensiven Vernetzungsgrad der Systeme in den Fabriken beschreiben. Viele deutsche Unternehmen sind auf dem Weg zur Industrie 4.0, mit der speziell die Digitalisierung der Fertigungstechnik und der Logistik vorangetrieben wird. Insgesamt erwartet die Wirtschaft, dass sich der

internationale Wettbewerb um die Technologieführerschaft in der Produktion weiter verschärft. Die Bundesregierung fördert und gestaltet den digitalen Wandel aktiv und hat dazu eine „Digitale Agenda“ mit sieben Handlungsfeldern auf den Weg gebracht. Sie umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche vom Staat über Wirtschaft, Kultur, Bildung und Wissenschaft. Der digitale Wandel wird dabei nicht als rein technologischer, sondern als ein gesellschaftlicher Prozess verstanden, der Fragen von Freiheit und Demokratie berührt, bis hin zum Schutz des Einzelnen.

Mit der „Digitalen Agenda“ soll Deutschland mittelfristig zum Leitanbieter für die Industrie 4.0 und zum digitalen Wachstumsland Nummer eins in Europa werden. Studien schätzen in Positivszenarien ein zusätzliches Wachstumspotenzial durch Industrie 4.0 zwischen 200 und 425 Milliarden Euro bis 2025. Dem Informations- und Telekommunikationssektor (IKT) als Querschnittstechnologie kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Schon heute gehen 23 Prozent des Produktivitätswachstums auf Investitionen in der IKT-Branche zurück. 900.000 Beschäftigte erwirtschaften einen Umsatz von 228 Milliarden Euro. Damit ist Deutschland nach den USA, Japan und China der viertgrößte Ländermarkt und der größte IKT-Markt in Europa.

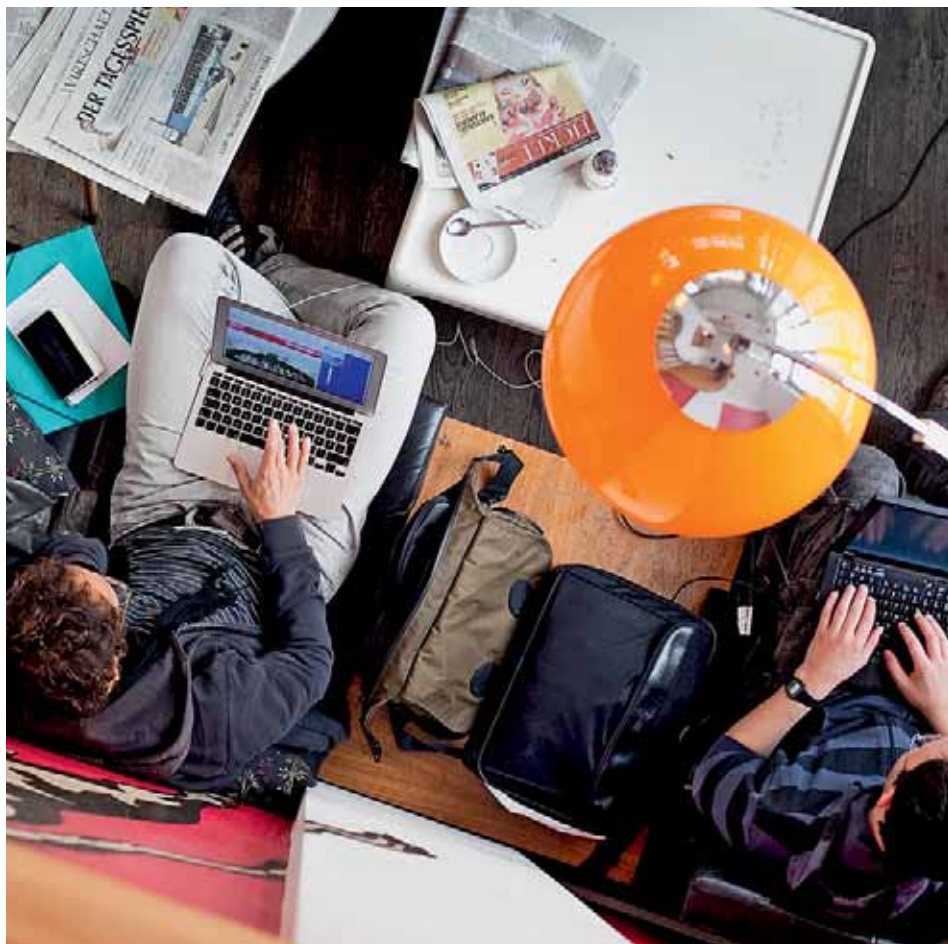
ZAHL

600

Internetdiensteanbieter und andere Organisationen aus 60 Ländern sind am DE-CIX angebunden. Der Internet-Knoten in Frankfurt am Main ist, gemessen am Datendurchsatz, der größte der Welt. 2015 erreichte der Datendurchsatz erstmals die Marke von 4 Terabit pro Sekunde. Nach Marseille (Frankreich), Palermo (Italien), Dallas (USA) richtet der DE-CIX-Betreiber einen Knoten in Istanbul (Türkei) ein.

→ de-cix.net

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur, insbesondere von Breitband-Internetzugängen



Immer online: Der Ausbau der digitalen Infrastruktur gehört zu den wichtigsten Projekten der Bundesregierung

gen, gilt als eine der wichtigsten Aufgaben bei der Digitalisierung. Ziel ist es, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur mit einer Downloadgeschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s zu schaffen. Bundesregierung und Wirtschaft haben ein umfassendes 10-Milliarden-Paket für den Breitbandausbau geschnürt. 87 Prozent der Privathaushalte verfügen schon heute über einen Breitbandzugang. Gleichwohl gibt es in der Breitband-Versorgung noch Unterschiede zwi-

schen alten und neuen Ländern sowie zwischen Städten und ländlichen Gebieten. 2015 ist für fast zwei Drittel aller Haushalte (64 Prozent) Breitband-Internet mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s verfügbar, meist per Festnetz. Für vier von fünf (82 Prozent) Haushalten in Städten sind Anschlüsse mit über 50 Mbit/s verfügbar, für jeden fünften Haushalt (20 Prozent) in ländlichen Gemeinden. Der Mobilfunkstandard LTE erreicht 92 Prozent der Haushalte. ■

GESCHÄTZTER HANDELSPARTNER

Die wichtigsten Exportgüter nach Warenguppen (2014)



17,9 %
Kraftwagen &
Kraftwagenteile



14,5 %
Maschinen



9,5 %
Chemische
Erzeugnisse



7,9 %
Datenverarbei-
tungsgeräte



6,0 %
Elektrische
Ausrüstungen

Deutschlands Waren-Exporte nach Regionen (2014)

Die Länder Europas sind Deutschlands wichtigste Absatzmärkte. 68 Prozent der deutschen Exporte gehen dorthin. Außerhalb Europas sind die USA mit 8,5 Prozent und China mit 6,6 Prozent führend.

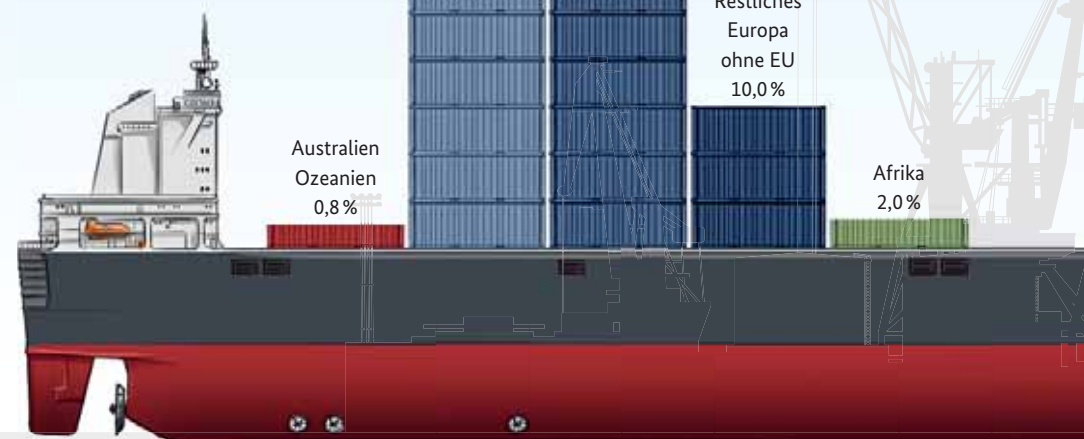
Eurozone
36,6 %

EU ohne
Eurozone
21,4 %

Restliches
Europa
ohne EU
10,0 %

Australien
Ozeanien
0,8 %

Afrika
2,0 %



1.119 Mrd. Euro

Wert der
exportierten Waren



889 Mrd. Euro

Wert der
importierten Waren



50 %

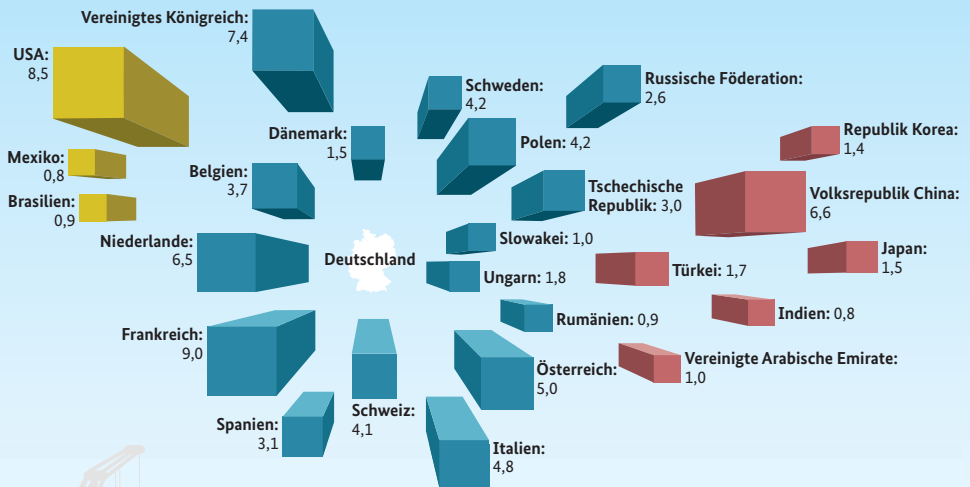
Exportquote



25 %

Exportabhängige
Arbeitsplätze

Die 25 größten Exportmärkte in Prozent (2014)



5,6 Mio.

National produzierte
Pkw deutscher Hersteller
(in Deutschland)



9,3 Mio.

Weltweit produzierte
Pkw deutscher Hersteller
(im Ausland)



150

Leitmessen in
Deutschland



254

Auslandsmesse-
beteiligungen



THEMA

ATTRAKTIVER ARBEITSMARKT

Der deutsche Arbeitsmarkt hat trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 eine günstige Entwicklung genommen. Im Juli 2015 waren in Deutschland 42,8 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die hohe Beschäftigungsquote von über 73,5 Prozent ist trotz der geringen weltwirtschaftlichen Impulse Ausdruck der guten ökonomischen Lage. Deutschland gehört zu den EU-Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit. 2014 lag die Arbeitslosenquote im Durchschnitt bei 6,7 Prozent und damit auf dem tiefsten Wert seit 1991. Insbesondere das Wachstum der Branchen im Dienstleistungssektor strahlt positiv auf den Arbeitsmarkt. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird

sich der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft in den kommenden Jahren verstärkt fortsetzen. Auch der Anstieg der Teilzeitarbeit ist typisch für die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Die geringe Jugendarbeitslosigkeit hat international den Blick auf die erfolgreiche duale Berufsausbildung gelenkt, die sich von der rein schulischen Ausbildung unterscheidet, die in den meisten Ländern den Einstieg in das Berufsleben darstellt. Etwa die Hälfte der Jugendlichen in Deutschland erlernen nach der Schule einen der 350 staatlich anerkannten Ausbildungsberufe im dualen System. Der praktische Teil wird an drei bis vier Wochentagen im Betrieb gelernt; an ein bis zwei Tagen erfolgt die fachtheoretische Ausbildung in der Berufsschule. Viele Länder adaptieren zurzeit das System der dualen Berufsausbildung.

INFO

Karriere-Kompass Deutschland –

die 2015 erstellte App informiert auf Deutsch und Englisch umfassend über Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland. Die App wendet sich speziell an junge Menschen im Ausland und bietet die Möglichkeit, sich intensiv mit allen Fragen vertraut zu machen. Auch Themen wie Unternehmenskultur in deutschen Firmen sowie hilfreiche Handreichungen für Bewerbungen umfasst das Angebot. Mehr als 200 Links führen direkt zu weiterführenden Stellen.

→ deutschland.de

Zur Schaffung eines modernen, gerechten und transparenten Arbeitsmarktes hat die Bundesregierung zudem zahlreiche arbeitsmarktpolitische Vorhaben realisiert. Seit Anfang 2015 etwa gilt ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, wovon zunächst 3,7 Millionen Menschen profitieren. Die Frauenquote wiederum soll zu einer gleichen Teilhabe von Männern und Frauen in Führungspositionen führen. Börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen müssen daher für alle Aufsichtsratsposten, die ab 2016 zu besetzen sind, eine Frauenquote von 30 Prozent



Duale Berufsausbildung: Das deutsche Modell, das Theorie und Praxis verbindet, wird in vielen Ländern adaptiert

einhalten. Das „Tarifeinheitsgesetz“ garantiert hingegen, dass in einem Betrieb für gleiche Tätigkeiten nicht verschiedene Tarifverträge gelten. Und: Wer über 45 versicherungspflichtige Beitragsjahre nachweist, kann mit dem vollendeten 63. Lebensjahr seit dem 1. Juli 2014 abschlagsfrei in Rente gehen.

Angesichts des demografischen Wandels ist die Sicherung der Fachkräftebasis eine der vordringlichsten Aufgaben. Ein zentrales

Projekt hinsichtlich der Öffnung des Arbeitsmarktes ist „Make it in Germany“, ein mehrsprachiges Internetportal für internationale Fachkräfte. Es informiert zuwanderungsinteressierte Fachkräfte über ihre Karrierechancen und enthält aktuelle Jobangebote in Engpassberufen (Gesundheits- und Ingenieurberufe, IT-Bereich). Hochschulabsolventen und Fachkräfte erhalten mit der „Blauen Karte EU“ zudem einen unkomplizierten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. ■

UMWELT & KLIMA

Vorreiter in der Klimapolitik • Impulsgeber für Klimakooperationen •
Generationenprojekt Energiewende • Zukunftsbranche Greentech • Erneuerbare Energien •
Lebenswichtige Vielfalt

EINBLICK

VORREITER IN DER KLIMAPOLITIK

Das 21. Jahrhundert gilt als „Jahrhundert der Umwelt“. Das bedeutet: In den nächsten Jahrzehnten entscheidet sich, wie stark sich die natürlichen Lebensbedingungen künftiger Generationen auf der Erde verändern. Als Hauptgefahr gilt vor allem ein beschleunigter Klimawandel. Umwelt- und Klimaschutz genießen in Deutschland seit Langem einen hohen Stellenwert. Deutschland ist international ein Vorreiter beim Klimaschutz und Pionier beim Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Mit dem als Energiewende bezeichneten Umbau des Energiesektors lässt Deutschland das fossil-nukleare Energiezeitalter hinter sich und begibt sich auf den Weg in eine nachhaltige Energiezukunft. Dazu gehört der sukzessive Ausstieg aus der Atomkraft bis zum Jahr 2022. Bis 2020 will Deutschland zudem seinen Kohlendioxid-Ausstoß um 40 Prozent gegenüber 1990 senken, bis 2050 sind sogar min-

destens 80 Prozent angestrebt. Ende 2014 war eine Minderung um 27 Prozent erreicht.

Auch im globalen Rahmen setzt sich die Bundesregierung aktiv für Umweltschutz, Zusammenarbeit in Energiefragen und klimafreundliche Entwicklung ein. Deutschland ist treibende Kraft in der EU, die seit dem VN-Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 als Vorreiter in der internationalen Klimapolitik agiert. Das Land unterstützt das Ziel, die globale Erwärmung auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen. Dazu ist eine Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes in den Industrieländern um 80 bis 95 Prozent nötig. Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft 2015 beschlossen die führenden Industrienationen, die Nutzung fossiler Energien beschleunigt zu beenden. Die vollständige „Dekarbonisierung“ soll im Laufe des Jahrhunderts erreicht werden. Das VN-Sekretariat, das die Umsetzung ►

VIDEO  AR-APP



Umwelt & Klima: das Video zum Thema
→ tued.net/de/vid4



Der Weg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien ist unumkehrbar

- der Klima-Rahmenkonvention überwacht, hat seinen Sitz in der Bundesstadt Bonn.

Eine intakte Umwelt – reine Luft, saubere Gewässer, vielfältige Natur – ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität. Der Umweltschutz ist seit 1994 als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Bei Luft- und Gewässerqualität belegen die Indikatoren seit Jahren eine deutliche Verbesserung. Der Ausstoß von Schadstoffen wie Schwefeldioxid und Stickoxiden ist stark zurückgegangen – auch dank der Einführung von Filtern in Kohlekraftwerken und von Auto-Katalysatoren. Spürbar gesunken ist auch der Pro-Kopf-Verbrauch von Trinkwasser – von in der Spitze über 140 auf rund 120 Liter pro Tag.

Deutschland verfolgt die Strategie, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens zusammenzuführen. Zentrale Stellhebel dafür sind neben dem Ausbau der Erneuerbaren Ener-

gien die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie die intelligente Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Es ist eine Strategie mit doppelter Dividende. Denn einerseits sinkt die Umwelt- und Klimabelastung, während andererseits neue Geschäftsfelder und Arbeitsplätze entstehen. ■

→ NETZ

UNFCCC

VN-Sekretariat des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen

→ unfccc.int

BMUB

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

→ bmub.bund.de

BUND

Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland

→ bund.net



Windkraft und Solarstrom sind in Deutschland die wichtigsten und günstigsten Lieferanten von Erneuerbarer Energie

AKTEURE & INSTRUMENTE

Umweltbundesamt

Die dem Bundesumweltministerium unterstellte Behörde unterstützt die Bundesregierung mit wissenschaftlicher Expertise. Das Umweltbundesamt ist zuständig für den Vollzug von Umweltgesetzen, etwa bei der Zulassung von Chemikalien, Arznei- und Pflanzenschutzmitteln, sowie für die Information der Öffentlichkeit zum Umweltschutz.

→ umweltbundesamt.de

Deutsche Energie-Agentur

Die Deutsche Energie-Agentur (DENA) ist ein Kompetenzzentrum für Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Energiesysteme. Sie unterstützt die Umsetzung der Energiewende und setzt sich dafür ein, Energie so effizient, sicher, preiswert und klimaschonend wie möglich zu erzeugen und zu nutzen.

→ dena.de

Agora Energiewende

Der Thinktank Agora Energiewende versteht sich als Forum für den Dialog mit den energiepolitischen Akteuren.

→ agora-energiewende.org

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung untersucht relevante Fragestellungen in den Bereichen Globaler Wandel, Klimawirkung und nachhaltige Entwicklung.

→ pik-potsdam.de



Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist ein weltweit tätiges Bundesunternehmen. Sie unterstützt die Bundesregierung bei der Verwirklichung ihrer entwicklungspolitischen Ziele. Sie berät Entwicklungs- und Schwellenländer in Fragen des Klimaschutzes sowie bei der gerechten und nachhaltigen Nutzung der Ressource Wasser.

→ giz.de

Bundesamt für Naturschutz

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) ist für den nationalen und internationalen Naturschutz zuständig. Das BfN bietet auf seiner Website gute Karten zu Schutzgebieten.

→ bfnet.bfn.de



+ DIGITAL PLUS

Mehr Informationen zu allen Themen des Kapitels – kommentierte Linklisten, Beiträge, Dokumente, Reden; dazu weiterführende Begriffe wie Klimarahmenkonvention, Treibhausgas-Emission, Erneuerbare-Energien-Gesetz und Klimaschutzziele der EU.

→ tued.net/de/dig4

THEMA

IMPULSGEBER FÜR KLIMAKOOPERATIONEN

Deutschland hat im internationalen Kontext maßgeblichen Anteil daran, dass das Thema Klimaschutz prominent auf der Agenda steht. Die Bundesregierung war bereits bei den Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll von 1997 ein Impulsgeber. Der Vertrag verpflichtete die Industrieländer zu einer Verringerung der Treibhausgase bis 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990. Deutschland hat sein Kyoto-Ziel, die Emissionen bis 2012 um 21 Prozent zu senken, sogar übererfüllt. Auch bei den Verhandlungen für einen Kyoto-Nachfolgevertrag, der 2020 in Kraft treten soll, spielt Deutschland eine aktive Rolle. Ziel ist ein verbindliches Klimaabkommen mit klaren Regelungen zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen. Dabei sollen sich auch Schwellen- und Entwicklungsländer zu Klimaschutzmaßnahmen verpflichten, zudem soll eine deutliche Erhöhung der Hilfen für Klimaanpassung und Technologietransfer zugesichert werden. Die Euro-

päische Union (EU) ist innerhalb der Industrieländer Vorreiter bei den Kohlendioxid-Zielen; sie hat zugesagt, die Emissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Zentrales Instrument ist der EU-Emissionshandel, der den Kohlendioxid-Ausstoß von rund 11.000 großen Industrie- und Kraftwerksunternehmen regelt. Er soll reformiert werden, um seine Wirksamkeit zu erhöhen. Deutschland treibt zudem aktiv Klimakooperationen mit anderen Ländern voran, etwa zu Themen wie Tropenwaldschutz und Energieeffizienz.

Eine besondere Zusammenarbeit mit den USA und Kanada gibt es in der „Transatlantischen Klimabrücke“. Deutschlands Vorreiterrolle in der Klimaforschung wird von Arbeiten an Universitäten und Instituten wie dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gestützt. ■

 WEGMARKEN

1976

Das deutsche Forschungsministerium beschließt den Bau einer 100 Meter hohen Großwindanlage (Growian) in Norddeutschland. Doch das erste Experiment mit der Windenergie scheitert. 1988 wird Growian abgerissen.

1987

Im Kaiser-Wilhelm-Koog an der schleswig-holsteinischen Westküste geht der erste deutsche Windpark in Betrieb. 32 Windkraftanlagen verwandeln fortan Nordseewind in elektrischen Strom.

1991

Das Stromeinspeisungsgesetz regelt die Verpflichtung der Stromunternehmen, elektrische Energie aus regenerativen Umwandlungsprozessen abnehmen und zu festgelegten Tarifen vergüten zu müssen.



Das Klimasekretariat der Vereinten Nationen in Bonn überwacht das Klima-Rahmenabkommen

2000

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) tritt in Kraft. Darin wird, unter anderem, der Vorrang für Strom aus Erneuerbaren Energien bei Einspeisung und Netzanschluss gesetzlich verankert. Das EEG wird zum Meilenstein.

2011

Nach dem Reaktorunfall von Fukushima verabschiedet das Kabinett energiepolitische Eckpunkte, um bis zum Jahre 2022 schrittweise aus der Kernenergie auszusteigen und eine umweltfreundliche Versorgung zu sichern.

2014

Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes rücken die Kosteneffizienz und die Planbarkeit beim Ausbau Erneuerbarer Energien in den Mittelpunkt; bis 2025 soll der Ökostromanteil auf 40 bis 45 Prozent steigen.



THEMA

GENERATIONENPROJEKT ENERGIEWENDE

Die Energiewende ist die wichtigste wirtschafts- und umweltpolitische Aufgabe in Deutschland. Als Energiewende wird der Umbau der deutschen Energieversorgung weg von Öl, Kohle, Gas und Atomkraft hin zu Erneuerbaren Energien bezeichnet. Bis spätestens 2050 sollen mindestens 80 Prozent der Stromversorgung und 60 Prozent der gesamten Energieversorgung in Deutschland aus Erneuerbaren Energien stammen. Als nächster Schritt werden bis zum Jahre 2022 sukzessive alle Atomkraftwerke abgeschaltet, zudem soll bis zum Jahr 2025 die Stromversorgung zu 40 bis 45 Prozent aus Erneuerbaren Energien stammen. Seit Mitte 2015 sind nur noch acht Atomkraftwerke am Netz, die rund 15 Prozent zum Strommix beitragen. Die

Bundesregierung setzt damit den nachhaltigen Umbau des Energiesystems fort, der bereits im Jahr 2000 mit dem ersten Beschluss zum Atomausstieg und der Förderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes einsetzte. Die Förderung der Erneuerbaren Energien begann in Deutschland schon in den 1990er-Jahren; im Jahr 2000 wurde sie dann mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fest verankert.

Langfristig geplanter Ausstieg aus der Atomenergie

Ebenfalls im Jahr 2000 vereinbarte die damalige Bundesregierung mit den deutschen Energieunternehmen den Atomausstieg bis zum Jahr 2022. Die Beschlüsse zur Energiewende der Bundesregierung im Jahr 2011 stehen somit in einer Tradition des Umbaus der Energieversorgung hin zu nachhaltigen Energiequellen. Den 2011 nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima von den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien beschlossene und von einer großen Bevölkerungsmehrheit nachdrücklich befürwortete beschleunigte Umbau des Energiesystems sieht sie als „notwendigen Schritt auf dem Weg in eine Industriegesellschaft, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet ist“.

Jedoch nicht nur Umwelt und Klima sollen von der Energiewende profitieren, sondern

LISTE

- Größter Onshore-Windpark:
Reußenköge in Schleswig-Holstein
- Größter Offshore-Windpark:
alpha ventus in der Nordsee
- Leistungsstärkster Windgenerator:
E126/7570 kW von Enercon
- Größter Solarpark:
Meuro/Schipkau
- Größte Strombörse: **European Energy Exchange (EEX) in Leipzig**



Offshore-Windparks in der Nordsee sind tragende Säulen der Energiewende

auch die deutsche Volkswirtschaft – vor allem die Abhängigkeit von den internationalen Erdöl- und Erdgas-Importen soll verringert werden. Deutschland gibt bislang jährlich rund 80 Milliarden Euro für die Einfuhr von Kohle, Öl und Gas aus. Diese Summe soll in den kommenden Jahren durch heimische Wertschöpfung im Bereich der Erneuerbaren Energien schrittweise ersetzt werden; zudem ergeben sich durch diese Maßnahmen zusätzliche Exportchancen und die Aussicht auf

mehr Arbeitsplätze. Eine weitere zentrale Aufgabe besteht darin, die „zweite Säule“ der Energiewende zu stärken – die sparsamere, effizientere Nutzung der Energie. In der Industrie und in großen Gewerbebetrieben sind bereits signifikante Einsparungen erreicht worden, die Standards sind hoch. Nachholbedarf gibt es weiterhin bei kleineren Unternehmen und auch in öffentlichen Liegenschaften. Vor allem der energetischen Sanierung von Altbauten kommt bei der ►



- Steigerung der Energieeffizienz eine besondere Bedeutung zu. Sie wird von der Bundesregierung gefördert. Im Gebäudebereich entstehen rund 40 Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes. Auch den Stromverbrauch, obgleich seit 2007 leicht rückläufig, gilt es weiterhin zu senken: Bis zum ursprünglich im Energiekonzept formulierten Ziel, einer Reduktion um 10 Prozent bis 2020, sind weitere Anstrengungen notwendig.

Die Energiewende zielt nicht nur auf Risikominimierung, sondern auch auf Klimaverträglichkeit und höhere Versorgungssicherheit. Durch den dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien konnte der Anteil der kohlendioxidfreien Energie im Strommix deutlich gesteigert werden. Ökostrom hat an der Bruttostromerzeugung 2014 einen Anteil von 26 Prozent, zum gesamten Stromverbrauch hat er im ersten Halbjahr 2015 mit 32,5 Prozent beigetragen. An sonnigen Werktagen kann die Photovoltaik zeitweise bis zu 25 Prozent, an Sonn- und Feiertagen sogar bis zu 50 Prozent des Strombedarfs decken.

38,7 Prozent aller neuen Wohngebäude werden bereits mit Erneuerbaren Energien beheizt. Anfang 2015 waren 1,5 Millionen Photovoltaik-Anlagen mit einer Nennleistung von circa 38,5 Gigawatt installiert. Mit dieser installierten Leistung liegt Deutschland auf Platz drei hinter China und den USA.

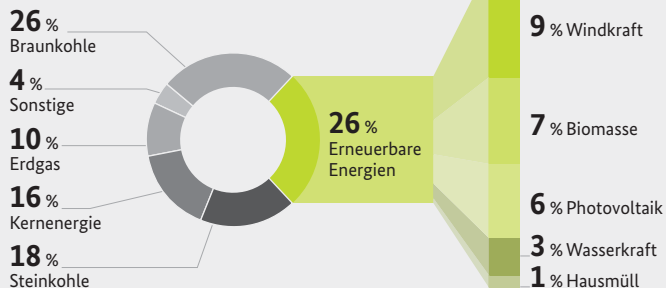
Das Erneuerbare-Energien-Gesetz als internationales Vorbild

Das erfolgreiche und in vielen Ländern als Vorbild gesehene Fördergesetz, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), wurde 2014 novelliert. Ziel war es dabei, die Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit für die Bürger und die Wirtschaft sicherzustellen. Hintergrund: Die sogenannte EEG-Umlage – sie legt die erhöhten Kosten des Ökostromaubs anteilig auf die Verbraucher um – war durch den starken Ausbau der Solarstromanlagen und eine veränderte Berechnungsweise nach 2009 deutlich gestiegen. Dies löste eine öffentliche Diskussion über die Kosten des Ökostroms und der Energiewende aus. 2015 sank diese

DIAGRAMM

Stromerzeugung
Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien ist im Jahr 2014 erneut gestiegen und betrug 26 Prozent der Bruttostromerzeugung in Deutschland.

Bruttostromerzeugung 2014



Umlage erstmals wieder. Die Bundesregierung arbeitet zudem an einem neuen Strommarktdesign, das die Stabilität der Versorgung trotz stark steigender Mengen fluktuierender Wind- und Solarstroms sicherstellt. Hier kommt es unter anderem darauf an, die Verfügbarkeit von flexibel einsetzbaren Gaskraftwerken zu sichern, die deutlich weniger Kohlendioxid ausstoßen als Kohlekraftwerke.

Die Energiewende erfordert nicht nur den Aufbau neuer, „grüner“ Kraftwerke. Für eine sichere Versorgung müssen sich Stromnetze der veränderten Struktur der Stromerzeugung anpassen. Dafür sind zum Beispiel mehrere tausend Kilometer zusätzliche Hochspannungsleitungen geplant. Strom aus Windkraft, der hauptsächlich in Norddeutschland gewonnen wird, kann so in die wirtschaftsstarke Verbrauchszentren im Süden gelangen. Auch die regionalen Netze müssen weiter ausgebaut werden, um den dezentral eingespeisten Solarstrom aufzunehmen. Nicht selten trifft der Netzausbau auf Widerstand bei Bürgern in Regionen, wo

die neuen Trassen in der Nähe von Wohngebieten verlaufen sollen. Die Netzbetreiber versuchen Bedenken frühzeitig zu berücksichtigen. Um Konflikte zu entschärfen, ist auch daran gedacht, die Stromkabel in Erdkabel zu verlegen. ■

GLOBAL

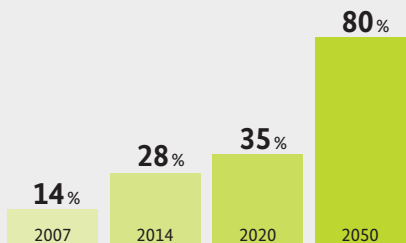
Klimastudie 800 Wissenschaftler aus 80 Ländern arbeiten für den IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), den Klimarat der Vereinten Nationen. Im Frühjahr 2015 hat die Sachverständigengruppe den Synthesenbericht des Fünften IPCC-Sachstandsberichts herausgegeben. Treibhausgasemissionen, heißt es in dem Bericht, seien die Hauptursache des Klimawandels. Um die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, seien drastische Schritte nötig.
→ ipcc.ch



Kohlendioxid-Emissionen 2013/Anteile weltweit



Anteil des Stroms in Deutschland aus regenerativen Energiequellen (tw. Prognose)





THEMA

ZUKUNFTSBRANCHE GREENTECH

Die führende Rolle Deutschlands bei den Technologien für Umweltschutz, Erneuerbare Energien und effiziente Ressourcennutzung wirkt sich positiv auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt aus. Die Umweltbranche liefert einen relevanten Beitrag für nachhaltiges Wachstum und trägt zur Entwicklung neuer Technologien bei – im Energiebereich ebenso wie in den Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Werkstoff- und Materialtechnologie.

Rund zwei Millionen Menschen sind in der Umwelttechnologie beschäftigt; fast jeder fünfte Arbeitsplatz trägt das Prädikat „grün“.

Z A H L

1,79 Mio.

Kilometer ist das deutsche Stromnetz lang. Mit dieser Länge könnte der Äquator 45-mal umrundet werden. Der Großteil des Stromnetzes fällt mit einer Länge von 1,44 Millionen Kilometern (80 Prozent) auf die Erdverkabelung. Rund 350.000 Kilometer werden durch Freileitungen abgedeckt. Die überregionalen Höchstspannungsnetze sind 34.810 Kilometer lang. Rund 2.650 Kilometer an neuen Stromtrassen sind im Rahmen der Energiewende in Planung.

→ bundesnetzagentur.de

Damit ist Deutschland unter den zehn führenden Ländern, was die Beschäftigungssituation in den Branchen der Erneuerbaren Energien betrifft. Die Branche insgesamt ist mittelständisch geprägt, doch auch Konzerne wie Siemens sind wichtige Player. Unter dem Label „Greentech made in Germany“ erzielen die Firmen beachtliche Exporterfolge; ihr Weltmarktanteil beträgt rund 15 Prozent. Mit einer „Exportinitiative Umwelttechnologie“ möchte Deutschland seine Stellung weiter verbessern und sich vor allem als integrierter Lösungsanbieter positionieren.

Elektromobilität ist ein wichtiges Zukunftsthema der Umweltbranche

Einen weiteren Schub soll der Umwelt- und Klimaschutz durch die Elektromobilität bekommen. Die Elektromobilität der Zukunft steht auch in China, Japan und Nordamerika auf der Agenda. Die Bundesregierung und die Automobilbranche verfolgen das ambitionierte Ziel, Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität zu entwickeln und an den Potenzialen dieses globalen Marktes teilzuhaben. Rund eine Million Elektroautos sollen bis zum Jahr 2020 auf deutschen Straßen unterwegs sein und zu einer weiteren Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes beitragen, der zu einem Sechstel auf das Konto des Straßenverkehrs geht. Die deutschen Autohersteller beschäftigen sich intensiv mit E-Mobility-Konzepten und haben rund 29 Elektro-Modelle



Elektromobilität gehört zu den großen Zukunftsthemen der deutschen Automobilindustrie

im Angebot (Ende 2015), darunter Fahrzeuge wie den BMW i3.

Freie Fahrt auf Busspuren, reservierte Parkplätze und Sonderkennzeichen hat die Bundesregierung den Besitzern versprochen, um den Elektroautos zum Durchbruch zu verhelfen. Zugleich hat sie die Ausgaben für die Energieforschung deutlich erhöht, vor allem die Batterieforschung für Elektroautos steht im Fokus. Das Projekt „Batterie 2020“ gilt als

Vorzeigeprojekt und soll neue und evolutionär weiterentwickelte Materialien zur Erforschung und Entwicklung der leistungsfähigsten Batteriesysteme hervorbringen.

Zwischenzeitlich sind an den deutschen und europäischen Universitäten und Hochschulen rund 1.000 innovative Studiengänge im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz entstanden, die vielfach international Studierende anziehen. ■

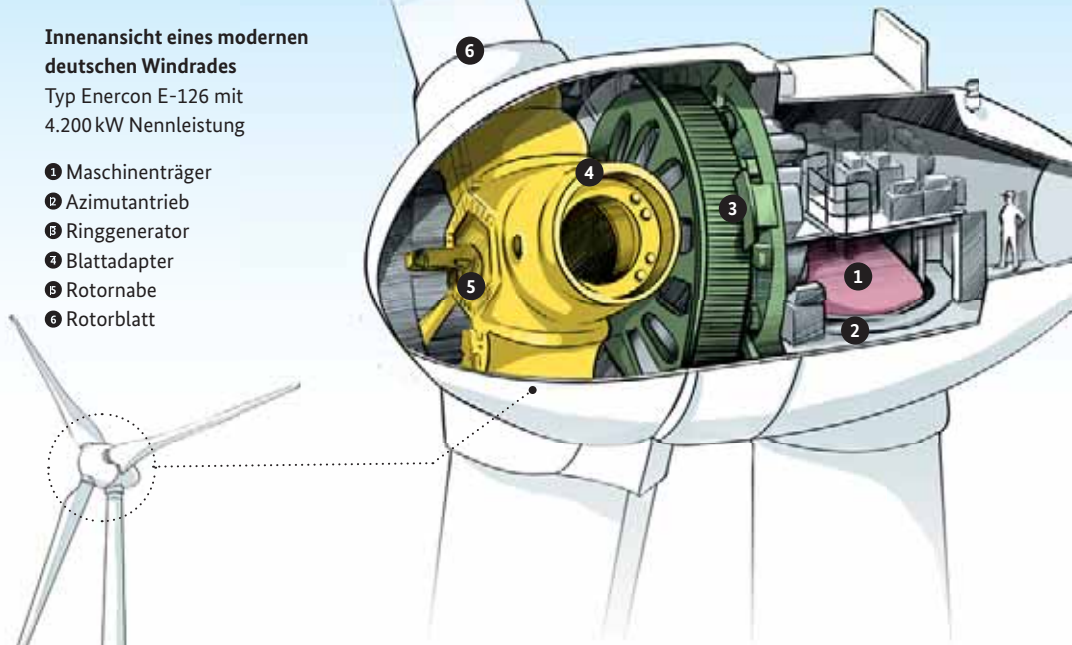
PANORAMA

ERNEUERBARE ENERGIEN

Innenansicht eines modernen deutschen Windrades

Typ Enercon E-126 mit
4.200 kW Nennleistung

- ① Maschinenträger
- ② Azimutantrieb
- ③ Ringgenerator
- ④ Blattadapter
- ⑤ Rotornabe
- ⑥ Rotorblatt



Windenergieanlage

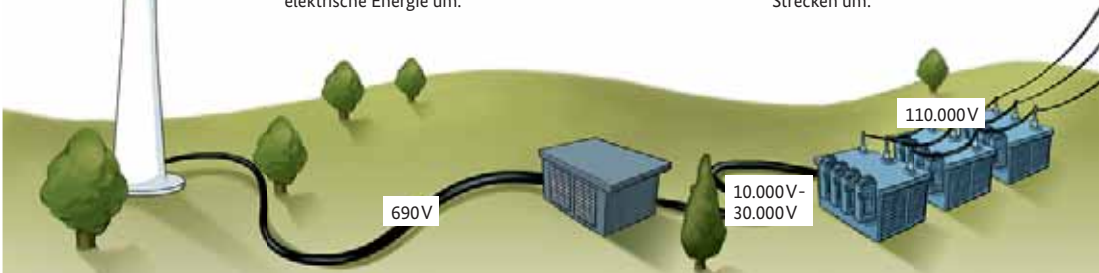
Der Wind treibt die Rotorblätter an. Der Generator wandelt die mechanische Energie in elektrische Energie um.

Trafostation

Der Transformator übergibt den Strom in passender Form an den Netzbetreiber.

Umspannwerk

Das Umspannwerk wandelt die Mittelspannung in Hochspannung für die Übertragung über weite Strecken um.


50 %

mehr Strom aus
Erneuerbaren Energien
(2010–2014)


30 %

weniger Strom aus Kernkraft
(2010–2014)


371.000

Beschäftigte im Bereich
Erneuerbare Energien


18.000

neue Arbeitsplätze pro Jahr
durch die Energiewende
(bis 2020)

Nutzung der Wind- und Sonnenenergie nach Ländern

in Leistung (MW)

- Sonnenenergie
- Windenergie

32,5 %

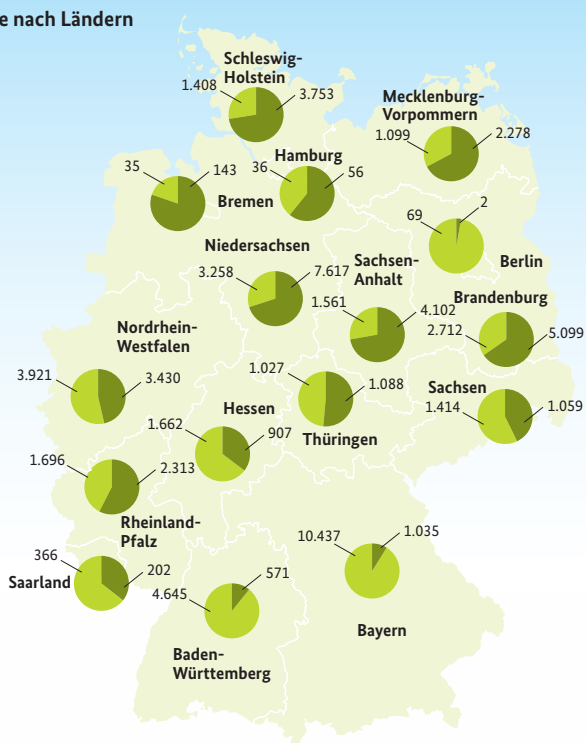
Im ersten Halbjahr 2015 kamen 32,5 Prozent des verbrauchten Stroms aus Erneuerbaren Energien.

25.000

Ende 2014 waren in Deutschland 25.000 Windenergieanlagen installiert.

1,5 Millionen

Ende 2014 waren in Deutschland 1,5 Millionen Photovoltaik-Anlagen installiert.



Stromnetz

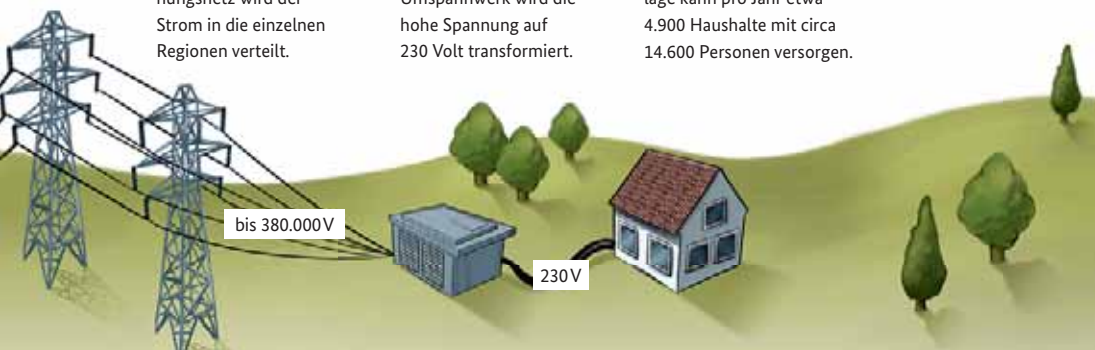
Über das Hochspannungsnetz wird der Strom in die einzelnen Regionen verteilt.

Umspannwerk

In einem zweiten Umspannwerk wird die hohe Spannung auf 230 Volt transformiert.

Haushalte

Eine 5-MW-Windkraftanlage kann pro Jahr etwa 4.900 Haushalte mit circa 14.600 Personen versorgen.



12,3 Mrd. Euro
für neue Windenergie-
Anlagen (2014)



3,1 Mrd. Euro
für neue Solarenergie-
Anlagen (2014)



1,79
Millionen Kilometer
Stromnetz



35.000
Kilometer
„Stromautobahnen“



THEMA

LEBENSWICHTIGE VIELFALT

Deutschland ist ein Land mit großer biologischer Vielfalt. Rund 48.000 Tierarten und 24.000 Arten der höheren Pflanzen, Moose, Pilze, Flechten und Algen sind hier heimisch. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein offizielles Staatsziel, es wurde 1994 im Grundgesetz verankert. 16 Nationalparks und 15 UNESCO-Biosphärenreservate mit ganz unterschiedlichem Charakter sind ausgewiesen worden, verteilt zwischen Nordsee und Alpen, zudem Tausende Naturschutzgebiete.

Deutschland ist Vertragsstaat der wichtigsten internationalen Abkommen zur Biodiversität und an rund 30 zwischenstaatlichen Abkommen und Programmen beteiligt, die

Naturschutz zum Ziel haben. Mit der Ratifikation der Biodiversitätskonvention der Vereinten Nationen haben sich die Regierungen von 196 Ländern verpflichtet, die Verlustraten an biologischer Vielfalt signifikant zu verringern. Bisher konnte eine Trendwende beim Artensterben jedoch noch nicht erreicht werden. 2010 wurde auf der Vertragsstaatenkonferenz der Konvention in Nagoya (Japan) ein völkerrechtlicher Rahmen für den Zugang zu genetischen Ressourcen und einen gerechten Vorteilsausgleich verabschiedet. Das Nagoya-Protokoll ist seit 2014 in Kraft.

In Deutschland gelten mehr als 40 Prozent der Wirbeltiere und Pflanzenarten als gefährdet. Aus diesem Grund sollen die Anstrengungen zum Natur- und Artenschutz an Land, in Gewässern sowie in Nord- und Ostsee erhöht werden. Ein vordringliches Ziel ist es, die Zerstörung von Lebensräumen durch Siedlungs- und Straßenbau und Schadstoffeinträge unter anderem aus der Intensivlandwirtschaft und Überdüngung zu vermindern. Der Flächenverbrauch für Siedlungsbau und neue Verkehrswege soll von 70 auf 30 Hektar am Tag sinken. Angestrebt wird zudem, auf 2 Prozent des Bundesgebietes „Wildnis“ zuzulassen und 5 Prozent der Wälder der Natur zu überlassen. Im Jahr 2015 wurden zahlreiche frühere Militärgelände mit einer Gesamtfläche von 31.000 Hektar für den Naturschutz umgewidmet, darunter Moore und Heidelandschaften.

INFO

Wildtiere In Deutschland werden seit einigen Jahren wieder vermehrt Wildtiere heimisch. Wölfe durchstreifen inzwischen in mehr als 30 Rudeln (mit einem geschätzten Gesamtbestand von 300 Tieren) die östlichen und nördlichen Bundesländer. Auch Wildkatzen und Luchse werden immer häufiger gesichtet. Die Zahl der Seeadler-Brutpaare hat nie gekannte Höhen erreicht; Biber sind fast schon wieder ein vertrauter Anblick. Vereinzelt wurden sogar Elche und Braunbären gesichtet, die aus den östlichen Nachbarländern nach Deutschland kommen.

→ wwf.de

UNESCO-Biosphärenreservate und Nationalparks in Deutschland



Neben Biosphärenreservaten und Nationalparks zählt Deutschland noch 104 Naturparks

Verstärkt in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit gerät der Meeresumweltschutz. Meere sind reich an biologischer Vielfalt, liefern Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel. Das Ökosystem ist durch Ölförderung, Schifffahrt, Überfischung, die Zufuhr schlecht abbaubarer Substanzen (Plastikmüll) und durch Kohlendioxid verursachte Versauerung vielfach belastet. Daten der Welternährungsorganisation (FAO) zeigen, dass sich die globale Fisch- und Aquakulturproduktion seit den

1980er-Jahren mehr als verdoppelt hat. Auf dem G7-Gipfel in Elmau diskutierten die Staats- und Regierungschefs 2015 über Wege, das maritime Ökosystem besser zu bewahren. Stärker geschützt werden künftig auch wild gefangene lebende Wildtiere aus Asien, Afrika und Lateinamerika, die auf dem deutschen Markt angeboten werden. Der Import von Wildfängen in die EU sowie gewerbliche Wildtierbörsen in Deutschland sollen verboten werden. ■



BILDUNG & WISSEN

Starker Wissensstandort • Dynamische Hochschullandschaft • Ambitionierte Spitzenforschung • Vernetzte Wissenschaft • Engagierte Außenwissenschaftspolitik • Exzellente Forschung • Attraktives Schulsystem

EINBLICK

STARKER WISSENSSTANDORT

Deutschland gehört weltweit zu den ersten Adressen in Forschung und akademischer Ausbildung. Dafür steht symbolisch mit mehr als 80 Auszeichnungen der dritte Rang unter den Nobelpreisträgnationen. In der globalisierten Welt, in der Wissen als wichtigster „Rohstoff“ gilt, ist das Land mit seiner Tradition in Forschung und Entwicklung im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe gut aufgestellt. Geprägt wird der Wissensstandort von drei großen Akteuren: dem dichten Netz von rund 400 Hochschulen, den vier international renommierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der starken Industrieforschung. Dass Deutschland mit 12 Prozent des Welthandelsvolumens Exportweltmeister von Hightech-Gütern ist und innerhalb der Europäischen Union (EU) einen Stammplatz in der Gruppe der Innovationsführer sicher weiß, hat seine Gründe in der starken Forschungsleistung.

Deutschland gehört international in die Spitzengruppe jener wenigen Länder, die mehr als 2,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung investieren.

Mit zahlreichen Maßnahmen und Reformen haben Politik und Hochschulen die Initiative zur Weiterentwicklung und Internationalisierung des Wissensstandorts ergriffen. Dazu gehört die 2008 beschlossene Qualifizierungsinitiative, die unter dem Motto „Aufstieg durch Bildung“ Förderangebote über den gesamten Lebensweg bietet. Weitere erfolgreiche Maßnahmen sind die Exzellenzinitiative, die eine Vielzahl international orientierter Graduiertenschulen und Exzellenzcluster hervorgebracht hat, der Hochschulpakt 2020, die Hightech-Strategie, der Pakt für Forschung und Innovation oder die Internationalisierungsstrategie. Als größte Forschungsnation Europas hat Deutschland 2014 ►

VIDEO  AR-APP



Bildung & Wissen: das Video zum Thema
→ tued.net/de/vid5



Deutschland gehört international zu den beliebtesten Studienstandorten

- als erster EU-Mitgliedsstaat eine Strategie zur weiteren Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums (EFR) vorgelegt.

Auf der internationalen Ausrichtung liegt ein besonderer Schwerpunkt. Im Zuge des Bologna-Prozesses wurden die meisten Studienangebote auf Bachelor- und Masterabschlüsse umgestellt, viele Studiengänge werden in einer Fremdsprache angeboten. Für internationale Studierende ist Deutschland bereits das beliebteste Studienland nach den USA und Großbritannien. Die Mobilität Studierender aus Deutschland ins Ausland liegt mit 30 Prozent der Studierenden ebenfalls hoch. Auch die Zahl internationaler Mitarbeiter an den Hochschulen hat sich im vergangenen Jahrzehnt um rund zwei Drittel gesteigert und liegt bei 10 Prozent. Viele deutsche Hochschulen engagieren sich mit dem „Export“ von Studienangeboten und dem Aufbau von Hochschulen nach deutschem Modell im internationalen Bildungsmarkt. Grundsätz-

lich ist das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich relativ gut an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst. 86 Prozent der Erwachsenen in Deutschland haben das Abitur oder eine abgeschlossene Berufsausbildung. Im OECD-Schnitt sind es nur 75 Prozent. ■

→ NETZ

Research Explorer

Forschungsverzeichnis mit mehr als 23.000 Instituten

→ research-explorer.de

Research in Germany

Zentrale Informationsplattform zum Forschungsstandort Deutschland

→ research-in-germany.org

DWIH

Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser weltweit

→ germaninnovation.info



Sprungbrett für eine erfolgreiche Berufskarriere: ein abgeschlossenes Studium

AKTEURE & INSTRUMENTE

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ist die zentrale Organisation zur Förderung der Forschung an Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungsinstituten.

→ dfg.de

Hochschulrektorenkonferenz

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ist der Zusammenschluss der staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland. Die Datenbank Hochschulkompass informiert über Studiengänge und internationale Kooperationen.

→ hrk.de, hochschulkompass.de

Leopoldina

Die älteste Wissenschaftsakademie der Welt Leopoldina in Halle zählt 1.500 Mitglieder.

→ leopoldina.org

Außeruniversitäre Forschungsorganisationen

Die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft und die Leibniz-Gemeinschaft sind die von Bund und Ländern geförderten außeruniversitären Wissenschaftsorganisationen.

→ mpg.de, fraunhofer.de, helmholtz.de, leibniz-gemeinschaft.de

Alexander von Humboldt-Stiftung

Die Humboldt-Stiftung fördert Topwissen-schaftler und den Wissenschaftsaustausch.

→ humboldt-foundation.de



Deutscher Akademischer Austauschdienst

Der DAAD ist die größte Förderorganisation für den Austausch von Studierenden und Wissen-schaftlern. Er unterhält ein weltweites Netzwerk mit 71 Außenstellen und Informationszentren.

→ daad.de, studieren-in.de

Alumniportal Deutschland

Das Alumniportal Deutschland vernetzt Menschen weltweit, die in Deutschland studiert, geforscht oder gearbeitet haben.

→ alumniportal-deutschland.org

Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“

Die PASCH-Initiative des Auswärtigen Amts vernetzt weltweit fast 2.000 Schulen, an denen Deutsch hohen Stellenwert hat.

→ pasch-net.de



+ DIGITAL PLUS

Mehr Informationen zu allen Themen des Kapitels – kommentierte Linklisten, Beiträge, Dokumente, dazu weiter-führende Informationen zu Stichwor-ten wie Bologna-Prozess, Internationalisierung, Studien-abschlüsse, Zulassungsbeschränkung.

→ tued.net/de/dig5



THEMA

DYNAMISCHE HOCHSCHULLANDSCHAFT

Die deutsche Hochschullandschaft ist außerordentlich vielfältig: Sie bietet Universitäten mit großen Namen in Metropolen wie Berlin oder München, aber auch in Aachen, Heidelberg oder Karlsruhe exzellente Hochschulen. Forschungsstarke mittelgroße Universitäten und kleinere Hochschulen mit erstaunlicher Strahlkraft bilden den Kern der akademischen Welt. Im internationalen Shanghai-Ranking, in den QS World University Rankings oder den Times Higher Education World University Rankings erreichen jeweils zehn bis zwölf deutsche Universitäten Platzierungen unter den Top 200. Besonders gut schneiden die Ludwig-Maximilians-Universität München, die Universität Heidelberg und die Technische Universität München ab.

2015 konnten Studierende in Deutschland nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zwischen 399 Hochschulen (121 Universitäten, 220 Fachhochschulen, 58 Kunst- und Musikhochschulen) wählen. Zusammen bieten sie 17.731 Studiengänge an. Im Zuge des 1999 eingeleiteten Bologna-Prozesses zur Schaffung eines einheitlichen Europäischen Hochschulraumes wurden zwischenzeitlich 87,4 Prozent aller Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse umgestellt. 238 Hochschulen werden vom Staat, 40 kirchlich und 121 privat finanziert.

Beliebtestes nichtenglischsprachiges Gastland für internationale Studierende

Die Hochschullandschaft wird nach Aufbau und Aufgabe grundsätzlich in drei Typen unterschieden: Universität, Fachhochschule sowie Kunst-, Film- und Musikhochschule. Während die klassischen Universitäten ein breites Fächerspektrum anbieten, konzentrieren sich die Technischen Universitäten (TU) auf die Grundlagenforschung in den ingenieurtechnischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen. Die neun führenden TU haben sich 2006 zur TU9-Initiative zusammengeschlossen. Die Universitäten verstehen sich nicht nur als Lehranstalten, sondern gleichermaßen als Orte der Forschung und verkörpern insofern bis heute das Humboldtsche Bildungsideal von der Einheit von Forschung und Lehre. Die Universitäten haben das vor-

LISTE

- Älteste Universität: **Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg** (gegr. 1386)
- Jüngste Universität: **Medizinische Hochschule Brandenburg** (gegr. 2014)
- Größte Volluniversität: **Ludwig-Maximilians-Universität München** (50.327 Studierende)
- Attraktivste Universität für internationale Spitzen- und Nachwuchswissenschaftler: **Freie Universität Berlin** (Humboldt-Ranking 2014)

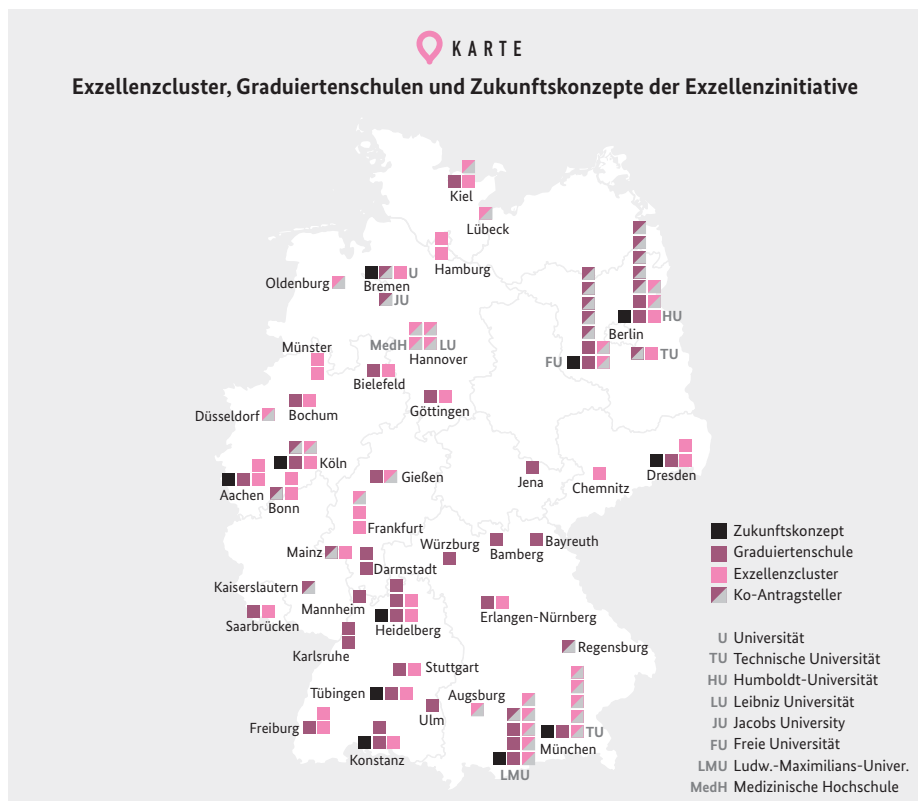


2,7 Millionen Studierende sind an den rund 400 Hochschulen in Deutschland eingeschrieben

rangige Ziel, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern, fundierte Fachkenntnisse zu vermitteln und selbstständig arbeitende und forschende Wissenschaftler auszubilden. Die 220 Fachhochschulen (FH) mit einer stark praxisorientierten Ausrichtung sind eine deutsche Besonderheit und tragen häufig die im angelsächsischen Sprachraum übliche Bezeichnung „University of Applied Sciences“ als Beinamen. Die Einführung des Promotionsrechts für Fachhochschulen, das bisher

den Universitäten vorbehalten ist, wird gegenwärtig diskutiert.

Die Akademisierung nimmt insgesamt zu: Lag die Studienanfängerquote 2005 noch bei 37 Prozent, nimmt nunmehr rund die Hälfte der jungen Menschen in Deutschland ein Studium auf. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ermöglicht ihnen, unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Familie ein Studium zu absolvieren. Gleichwohl bleibt der Bildungs- ►



- Erfolg häufig noch eng an die soziale Herkunft gekoppelt – von den Kindern aus Nicht-Akademiker-Haushalten beginnen nur 23 Prozent ein Studium. 2014 waren 2,7 Millionen Studierende an den Hochschulen eingeschrieben, unter ihnen 301.350 Studierende mit nichtdeutschem Pass: 218.848 Studierende, die ihre Hochschulreife im Ausland erworben haben und 82.502 Ausländer mit deutschem Abitur.

Seit 2011 ist die Gesamtzahl der Studierenden um 18 Prozent gestiegen, die der internationalen Studierenden im gleichen Zeitraum um nahezu 20 Prozent. Heute besuchen doppelt so viele

Ausländer deutsche Universitäten wie 1996. Die meisten internationalen Studierenden kommen aus China, Russland und Indien. Damit ist Deutschland das beliebteste nichtenglischsprachige Gastland für internationale Studierende. Nur die USA und Großbritannien entfalten mehr Anziehungskraft. Die Technischen Universitäten haben als Schmieden der Ingenieurskunst einen besonders guten Ruf – 25 Prozent der Studienanfänger an den TU sind internationale Studierende.

Gleichzeitig haben die deutschen Hochschulen ihr Angebot an fremdsprachigen und in-

ternationalen Studiengängen auf 1.104 ausgebaut. Für internationale Doktoranden ist die Vielzahl strukturierter Promotionsangebote besonders attraktiv. Die weitgehende Freiheit von Studiengebühren ist ein weiterer Vorteil der deutschen Hochschulen.

Der zunehmenden Akademisierung begehen Bund und Länder gemeinsam: Im Rahmen des Hochschulpakts 2020 haben sie Ende 2014 beschlossen, in den kommenden Jahren bis zu 760.000 zusätzliche Studienmöglichkeiten zu finanzieren. Über die Gesamtlaufzeit des Hochschulpakts von 2007 bis 2023 wird der Bund 20,2 Milliarden Euro und werden die Länder 18,3 Milliarden Euro bereitstellen.

Initiativen für mehr Exzellenz und größere Internationalisierung

Seit 2005 fördern Bund und Länder mit der Exzellenzinitiative besonders herausragende Forschungsprojekte und -einrichtungen an den Hochschulen. In der laufenden Programmphase (2012–2017) werden 45 Graduiertenschulen, 43 Exzellenzcluster und elf Zukunftskonzepte unterstützt, die an 44 Universitäten angesiedelt sind. Das Fördervolumen in diesem Zeitraum liegt bei 2,7 Milliarden Euro. Auch nach 2017 sollen Mittel in ähnlichem Umfang vergeben werden.

Ein wichtiges Thema bleibt die Internationalisierung. Eine gemeinsame Studie des DAAD, der Hochschulrektorenkonferenz und der Humboldt-Stiftung ermittelte 2014 rund 31.000 internationale Kooperationen, die von fast 300 Hochschulen mit 5.000 Hochschul-

partnern in 150 Staaten vereinbart wurden, darunter vielfach Programme, die zu Doppelabschlüssen führen. Viele Hochschulen beteiligen sich an der Entwicklung deutscher Studienangebote und der Gründung von Hochschulen nach deutschem Modell, die es in Ägypten, China, Jordanien, Kasachstan, der Mongolei, Oman, Singapur, Ungarn, Vietnam und in der Türkei gibt.

Die Steigerung der Auslandsmobilität deutscher Studierender wird ebenfalls gefördert. Über 30 Prozent absolvieren bereits einen Auslandsaufenthalt. Künftig soll jeder zweite Hochschulabsolvent aus Deutschland während des Studiums Auslandserfahrung sammeln. Stipendienangebote wie zum Beispiel das Erasmus+-Programm unterstützen die wertvollen Studienaufenthalte. ■

INFO

Professorinnenprogramm Frauen in Deutschland beginnen heute häufiger ein Studium als Männer und verfassen fast die Hälfte aller Promotionsarbeiten – aber nur 21,3 Prozent der Professoren sind Frauen. Daher haben Bund und Länder 2008 das Professorinnenprogramm gestartet. Das bis 2017 mit 300 Millionen Euro ausgestattete Förderprogramm soll die Zahl der Professorinnen an den Hochschulen erhöhen und die Gleichstellungsstrukturen stärken. Im Mai 2015 wurde die 400. Professorin, deren Stelle im Rahmen des Programms gefördert wird, berufen.
→ bmbf.de/de/494.php

THEMA

AMBITIONIERTE SPITZENFORSCHUNG

Wissenschaft und Forschung genießen in Deutschland hohen Stellenwert. Sowohl die Wirtschaft als auch die Politik steigerten in den vergangenen Jahren kontinuierlich die Budgets für Wissensarbeit. 2013 betrug der Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2,84 Prozent. Damit rangiert Deutschland international in der Spitzengruppe der Länder, die mehr als 2,5 Prozent ihres BIP für Forschung und Entwicklung (FuE) investieren. Insgesamt wurden in Deutschland 2013 knapp 80 Milliarden Euro für FuE aufgewendet. Dabei schultert die Industrie rund 67 Prozent der Forschungsausgaben, die Hochschulen tragen 18 Prozent und der Staat 15 Prozent bei. Die Studie „Innovation Union Scoreboard 2015“ der Europäischen Kommission listet Deutschland zusammen mit Schweden, Dänemark und Finnland in der Spitzengruppe der Innovationsführer der Europäischen Union (EU). Im weltweiten Vergleich entfallen 7 Prozent der

globalen FuE-Ausgaben auf Deutschland, obwohl es nur 1,2 Prozent der Weltbevölkerung stellt. Die Industrieunternehmen in Deutschland erhöhten ihre Ausgaben für FuE zwischen 2010 und 2013 um mehr als 22 Prozent auf über 57 Milliarden Euro und investierten damit mehr denn je in Innovation. Die Bundesregierung hat von 2005 bis 2015 ihre Ausgaben für Bildung und Forschung um 65 Prozent erhöht. 2015 stehen 15,3 Milliarden Euro im Etat für Bildung und Forschung zur Verfügung, bis 2017 ist ein weiteres Wachstum um 25 Prozent geplant.

Die Ergebnisse deutscher Wissenschaftler lassen sich sehen: Im Ende 2014 veröffentlichten „Nature Index Global“, der die Publikationsleistung von Forschungseinrichtungen und Hochschulen auswertet, erreicht Deutschland die beste Wertung in Europa. Im weltweiten Vergleich kommt es auf Platz drei nach den USA und China. ►

 DIAGRAMM**Hightech-Standort Deutschland**

604.600 Frauen und Männer arbeiteten in Deutschland im Bereich Forschung und Entwicklung, 360.900 von ihnen sind Forscherinnen und Forscher. Die forschungsstärksten Branchen gemessen an Personal und Aufwendungen sind die Pharma-Unternehmen, Luft- und Raumfahrzeugbau sowie der Automobilbau.

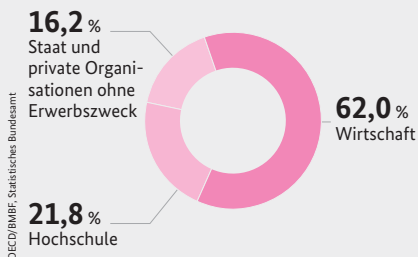
Weltmarktrelevante Patente im EU-Vergleich, pro Mio. Einwohner

Schweden	464
Finnland	459
Deutschland	370
Dänemark	328
⋮	
EU-Durchschnitt	153

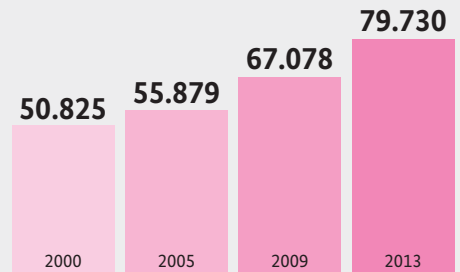


Noch nie waren die Investitionen in Forschung und Entwicklung so hoch wie heute

FuE-Personal nach Sektoren



Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Mio. €





- **Mit der ressortübergreifenden** Hightech-Strategie hat Deutschland seit 2006 ein besonderes Innovationsinstrument entwickelt. Aus Forschungsprojekten der Hightech-Strategie sind seitdem viele Neuentwicklungen entstanden – von energiesparenden LED-Leuchten bis zur mitwachsenden Herzklappe. Anfangs richtete die Hightech-Strategie ihren Blick vorrangig auf das Marktpotenzial konkreter Technologiefelder, seit 2010 fokussiert sie auf den gesellschaftlichen Bedarf an zukunftsfähigen Lösungen und deren Realisierung.

2014 wurde die Hightech-Strategie neu definiert: Sie soll Forscher dabei unterstützen, Themen mit Zukunftspotenzial aufzugreifen und gute Ideen schnell in Innovationen zu übersetzen. Sechs thematische Schwerpunktfelder dienen als Orientierung: Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Nachhaltiges Wirtschaften und Energie, Innovative Arbeitswelt, Gesundes Leben, Intelligente Mobilität und Zivile Sicherheit. Im Rahmen der Hightech-Strategie sind in drei Wettbewerbsrunden 15 Spitzencluster ausgewählt worden, die besondere Förderung erhalten. 2014 ergab eine

Evaluation, dass an den Spitzenclustern 900 Innovationen, 300 Patente, 450 Dissertationen und Habilitationen, 1.000 Bachelor- und Masterarbeiten und 40 Unternehmensausgründungen entstanden. Insgesamt arbeiten in Deutschland mehr als 800 öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen. Das Rückgrat der Forschungslandschaft bilden neben den Hochschulen vor allem vier große außeruniversitäre Forschungsorganisationen.

Exzellente außeruniversitäre Forschungsinstitutionen

Die 1948 gegründete Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ist das wichtigste Zentrum der Grundlagenforschung für Natur-, Bio-, Geistes- und Sozialwissenschaften außerhalb der Universitäten. 5.600 Forscher, unter ihnen 40 Prozent internationale Wissenschaftler, arbeiten an den 78 Max-Planck-Instituten in Deutschland und fünf weiteren Instituten in den Niederlanden, Luxemburg, Italien und den USA. Seit ihrer Gründung wurden 18 Nobelpreise an Forscher der Max-Planck-Gesellschaft vergeben. Sie ist die Nummer



WEGMARKEN

1995

Ein Team um den Elektrotechniker und Mathematiker Karlheinz Brandenburg entwickelt am Fraunhofer-Institut in Erlangen das MP3-Verfahren zur Audiodatenkompression, das heute weltweit Standard ist.

2005

Die Exzellenzinitiative wird unter den Universitäten ausgelobt. Der Pakt für Forschung und Innovation fördert die außeruniversitären Forschungsorganisationen. 2007 schließen Bund und Länder zudem den ersten Hochschulpakt.

2008

Neun Jahre nach der Entdeckung des Riesenmagnetowiderstandseffekts, der den Durchbruch zu Gigabyte-Festplatten ermöglichte, erhalten der Deutsche Peter Grünberg und der Franzose Albert Fert den Physik-Nobelpreis.

zwei und die einzige europäische Forschungseinrichtung unter den ersten zehn im weltweiten ISI Citation Index der meistzitierten Forschungsarbeiten in 22 Feldern.

Die Helmholtz-Gemeinschaft betreibt Spitzenforschung in den sechs Forschungsbereichen Energie, Erde und Umwelt, Gesundheit, Luftfahrt, Raumfahrt und Verkehr, Schlüsseltechnologien und Materie. Dabei konzentrieren sich die Helmholtz-Wissenschaftler auf Systeme von hoher Komplexität. Mit 14.700 Wissenschaftlern und 6.200 Doktoranden an den 18 unabhängigen Helmholtz-Zentren, darunter das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) mit allein 16 deutschen Standorten, ist sie Deutschlands größte Forschungsorganisation.

Die Fraunhofer-Gesellschaft gilt mit 66 Instituten als die größte Einrichtung anwendungsorientierter Entwicklung in Europa. Ihre wichtigsten Forschungsfelder heißen Gesundheit, Sicherheit, Kommunikation, Mobilität, Energie und Umwelt. Mit Tochterunternehmen, Büros und Kooperationen in

neun europäischen, je zwei nord- und südamerikanischen, sieben asiatischen, drei afrikanischen und arabischen Ländern sowie in Australien ist sie global aktiv.

Unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft versammeln sich 89 selbstständige Forschungseinrichtungen, deren Ausrichtung von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften reicht. Ein übergreifender Schwerpunkt der 9.200 Forscher liegt im Wissenstransfer in Richtung Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

Für die Förderung von Wissenschaft und Forschung ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) zuständig, Europas größte Organisation dieser Art. Die DFG unterhält neben ihrer Zentrale in Bonn Büros in China, Japan, Indien, Russland, Nord- und Lateinamerika und fördert die Kooperation von Forschern in Deutschland mit Kollegen im Ausland – besonders, aber keinesfalls nur im Europäischen Forschungsraum. ■

2012

Das Europäische Patentamt zeichnet den Heidelberger Physiker Josef Bille, Erfinder des Augenlasers, für sein Lebenswerk aus. Bille hat mit fast 100 Patenten den Weg für die heutigen Augen-Laseroperationen geebnet.

2014

Stefan Hell, Direktor am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie, erhält zusammen mit zwei US-Forschern den Chemie-Nobelpreis für die Entwicklung der hochauflösenden Fluoreszenz-Mikroskopie.

2015

Die Umstellung auf die gestuften Bachelor- und Masterstudiengänge ist mit knapp 90 Prozent weitestgehend abgeschlossen. Eine Ausnahme bilden die staatlich geregelten Studiengänge Medizin und Rechtswissenschaften.



THEMA

VERNETZTE WISSENSCHAFT

Die Globalisierung stellt auch die deutsche Wissenschaftslandschaft vor neue Herausforderungen. Die Fähigkeit zur Vernetzung von Wissen und Wissenschaftlern spielt dabei eine zentrale Rolle. Deutschland hat sich in dieser Frage gut positioniert. Fast die Hälfte ihrer wissenschaftlichen Publikationen verfassen Forscherinnen und Forscher mittlerweile in internationalen Kooperationen. An den 399 Hochschulen arbeiten nach Berechnungen des Berichts „Wissenschaft Weltoffen 2015“ 38.094 wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter mit ausländischer Staatsbürgerschaft, darunter 2.886 Professorinnen und Professoren; das sind 10 Prozent aller Beschäftigten. Seit 2006 ist die Zahl des ausländischen Wissenschaftspersonals um 74 Prozentpunkte gestiegen, die Zahl der Professoren wuchs um 46 Prozent. Dabei spielen auch die in jüngster Zeit geschaffenen vereinfachten Visaverfahren für Wissenschaftler aus Nicht-EU-Staaten eine Rolle.

Ebenfalls positiv entwickelt sich die Anzahl der für einen Aufenthalt in Deutschland geförderten ausländischen Forscher. Die wichtigsten Herkunftsländer der gegenwärtig 56.310 Experten sind Russland, China, Indien, die USA und Italien. Vielfach richten Hochschulen und Forschungseinrichtungen Willkommenszentren ein, um die internationalen Wissenschaftler bei ihrem Start besser zu unterstützen. Auch der temporäre Aufenthalt von Forschern wird als ein Gewinn gesehen,

denn sie sind nach ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer häufig wichtige Netzwerkpartner für weitere Kooperationen.

Viele Wissenschaftler aus dem Ausland zieht die attraktive Forschungsinfrastruktur nach Deutschland – dazu gehört die Möglichkeit, an zum Teil weltweit einzigartigen Großforschungsgeräten zu arbeiten. Allein die Helmholtz-Gemeinschaft betreibt rund 50 Großgeräte für unterschiedlichste Forschungsfelder. Zahlreiche Topwissenschaftler aus dem Ausland kommen über die Humboldt-Professur an deutsche Universitäten, den mit fünf Millionen Euro höchstdotierten Forschungspreis Deutschlands, vergeben von der Humboldt-Stiftung.

Mit Förderung ins Ausland gingen 17.686 deutsche Wissenschaftler – wichtigste Unterstützer sind dabei die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), das europäische Marie-Curie-Programm und vor allem der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD); von der weltweit größten Förderorganisation für den Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern erhalten fast zwei Drittel aller geförderten Wissenschaftler ein Stipendium.

Deutschland will die internationale Wissenschaftskooperation ausbauen und vertiefen und sie zugleich auf eine andere Qualitätsebene heben. Als Grundlage dafür dient der 2014 vom Bundesministerium für Bildung



Forschung in internationalen Teams ist an deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Instituten Alltag

und Forschung (BMBF) verabschiedete Aktionsplan Internationale Kooperation.

Anspruchsvolle Neuausrichtung der Internationalisierungsstrategie

Auf seiner Basis soll die 2008 gestartete Internationalisierungsstrategie für Wissenschaft und Forschung neu ausgerichtet und jüngsten Veränderungen angepasst werden. Zu ihnen gehört die Entwicklung des Europäischen

Forschungsraums (EFR) innerhalb der Europäischen Union, dessen Vertiefung Deutschland maßgeblich unterstützt und in dem Freizügigkeit für Forscher herrschen und wissenschaftliche Erkenntnisse und Technologien frei ausgetauscht werden sollen. Der Aktionsplan skizziert auch die Ausgestaltung künftiger Kooperationen mit Entwicklungs- und Schwellenländern und erläutert, wie Deutschland zur Lösung globaler Herausforderungen noch stärker beitragen kann. ■

THEMA

ENGAGIERTE AUSSENWISSENSCHAFTSPOLITIK

Der Wissenschaftsaustausch ist eine Säule der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP). Wichtige Partner des Auswärtigen Amts bei der Umsetzung sind dabei der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Deutsche Archäologische Institut (DAI) und die international agierenden Stiftungen der politischen Parteien. Bereits in der ersten Amtszeit von Außenminister Frank-Walter Steinmeier wurde 2009 die Initiative Außenwissenschaftspolitik gestartet. Sie baut bewährte Instrumente aus und erweitert sie um neue Maßnahmen. Inzwischen hat sie zahlreiche neue Akzente im Austausch gesetzt und fördert gezielt die weitere Vernetzung rund um den Globus.

So werben weltweit fünf Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) in

Moskau, Neu-Delhi, New York, São Paulo und Tokio sowie das Deutsche Wissenschaftszentrum (DWZ) in Kairo für die Wissenschaftszusammenarbeit mit Deutschland. Die Häuser verstehen sich als Schaufenster des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland, sie bündeln Informationen und bestehende Strukturen deutscher Wissenschaftseinrichtungen im jeweiligen Land. Die DWIH sind daher häufig die ersten Anlaufstellen für alle an Kooperation mit Deutschland interessierten Wissenschaftler.

Zudem wird seit 2010 die Arbeit von vier neu geschaffenen Exzellenzzentren in Russland, Thailand, Chile und Kolumbien über den DAAD gefördert: Die Zentren vernetzen Hunderte internationale Wissenschaftler mit der deutschen Forschung und bilden akademischen Nachwuchs auf höchstem Niveau aus. Sie sind jeweils als Kooperationen in Forschung und Lehre zwischen einer deutschen Hochschule und einem oder mehreren ausländischen Partnerinstituten angelegt.

Akademische Zusammenarbeit mit Krisen- und Konfliktregionen

Einen Schwerpunkt legt die Außenwissenschaftspolitik auf die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Hochschulen in Krisen- und Konfliktregionen sowie in Transformationsländern. Mit diesem komplexen Engagement wird die Hoffnung verknüpft, dass

Z A H L

177 Mio.

Euro trug das Auswärtige Amt im Jahr 2014 zum Haushalt des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) bei. Mit 40 Prozent ist dies der größte Einzelposten. Umgesetzt werden dafür die unterschiedlichsten Projekte und Programme im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.



Bundesaußenminister Steinmeier (Mitte) besuchte 2015 das deutsch-kolumbianische Exzellenzzentrum CEMarin

die Zusammenarbeit in Forschung und Hochschulbildung den Boden bereiten kann, auf dem politische Verständigung und damit Krisenprävention und Krisenbewältigung häufig erst möglich werden. Die Hochschulbildung kann so zur Basis einer nachhaltigen Entwicklung werden und Kompetenz zur Selbsthilfe schaffen, indem sie zukünftige Entscheidungsträger qualifiziert und so direkt in die Gesellschaft hineinwirkt.

Eine Folge der zahlreichen Krisen und Konflikte der jüngsten Vergangenheit ist, dass jungen Menschen der Weg zu Bildung verwehrt bleibt. Das Auswärtige Amt hat 2014 daher zum Beispiel zusammen mit dem DAAD das Programm „Führungskräfte für Syrien“ aufgelegt, mit dem über 200 syrische Stipendiaten zum Studium nach Deutschland kommen können. Viel erreicht wurde nach dem Balkankonflikt auch beim Wiederaufbau

akademischer Strukturen in Südosteuropa und seit 2002 in Afghanistan, beispielsweise durch das Engagement deutscher Hochschulen in den Fachgebieten Informationstechnologie und Wirtschaftswissenschaften. Auch im Zentralirak und in der Region Kurdistan-Irak wird akademische Aufbauarbeit geleistet.

Transformationspartnerschaft mit Ländern der arabischen Welt

Mit mehreren arabischen Ländern unterhält Deutschland seit 2011 zudem eine Transformationspartnerschaft, die Reformbestrebungen an arabischen Universitäten durch Kooperationsprojekte mit deutschen Hochschulen unterstützt. Ein besonders wichtiges Feld sind zudem die zahlreichen Programme im Bereich „Good Governance“, die sich an künftige Führungskräfte aus Krisenregionen weltweit wenden. ■

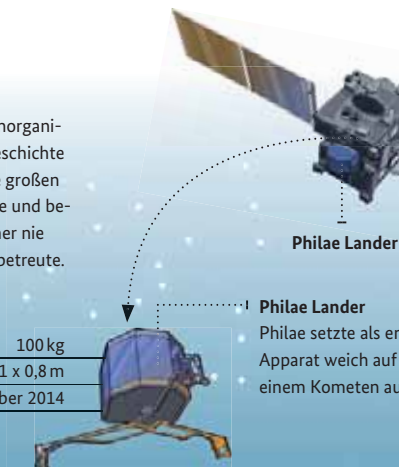
 PANORAMA

EXZELLENT FORSCHUNG

Mission Rosetta

Die Mission der europäischen Weltraumorganisation ESA erforscht die Entstehungsgeschichte unseres Sonnensystems. Das DLR hatte großen Anteil beim Bau der Landeeinheit Philae und betreibt das Kontrollzentrum, das die bisher nie gewagte Landung auf einem Kometen betreute.

Gewicht:	100 kg
Dimension:	1 x 1 x 0,8 m
Landung:	21. November 2014

**Philae Lander**

Philae setzte als erster Apparat weich auf einem Kometen auf.

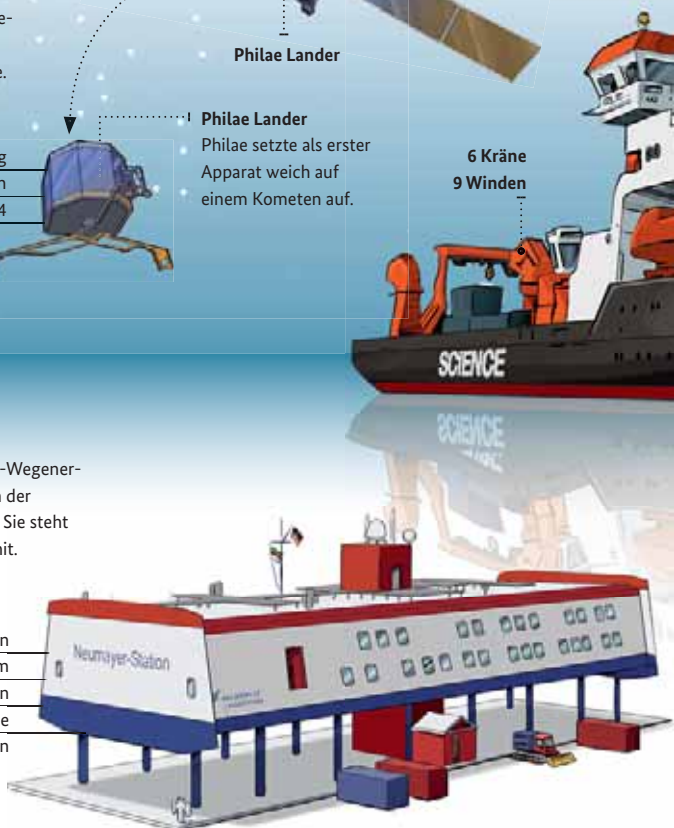
Rosetta-Sonde

Zehn Jahre war die Sonde unterwegs, um Philae auf dem Kometen Tschurjumow-Gerasimenko abzusetzen.

Neumayer-Station III

Im ewigen Eis der Antarktis betreibt das Alfred-Wegener-Institut die Forschungsstation Neumayer III, in der ganzjährig Wissenschaftler leben und arbeiten. Sie steht auf Stelzen und wächst mit der Schneedecke mit.

Masse:	2.300 Tonnen
Größe:	68 x 24 m
Nutzfläche:	4.890 m ² über vier Etagen
Labor/Büro:	12 Räume
Unterkünfte:	15 Räume, 40 Betten

**399**

Hochschulen
und Universitäten

**2,7 Mio.**

Studierende an
Hochschulen

**79,7 Mrd. €**

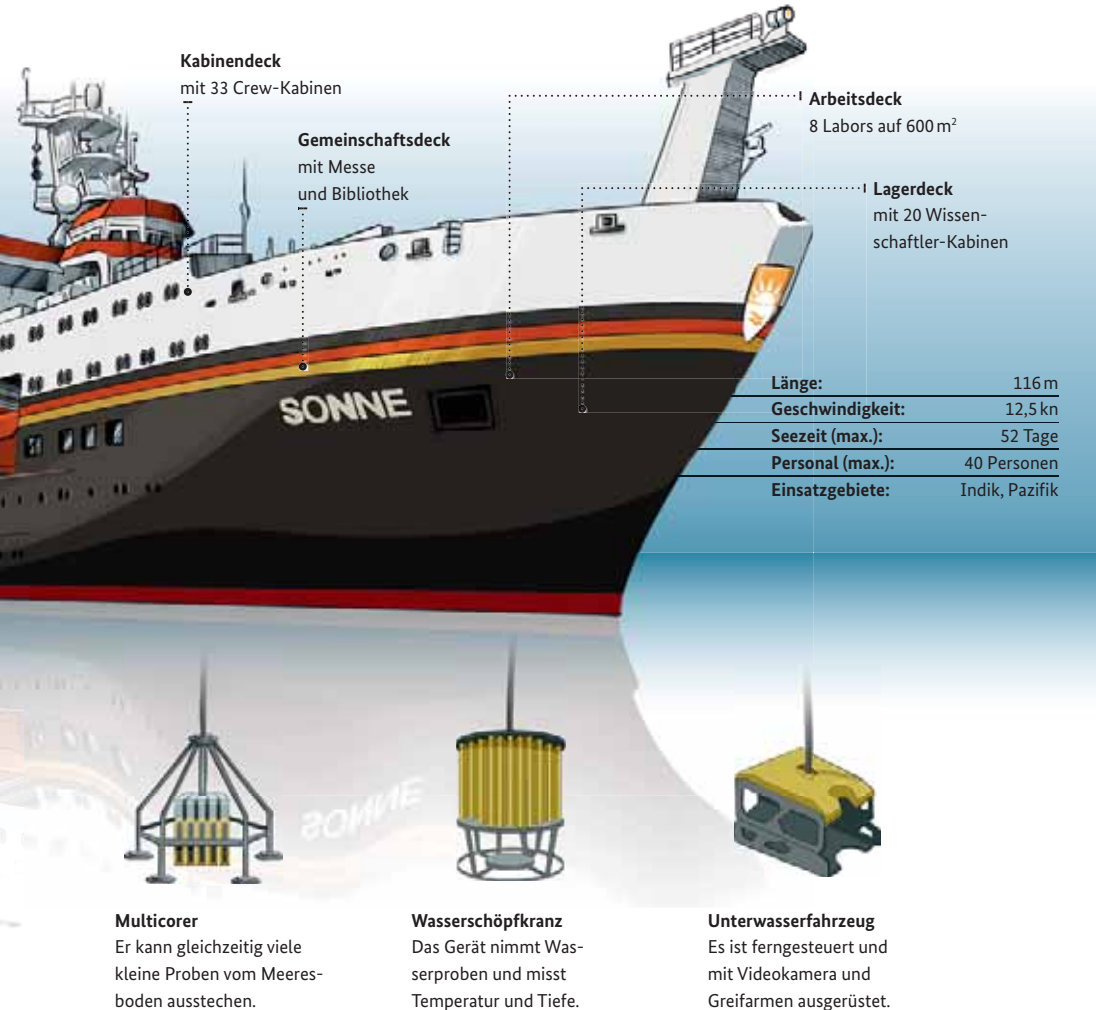
Ausgaben für Forschung
und Entwicklung

**360.900**

Forscherinnen und
Forscher

Forschungsschiff Sonne

Die Sonne ist das jüngste Schiff der deutschen Forschungsflotte und seit Ende 2014 vor allem im Pazifik und im Indischen Ozean den Geheimnissen der Tiefsee auf der Spur. Das Hightech-Schiff gilt als modernstes Forschungsschiff der Welt.



83

Max-Planck-Institute weltweit



66

Fraunhofer-Institute



89

Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft



18

Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft

THEMA

ATTRAKTIVES SCHULSYSTEM

In Deutschland liegt die Zuständigkeit für das Schulwesen vor allem bei den 16 Ländern. Daher gibt es unterschiedliche Bildungssysteme, -pläne und Schulformen. Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) sichert die Übereinstimmung oder Vergleichbarkeit der Bildungsgänge und ihrer Abschlüsse. Im Schuljahr 2014/2015 besuchten knapp 11 Millionen Schülerinnen und Schüler die 44.880 allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, an denen 795.600 Lehrkräfte unterrichten. Darüber hinaus lernen rund 969.000 Schüler an den 6.620 allgemeinbildenden und beruflichen Privatschulen. Generell gilt für alle Kinder ab sechs Jahren eine

neunjährige Schulpflicht. Zugleich ist die Förderung der frühkindlichen Bildung im Vorschulalter und ihre Verzahnung mit dem Primarschulbereich ein bildungspolitisches Anliegen mit hoher Priorität. 10.000 Ganztagschulen sind mittlerweile fest in der Bildungslandschaft verankert. Mit dem Unterricht an diesen Schulen verbindet sich die Erwartung auf mehr Chancengleichheit, vor allem für Kinder aus bildungsfernen Schichten.

Der Besuch öffentlicher Schulen ist kostenfrei. Das Schulsystem gliedert sich vertikal in drei Stufen: den Primarbereich sowie die Sekundarstufen I und II. In der Regel besuchen alle Kinder eine gemeinsame Grundschule, die von Jahrgangsstufe 1 bis 4 reicht (Berlin und Brandenburg: 1 bis 6). Danach gibt es drei weiterführende Standard-Bildungsgänge: den Hauptschulbildungsgang (Klassen 5 bis 9 bzw. 10), den Realschulbildungsgang (Klassen 5 bis 10, Abschluss Mittlere Reife) und den gymnasialen Bildungsgang (Klassen 5 bis 12 oder 13, Abschluss: Allgemeine Hochschulreife/Abitur). Sie werden entweder in getrennten Schularten angeboten oder in Schulen, die zwei oder – wie die Gesamtschulen – drei der Bildungsgänge vereinen und Wechsel zwischen den einzelnen Schularten erleichtern. Die Bezeichnung für die Schularten unterscheidet sich je nach Land, nur das Gymnasium wird einheitlich unter diesem Namen geführt. 2014 erwarben 432.700 Schüler die Hochschul- oder Fachhochschulreife. Für

 GLOBAL

PISA-Studie Die Ende 2013 veröffentlichte fünfte internationale Vergleichsstudie Programme for International Student Assessment (PISA) der OECD zeigte, dass Schülerinnen und Schüler in Deutschland mit ihren Leistungen das erste Mal in allen Feldern deutlich über dem OECD-Durchschnitt lagen. Der Erfolg ist auch auf die umfangreichen Maßnahmen von Bund und Ländern zur Verbesserung der Bildung zurückzuführen. Die nächste PISA-Studie veröffentlicht die OECD Ende 2016.

→ oecd.org/pisa





Rund 8,4 Millionen Schülerinnen und Schüler lernen an den allgemeinbildenden Schulen

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt es entsprechend ihrer Behinderung Sonder- oder Förderschulen. Allerdings soll das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung entsprechend der Behindertenrechtskonvention zur Regel werden.

Die 140 Deutschen Auslandsschulen stehen in 72 Ländern für eine exzellente Ausbildung. Rund 20.800 deutsche und 61.000 nichtdeutsche Schüler lernen hier gemeinsam. Die

Schulen werden meist in privater Trägerschaft geführt, aber über die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) personell und finanziell gefördert. Seit 2008 arbeitet die vom Auswärtigen Amt koordinierte Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) zusammen mit der ZfA und dem Goethe-Institut an einem noch größeren Netzwerk der Deutschlerner. Sie verbindet weltweit fast 2.000 Schulen, an denen mehr als 600.000 Schülerinnen und Schüler Deutsch lernen. ■

GESELLSCHAFT

Bereichernde Vielfalt • Zuwanderung gestalten • Plurale Lebensformen •
Engagierte Zivilgesellschaft • Starker Sozialstaat • Vielseitige Freizeit • Freie Religionsausübung

EINBLICK

BEREICHERNDE VIelfALT

Deutschland ist mit rund 81,2 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Nation der Europäischen Union. Das moderne, welt-offene Land hat sich zu einem wichtigen Einwanderungsland entwickelt. Gut 16,4 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Deutschland gehört mittlerweile zu den Ländern mit den liberalsten Zuwanderungsregeln. Nach einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von 2014 ist es nach den USA das beliebteste Einwanderungsland.

Die meisten Menschen in Deutschland verfügen über einen international betrachtet hohen Lebensstandard und über entsprechende Freiräume zur individuellen Lebensgestaltung. Der Human Development Index 2014 der Vereinten Nationen platziert Deutschland auf Rang 6 von 187 Ländern. Im Nation

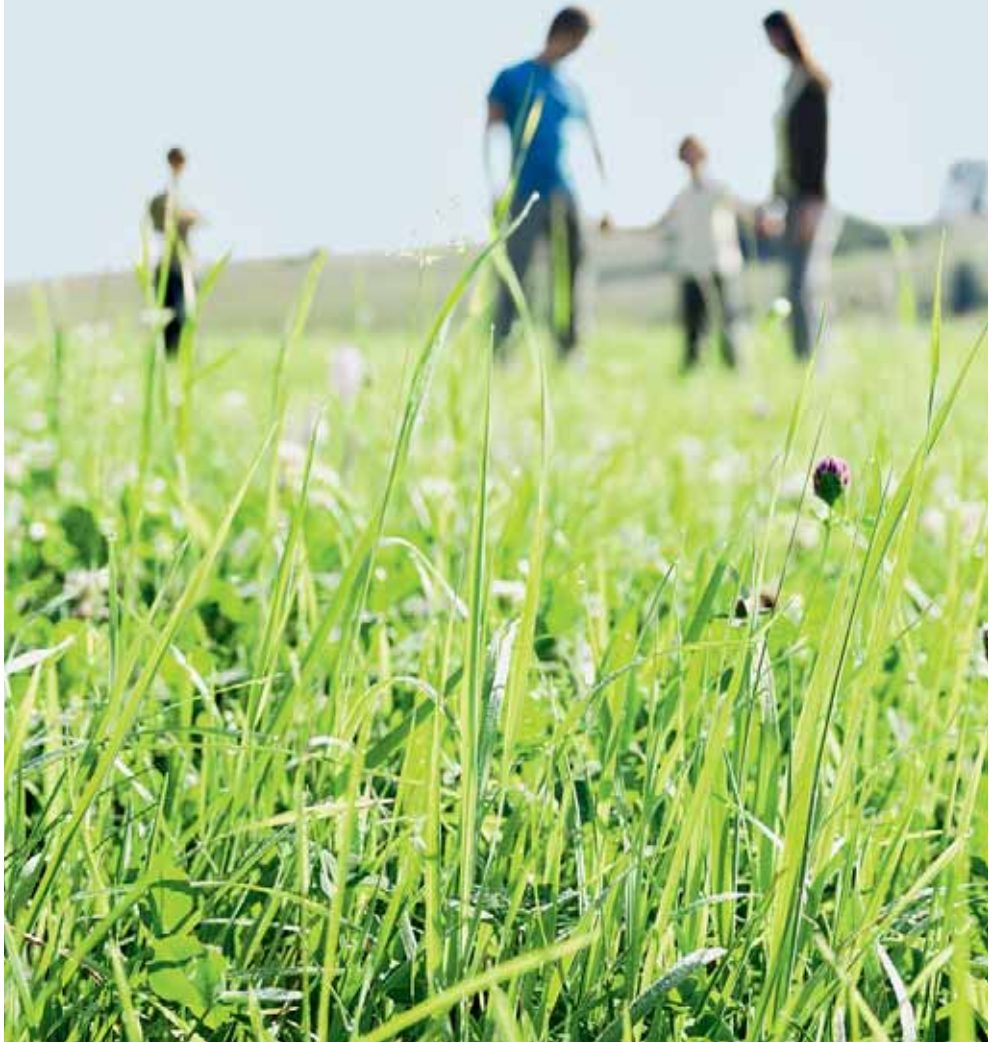
Brands Index 2014, einer internationalen Umfrage zum Image von 50 Ländern, belegt Deutschland Platz eins – auch wegen seiner guten Werte in den Bereichen Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit. Deutschland versteht sich als Sozialstaat, der die Absicherung aller Bürgerinnen und Bürger als vorrangige Aufgabe begreift.

Die Gesellschaft ist geprägt durch einen Pluralismus von Lebensstilen und die Vielfalt ethno-kultureller Prägungen. Neue Lebensformen und Lebenswirklichkeiten verändern den gesellschaftlichen Alltag. Zuwanderer bereichern das Land durch neue Perspektiven und Erfahrungen. Gegenüber alternativen Lebensentwürfen und unterschiedlichen sexuellen Orientierungen herrscht eine gesellschaftliche Offenheit und Akzeptanz. Die Gleichstellung von Frauen und Männern schreitet voran, traditionelle Rollenzuwei- ►

VIDEO  AR-APP



Gesellschaft in Deutschland: das Video
zum Thema: → tued.net/de/vid6



Ein hoher Lebensstandard und große individuelle Freiräume prägen die Lebensqualität in Deutschland

► sungen sind aufgebrochen. Menschen mit Behinderung haben immer stärker teil am gesellschaftlichen Leben.

Kaum eine Entwicklung wird Deutschland in Zukunft so prägen wie der demografische Wandel: Die Geburtenrate liegt seit Ende der 1990er-Jahre konstant niedrig bei 1,4 Kindern pro Frau, zugleich steigt die Lebenserwartung. Bis 2050 wird die Bevölkerung in Deutschland voraussichtlich um rund sieben Millionen Menschen schrumpfen. Der wachsende Anteil älterer Menschen stellt zugleich die sozialen Sicherungssysteme vor neue Herausforderungen.

Der sozioökonomische Wandel der vergangenen Jahre hat in Deutschland zum Entstehen neuer sozialer Risikolagen und zu einer sich abzeichnenden stärkeren Auffächerung der Gesellschaft nach ökonomischen Lebensverhältnissen geführt. Zwar waren 2014 so wenige Menschen arbeitslos wie zuletzt 1991

– im Durchschnitt 2,7 Millionen: Gleichwohl ist fast jeder Sechste in Deutschland von Armut bedroht, speziell junge Menschen und Alleinerziehende sind gefährdet. Auch zwischen Ost und West gibt es weiterhin soziale Unterschiede. ■

→ NETZ

Deutsch plus

Interdisziplinäres Netzwerk und Initiative für eine plurale Republik
→ deutsch-plus.de

Make it in Germany

Mehrsprachiges Willkommensportal für internationale Fachkräfte
→ make-it-in-germany.com

Human-Development-Berichte

Wo steht Deutschland im weltweiten Vergleich?
→ hdr.undp.org



Der demografische Wandel stellt das Land vor große Herausforderungen

AKTEURE & INSTRUMENTE

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Das Bundesamt bietet alle Informationen über den Aufenthalt in Deutschland und entscheidet über Asylanträge.

→ bamf.de

Deutsche Islam Konferenz

Seit 2006 besteht mit der Deutschen Islam Konferenz (DIK) ein langfristig angelegter Dialog zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen.

→ deutsche-islam-konferenz.de

Nationaler Aktionsplan Integration

Deutschland will ein Integrationsland sein, daher ist das Thema seit 2005 ein Arbeitsschwerpunkt der Bundesregierung. Der Integrationsgipfel findet jährlich statt.

→ bundesregierung.de

Meinungsforschungsinstitute

Mehrere etablierte Meinungsforschungsinstitute erfragen regelmäßig die Einstellungen der Deutschen und veröffentlichen Hochrechnungen an Wahltagen. Zu den bekanntesten gehören die Forschungsgruppe Wahlen, FORSA, EMNID, Infratest DIMAP und das Institut für Demoskopie Allensbach.

Bundesfreiwilligendienst

Das Angebot richtet sich an Frauen und Männer, die sich für das Allgemeinwohl engagieren wollen – im sozialen, ökologischen,



kulturellen Bereich oder in Sport, Integration oder Zivil- und Katastrophenschutz.

→ bundesfreiwilligendienst.de

Bundesagentur für Arbeit

Die nationale Arbeitsagentur ist zuständig für Arbeitsvermittlung und -förderung sowie finanzielle Ersatzleistungen.

→ arbeitsagentur.de

Stiftungen

Deutschland gehört in Europa zu den Ländern mit der höchsten Dichte an Stiftungen. Im Bundesdurchschnitt kommen auf 100.000 Einwohner 26 Stiftungen. Die bekannteste ist die Stiftung Warentest, die im staatlichen Auftrag Produkte vergleicht.

→ stiftungen.org



+ DIGITAL PLUS

Mehr Informationen zu allen Themen des Kapitels – kommentierte Linklisten, Beiträge, Dokumente; dazu weiterführende Informationen zu Begriffen wie

Demografischer Wandel, Soziale Sicherung, Generationenvertrag, Gleichberechtigung, Lebensstandard.

→ tued.net/de/dig6

THEMA

ZUWANDERUNG GESTALTEN

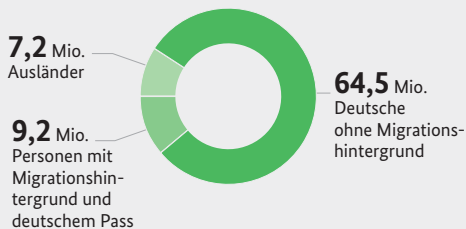
Deutschland ist als Zielland für Zuwanderer in die Weltspitze aufgerückt. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellte fest, dass Deutschland nach den USA 2014 das beliebteste Einwanderungsland weltweit war. In keinem der 34 OECD-Länder ist die Zuwanderung in den vergangenen Jahren so stark gestiegen wie in Deutschland. Seit der Wiedervereinigung 1990 kamen 21 Millionen Menschen nach Deutschland – bei zugleich nur 16 Millionen Fortzügen. 2013 gab es mit 1,2 Millionen Menschen die höchste Zuwanderung seit 1993, die Wanderungsbilanz zeigte für 2013 ein Plus von 437.000 Personen.

Insgesamt leben 7,2 Millionen Menschen mit ausländischem Pass in Deutschland. Allerdings haben rund 16,4 Millionen Personen einen Migrationshintergrund. Zu ihnen zählen Zuwanderer, in Deutschland geborene Ausländer und Personen mit einem zugewander-

ten oder ausländischen Elternteil. Diese Gruppe entspricht einem Anteil von knapp über 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, rund 10,5 Millionen von ihnen sind selbst zugewandert. Mehr als drei Viertel der Zuwanderer kommen aus einem anderen europäischen Staat. Laut Migrationsbericht kamen 2013 die meisten Zuwanderer aus Polen und Rumänien. Die größte ethnische Minderheit in Deutschland bilden die fast 3 Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln (unter ihnen 1,3 Millionen deutsche Staatsangehörige). Viele Einwanderer der ersten Generation kamen nach dem Anwerbeabkommen mit der Türkei 1961 als unqualifizierte Arbeitskräfte. Heute sind auch Studierende, Unternehmer und Hochqualifizierte unter den Zuwanderern türkischer Herkunft. Eine weitere große Gruppe stammt aus dem früheren Jugoslawien oder dessen Nachfolgestaaten. 56 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund haben heute einen deutschen Pass. 2014 wurden 108.420 Auslän- ►

 DIAGRAMM**Moderne Einwanderungsgesellschaft**

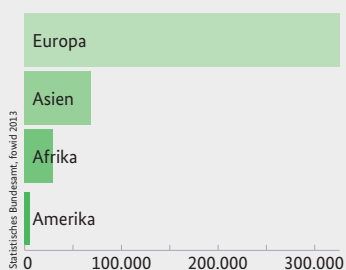
Deutschland ist das zweitbeliebteste Einwanderungsland nach den Vereinigten Staaten: 2014 hatten rund 16,4 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Etwa vier bis fünf Millionen Muslime leben in Deutschland – rund die Hälfte von ihnen bezeichnet sich selbst als religiös, dies entspricht etwa zweieinhalb bis drei Prozent der Bevölkerung.

Bevölkerung nach Migrationsstatus 2014

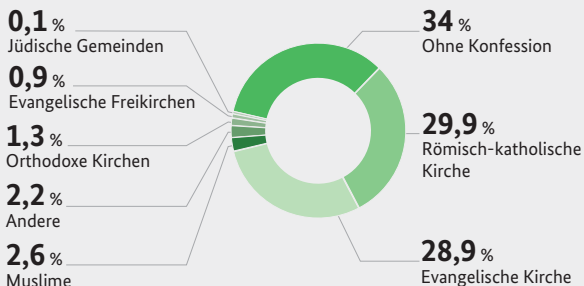


Staatsministerin Aydan Özoğuz ist die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Nettozuwanderung nach Herkunftsregion 2013



Religionszugehörigkeit in Deutschland





- derinnen und Ausländer eingebürgert. Die deutschstämmigen Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR sind mit etwa 4,5 Millionen Menschen die größte Einwanderergruppe.

Migranten leisten einen bedeutenden Beitrag zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Die Bundesregierung möchte weitere Zuwanderung ermöglichen, auch um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, der sich aus dem demografischen Wandel ergibt. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wird die Zahl der Deutschen im erwerbsfähigen Alter bis 2050 von 45 Millionen auf weniger als 29 Millionen sinken. Ohne weitere Zuwanderung erhöht sich der Druck auf die sozialen Sicherungssysteme. Vor allem das Rentensystem basiert auf einem Generationenvertrag, der darin besteht, dass heute Erwerbstätige in einem Umlageverfahren mit ihren Beiträgen die Renten der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Generation finanzieren – in der Erwartung, dass die kommende Generation später die Renten für sie aufbringt. Der wach-

sende Bedarf an Fachkräften führt zunehmend gut qualifizierte Migranten nach Deutschland. Der Anteil von Akademikern unter den neuen Zuwanderern liegt über dem durchschnittlichen Anteil von Akademikern in der deutschen Bevölkerung.

Vor allem mit der Blauen Karte EU wurde ein zentraler Aufenthaltstitel geschaffen, der akademischen Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert. Ein geplantes Gesetzeswerk soll die Regelungen zur Einwanderung miteinander verknüpfen.

Integration als wichtige Aufgabe der Migrationspolitik

Mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts 2014 wurde die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt. Für in Deutschland nach 1990 geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern wurde die „Optionspflicht“ abgeschafft: Zuvor mussten sie sich bis zum vollendeten 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.



WEGMARKEN

1955

Starkes Wirtschaftswachstum führt Mitte der 1950er-Jahre zu Arbeitskräftemangel in Deutschland. Anwerbeverträge mit Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien, Jugoslawien folgen.

1964

Der millionste Arbeitsmigrant, „Gastarbeiter“ genannt, wird willkommen geheißen. Mit der Ölkrise im Jahr 1973 setzt ein Anwerbestopp ein. Etwa vier Millionen ausländische Menschen leben nun in Deutschland.

1990

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs sowie den Kriegen in „Ex-Jugoslawien“ nimmt die Zuwanderung 1990 rasant zu. Zudem ziehen 400.000 Deutschstämmige aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland.

Migranten sind in Deutschland zunehmend besser integriert. Seit 2007 ist ihre Beschäftigungsquote um fünf Prozentpunkte gestiegen, dies ist der stärkste Anstieg innerhalb der OECD. Vor allem im Bereich Bildung gibt es aber noch deutliche Defizite. Problematisch ist der hohe Anteil von Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln, die nur schlecht Deutsch lesen und schreiben können. Mehr als 30 Prozent der 20- bis 29-jährigen ausländischen Erwachsenen bleiben ohne Berufsabschluss. Ihre Bildungsbeteiligung zu erhöhen ist ein wichtiges Ziel der Bundesregierung.

Eine weitere besondere Aufgabe der Migrations- und Integrationspolitik ist der Flüchtlingsschutz. Das Grundgesetz sichert politisch Verfolgten ein Grundrecht auf Asyl. Deutschland bekräftigt damit seine historische und humanitäre Verantwortung. Zuletzt ist die Zahl der Schutzsuchenden deutlich gestiegen. Beantragten 2004 rund 50.000 Menschen Asyl, waren es 2014 mehr als 200.000. Aufgrund der anhaltenden Flüchtlingsströme aus den Kriegs- und Krisenregionen in Syrien, Irak und Afghanistan wird erwartet,

dass bis Ende 2015 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zwischen 800.000 und einer Million Asylanträge eingehen werden. Deutschland stellt sich dieser Herausforderung und setzt sich zugleich für eine solidarische europäische Lösung der Flüchtlingsfrage ein. ■

GLOBAL

OECD-Studie zur Integration von

Einwanderern Deutschland ist es in den vergangenen Jahren gelungen, Einwanderer immer besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bei Kindern von im Ausland geborenen Eltern bestehen jedoch weiterhin signifikante Defizite. Das ist das Ergebnis einer internationalen Vergleichsstudie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit dem Titel „Indikatoren von Zuwanderung 2015“.

→ oecd.org



1997

Seit Mitte der 1980er-Jahre kommen neben Arbeitsmigranten zunehmend Asylsuchende nach Deutschland. Das Dubliner Übereinkommen regelt von 1997 an die Zuständigkeit der europäischen Staaten bei Asylverfahren.

2005

Mit dem „Mikrozensus“ besteht erstmals die Möglichkeit, den Migrationshintergrund in der Bevölkerung differenziert abzubilden. Im Jahr 2015 hat demnach jeder Fünfte in Deutschland einen Migrationshintergrund.

2014

Mehr als 200.000 Menschen beantragen im Jahr 2014 in Deutschland Asyl. Erstmals zieht fast eine halbe Million Menschen mehr nach Deutschland, als im gleichen Zeitraum aus der Bundesrepublik abwandern.



THEMA

PLURALE LEBENSFORMEN

Auch in der individualisierten und hoch mobilen Welt des 21. Jahrhunderts kommt der Familie eine zentrale Bedeutung zu. Für fast neun von zehn Deutschen ist die Familie weiterhin die wichtigste soziale Institution und prägende Bezugsgruppe. Gleichzeitig verändert sich die Vorstellung darüber, wie eine Familie typischerweise aussieht, zunehmend. Nur knapp die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt noch in einer Familie. Trotz der rückläufigen Entwicklung traditioneller Familienstrukturen waren Ehepaare mit minderjährigen Kindern 2014 mit 69 Prozent die häufigste Familienform. Die Zahl der Eheschließungen sinkt tendenziell, 2013 lag sie bei 373.600. Etwas mehr als jede dritte Ehe wird wieder geschieden. Die durchschnittliche Dauer der 2013 geschiedenen Ehen betrug 14 Jahre und acht Monate. Rund 44.000 Ehen werden zwischen Deutschen und Ausländern geschlossen.

Deutlich steigt die Zahl der Paare mit Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Zwischen 1996 und 2013 verdoppelte sich ihr Anteil an den heute 8,1 Millionen Familien; jedes zehnte Paar mit Kind ist unverheiratet. Familien mit nur einem Elternteil sind die am stärksten wachsende Familienform. Alleinerziehende bilden inzwischen ein Fünftel aller Eltern-Kind-Konstellationen: Neun von zehn der 1,64 Millionen Alleinerziehenden sind Frauen. Alleinerziehende sind häufig erheblichen Armutsrisiken aus-

gesetzt, 40 Prozent von ihnen beziehen staatliche Unterstützungsleistungen.

Zu den an Bedeutung gewinnenden Lebensformen gehören die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. 2013 wohnten in Deutschland 78.000 homosexuelle Paare zusammen – ein Drittel mehr als zehn Jahre zuvor. Rund 35.000 von ihnen leben in einer eingetragenen Partnerschaft, die seit 2001 gleichgeschlechtlichen Paaren eine rechtliche Absicherung ihrer Beziehung ermöglicht.

Während einerseits neue Formen des Zusammenlebens entstehen, wächst die Zahl der Ein-Personen-Haushalte. 41 Prozent aller Privathaushalte sind Single-Haushalte – 16,5 Millionen Menschen leben allein. Diese Entwicklung ist einerseits Folge des demografischen Wandels, durch den sich die Zahl der alleinlebenden älteren Menschen erhöht, andererseits leben auch mehr junge Menschen als Single.

Gezielte Familienförderung durch Elternzeit und Elterngeld

In den innerfamiliären Strukturen verändern sich Koordinaten ebenfalls. Die generationellen Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sind oft gut und werden meist nicht durch überkommene oder autoritäre Erziehungsmuster, sondern durch Mitsprache, Zuwendung, Förderung und Erziehung zur



Familie hat einen hohen Stellenwert – inzwischen nehmen auch viele Väter Elternzeit in Anspruch

Selbstständigkeit geprägt. Der Anteil der berufstätigen Mütter ist auf über 66 Prozent gestiegen (2006: 61 Prozent). Mehr als 70 Prozent der erwerbstätigen Frauen mit Kindern arbeiten indes auf Teilzeitbasis, vor allem jene mit Kindern im Vorschulalter; bei den erwerbstätigen Vätern sind dies lediglich 5 Prozent. 2014 lag die Erwerbstätigenquote der Frauen in Deutschland bei 73,1 Prozent, der zweithöchste Wert in der EU, deutlich über dem EU-Durchschnitt (62,3 Prozent).

Die 2007 eingeführte Elternzeit macht die Familiengründung und die berufliche Weiterentwicklung leichter miteinander vereinbar. Sie ist eines von zahlreichen Angeboten, die Eltern stärken und zu einer familienfreundlichen Gesellschaft beitragen. Die Elternzeit erlaubt es beiden Partnern, die Arbeit für bis zu drei Jahre ruhen zu lassen. Während der Elternzeit erhalten sie bis zu 14 Monate lang Elterngeld in Höhe von 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens – mindestens 300, ►



Neue Formen des Zusammenlebens, etwa in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, sind akzeptiert

- maximal 1.800 Euro – zur Sicherung des Lebensunterhaltes.

75 Prozent der Deutschen empfinden das Elterngeld als eine gute Regelung, fast alle Eltern nutzen das Angebot. Allerdings nehmen vier von fünf Vätern lediglich den Mindestzeitraum von zwei Monaten frei. Weiterhin sind es vor allem die Mütter, die nach der Geburt des Kindes längere Zeit zu Hause bleiben. Mit dem 2015 ergänzten Elterngeld Plus lohnt sich der frühe Wiedereinstieg in den Beruf für sie nun mehr. Eltern, die in Teilzeit arbeiten, bekommen dadurch bis zu 28 Monate lang finanzielle Unterstützung.

Seit dem 1. August 2013 haben Kinder nach dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Mittlerweile besucht jedes dritte Kind unter drei Jahren – 2015 waren dies insgesamt 694.500 Kinder –

eine der 54.000 Kindertagesstätten (Kitas) oder wird von einer der 44.000 Tagesmütter betreut. Seit 2006 hat sich die Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige mehr als verdoppelt.

Elternzeit, Elterngeld und verbesserte Rahmenbedingungen für die frühkindliche und vorschulische Betreuung schaffen weitere Voraussetzungen für die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichberechtigung von Frauen. Während junge Frauen im Bildungsbereich die jungen Männer nicht nur eingeholt, sondern zum Teil überholt haben (2014: 54,4 Prozent Frauen mit Hochschulreife, 48,7 Prozent Frauen unter den Studienanfängern 2014/15), bestehen zwischen den Geschlechtern nach wie vor Unterschiede bei Verdienstmöglichkeiten und Karrierewegen: Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienen durchschnittlich nur etwa 78 Prozent des Gehalts ihrer männ-

lichen Kollegen. In Leitungspositionen sind sie weiterhin unterrepräsentiert. Einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge sind von den 877 Vorstandssitzen der Top-200-Unternehmen nur 47 mit Frauen besetzt.

Seit 2015 gilt in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen. Es legt unter anderem fest, dass 30 Prozent der Posten in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen mit Frauen besetzt sein müssen. 3.500 weitere Unternehmen müssen sich künftig verbindliche Ziele für die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen setzen. Gut entwickelt hat sich der Anteil der Frauen im Bundestag: Derzeit liegt er bei 36,5 Prozent – bis 1983 lag er noch unter 10 Prozent.

Inklusion als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe

Chancengleichheit schaffen will die Bundesregierung auch für Menschen mit Behinderung. Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, in der jeder überall dabei sein kann: in der Schule, im Beruf, in der Freizeit. Nötig ist dafür eine umfassende Barrierefreiheit – Hindernisse in Gebäuden, auf Straßen und Wegen sollen ebenso abgebaut werden wie soziale Hürden, beispielsweise beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Deutschland hat 2007 als einer der ersten Staaten die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterzeichnet. Ein Nationaler Aktionsplan regelt die Umsetzung. Er sieht

unter anderem vor, schwerbehinderte Jugendliche intensiv auf das Berufsleben vorzubereiten. Über den Aktionsplan hinaus soll ein Bundesteilhabegesetz entstehen. Die Unterstützung für Menschen mit Behinderung soll sich so noch enger an der individuellen Lebenssituation ausrichten.

Eine weitere Gruppe, deren Bedürfnisse und Potenziale die Bundesregierung besonders im Blick hat, sind die älteren Menschen. 17 Millionen Menschen in Deutschland sind 65 Jahre und älter. Ihr Erfahrungsschatz gilt als ein Gewinn für die Gesellschaft. Ihre Lebensformen haben sich ebenfalls diversifiziert und verändert, insgesamt sind ältere Menschen heute wesentlich aktiver als früher. Häufig sind sie auch noch in den Arbeitsmarkt integriert. Einen intensiven Dialog zwischen Älteren und Jüngeren fördern die 450 Mehrgenerationenhäuser, die als Orte der Begegnung Menschen unterschiedlichen Alters zusammenbringen. ■



Shell Jugendstudie Wie „ticken“ Jugendliche in Deutschland? Was ist ihnen wichtig, wie verbringen sie ihre Freizeit, wie ist ihr Verhältnis zu Eltern und Freunden? Seit 1953 beauftragt der Mineralölkonzern Shell unabhängige Forschungsinstitute regelmäßig damit, ein Stimmungsbild der Jugend zu entwerfen. Die 17. Shell Jugendstudie erscheint im Oktober 2015.

→ shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study.html

THEMA

ENGAGIERTE ZIVILGESELLSCHAFT

Rund 23 Millionen Deutsche engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich und übernehmen Verantwortung für die Gesellschaft. Dieses Engagement ist oft langfristig – im Durchschnitt sind Freiwillige seit zehn Jahren aktiv: Auf jährlich 4,6 Milliarden geleistete Arbeitsstunden wird der bürgerschaftliche Einsatz geschätzt. Gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Genossenschaften, Hilfsorganisationen, gemeinnützigen Unternehmen und Privatinitiativen bilden die Mitglieder der 580.000 Vereine das Rückgrat des „dritten Sektors“. Zivilgesellschaft kennzeichnet jenen Bereich der Gesellschaft, der nicht staatlich oder parteipolitisch ist, sondern sich freiwillig und öffentlich in gesellschaftlichen und politischen Fragen engagiert.

Vor allem Stiftungen haben eine kontinuierlich wachsende Bedeutung erlangt. Deutschland ist mit mehr als 20.000 rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts, der klassischen Rechtsform einer Stiftung, eines der stiftungsreichsten Länder Europas. Seit der Jahrtausendwende wurden rund 12.500 Stiftungen bürgerlichen Rechts errichtet, mehr als die Hälfte aller heute bestehenden Stiftungen dieser Art. Im Bundesdurchschnitt kommen auf 100.000 Einwohner 26 Stiftungen. Alle Stiftungen verfügen zusammen über ein Vermögen von etwa 70 Milliarden Euro. Sie geben rund 17 Milliarden für gemeinnützige Zwecke aus, traditionell für Soziales (28,8 Prozent), Bildung, Wissenschaft

und Kultur. Die fünf größten Stiftungen, gemessen an ihren Ausgaben, sind die Volkswagen-Stiftung, die Robert-Bosch-Stiftung, die Bertelsmann-Stiftung, die Hans-Böckler-Stiftung und der WWF Deutschland.

Stark im Kommen sind Bürgerstiftungen, bei denen mehrere Bürger und Unternehmen gemeinsam als Stifter auftreten, um lokale oder regionale Vorhaben zu fördern. Erste Stiftungen dieser Art entstanden 1996 – Mitte 2015 gab es bereits 275 vom Bundesverband Deutscher Stiftungen anerkannte Bürgerstiftungen. Das bürgerschaftliche Engagement hat in den vergangenen Jahren leicht zugenommen, es verlagert sich aber von den größeren Verbänden stärker hin zu kleinen, selbstorganisierten Gruppen und wechselnden Projekten. Gegenwärtig engagieren sich viele Menschen in Deutschland ehrenamtlich in lokalen Initiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen.

Engagement in Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen

Eine eher strategische und politische Mitgestaltung erlaubt das gesellschaftspolitische Engagement in Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Auf diesem Weg eröffnet das Ehrenamt die Möglichkeit zu intensiver demokratischer Partizipation. Für die großen etablierten Organisationen wird es indes zunehmend schwieriger, Freiwillige zur Mitarbeit zu gewinnen.



Umweltschutz ist ein Thema, für das sich viele in ihrer Freizeit engagiert einsetzen

Ein besonderes Potenzial für ehrenamtliches Engagement liegt in der Altersgruppe der 14- bis 24-Jährigen. Dass junge Erwachsene bereit sind, sich gesellschaftlich einzubringen, zeigt das Interesse an Freiwilligendiensten. Seit 2011 gibt es den Bundesfreiwilligendienst. Er ist offen für alle Altersgruppen und ergänzt das seit mehr als 50 Jahren bestehende Modell des Freiwilligen Sozialen Jahrs für Jugendliche und junge Erwachsene. Auch die freiwillige Arbeit im Ausland ist möglich, zum Bei-

spiel über den Internationalen Freiwilligendienst des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Programm „Weltwärts“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder den Freiwilligendienst „Kulturweit“ der Deutschen UNESCO-Kommission in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt. Betrachtet man alle Dienste zusammen, gab es im Jahr 2014 etwa 90.000 bis 100.000 Freiwillige. ■

THEMA

STARKER SOZIALSTAAT

Deutschland verfügt über eines der umfassendsten Sozialsysteme. Wie auch in anderen entwickelten Demokratien stellen die Sozialausgaben den größten Einzelposten der Staatsausgaben dar. Rund 849 Milliarden Euro wurden 2014 für öffentliche Sozialausgaben aufgewendet, was einem Anteil von 29 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) entspricht. Die wohlfahrtsstaatlichen Sozialsysteme haben eine Tradition, die bis in die Zeit der Industrialisierung Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreicht und mit dem damaligen Reichskanzler Otto von Bismarck in Verbindung gebracht wird. Unter Bismarck wurde 1883 zunächst die verpflichtende Krankenversicherung für Arbeiter eingeführt – mit der Sozialgesetzgebung, die in den darauf folgenden Jahren

ausgebaut wurde, entstand die Basis einer sozialstaatlichen Orientierung. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde das Sozialstaatsprinzip in Artikel 20, Absatz 1 und im Artikel 28 verankert. Wie es ausgestaltet wird, müssen Politik und Gesellschaft dynamisch jeweils neu verhandeln; vor allem der demografische Wandel macht Anpassungen notwendig.

Soziales Netz zum Schutz vor existenziellen Risiken

Heute schützt ein eng gewebtes Netz aus gesetzlicher Kranken-, Renten-, Unfall-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung die Bürger vor den Folgen existenzieller Risiken und Bedrohungen. Daneben umfasst das soziale Netz die Grundsicherung für Rentner und dauerhaft Erwerbsunfähige oder steuerliche Leistungen wie den Familienleistungsausgleich (Kindergeld, steuerliche Vergünstigungen). Nach einer weiteren Erhöhung 2015 erhalten Familien monatlich 188 Euro für das erste und zweite Kind, 194 Euro für das dritte und 219 Euro für weitere Kinder.

Das 2014 in Kraft getretene Rentenpaket verbessert vor allem die Situation älterer Menschen. Mit der Reform wurden unter anderem die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren und die sogenannte Mütterrente eingeführt. Sie gilt als eine Anerkennung für die erbrachte Erziehungsleistung. Frauen, die vor 1992 geborene

#ZAHL

30,4 Mio.

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zählte die Bundesagentur für Arbeit im Dezember 2014. Dies entspricht 75 bis 80 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Deutschland. Nicht mitgezählt sind nicht sozialversicherungspflichtige Beamte, Selbstständige, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und so genannte Mini-Jobber.

→ statistik.arbeitsagentur.de



Mit dem monatlichen Kindergeld fördert der Staat gezielt Familien – das vorschulische Betreuungsangebot wurde ausgebaut

Kinder erzogen haben, hatten nicht die Betreuungsmöglichkeiten, wie Eltern sie heute haben, und damit auch weniger Chancen in der Arbeitswelt. Diese Erziehungsleistung wird mit der Mütterrente gewürdigt. Rund 9,5 Millionen Frauen (und wenige Männer) erhalten seit Juli 2014 pro Kind und Jahr über 300 Euro mehr Rente. Langjährig Rentenversicherte mit 45 Beitragsjahren wiederum können seit dem 1. Juli 2014 mit 63 Jahren ohne Abschläge in Altersrente gehen. Rund

280.000 Arbeitnehmer haben sich innerhalb des ersten Jahres dafür entschieden. Mit gut 560.000 Anträgen rechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bis Ende 2018.

In Deutschland ist eine Krankenversicherung gesetzliche Pflicht. Die medizinische Versorgung wird durch ein breites Angebot an Krankenhäusern, Praxen und Reha-Einrichtungen gewährleistet. ■

 PANORAMA

VIELSEITIGE FREIZEIT

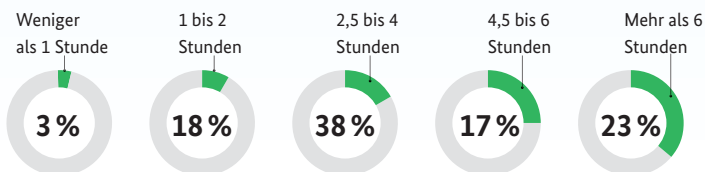
Beliebte Freizeitbeschäftigungen

Diese Aktivitäten üben von je 100 Befragten in Deutschland in ihrer Freizeit mindestens einmal pro Woche aus:



Wie viel Freizeit die Deutschen haben

So viel Zeit bleibt an einem Werktag, um zu tun, was gefällt:



23 Mio.

In ihrer Freizeit ehrenamtlich Tätige



43.957

Aktive im Bundesfreiwilligendienst



28 Mio.

Mitglieder in einem Sportverein

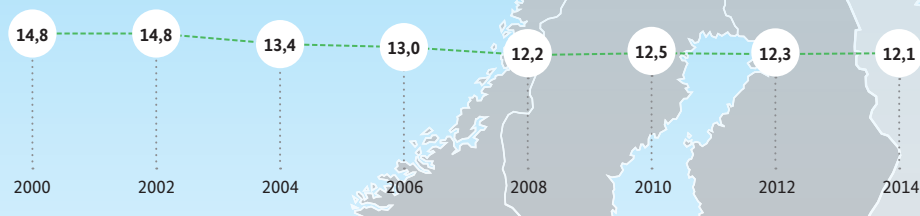


94 %

Private Haushalte, die im Besitz von mindestens einem Mobiltelefon sind

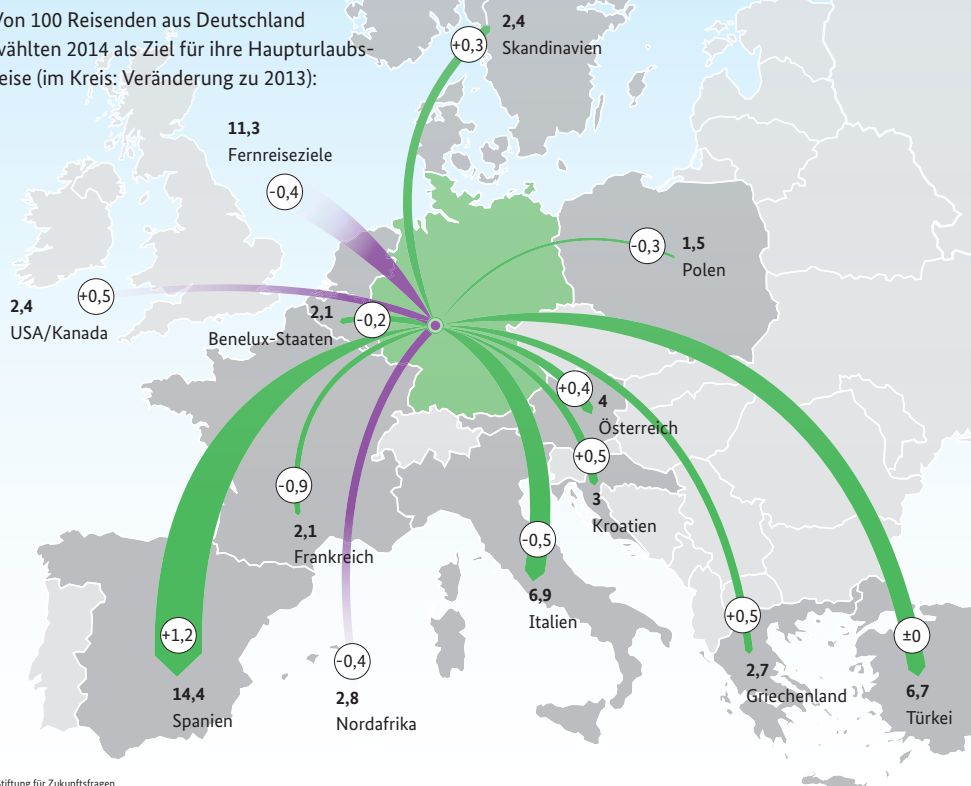
Wie lange ein Urlaub dauert

Durchschnittliche Reisedauer in Tagen:



Beliebteste Urlaubsländer

Von 100 Reisenden aus Deutschland wählen 2014 als Ziel für ihre Haupturlaubsreise (im Kreis: Veränderung zu 2013):



Stiftung für Zukunftsfragen



245 Euro

Durchschnittliche Haushaltsausgaben im Monat für Freizeit, Kultur und Unterhaltung



57 %

Deutsche, die im Jahr eine Reise von mindestens fünf Tagen unternehmen



1.071 Euro

Durchschnittsausgaben für die Haupturlaubsreise



37 %

Deutsche, die ihre Haupturlaubsreise in Deutschland verbringen

THEMA

FREIE RELIGIONSAUSÜBUNG

Wachsende Pluralität und zunehmende Säkularisierung kennzeichnen die religiöse Landschaft in Deutschland. 58,8 Prozent der deutschen Bevölkerung bekennen sich zu einer der beiden großen christlichen Konfessionen, organisiert in den 27 katholischen Diözesen und der Deutschen Bischofskonferenz sowie den evangelischen Landeskirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland als Dachverband. Die katholische Kirche mit knapp 24 Millionen Mitgliedern in 12.000 Gemeinden gehört der Weltkirche mit dem Papst als Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche an. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist die Gemeinschaft der 20 selbstständigen evangelischen Landeskirchen lutherischen, reformierten und unier-

ten Bekenntnisses. Mit rund 23 Millionen Mitgliedern umfassen sie den größten Teil der evangelischen Christen. 34 Prozent der Bevölkerung gehören keiner Konfession an.

Infolge der alternden Mitgliedschaft und einer hohen Zahl an Kirchnaustritten sinkt die Zahl der Gläubigen in den christlichen Kirchen. 2014 haben allein 218.000 Menschen die katholische Kirche verlassen. Im Osten Deutschlands ist die Kirchenferne besonders augenfällig.

Der Islam gewinnt durch Migration an Bedeutung für das religiöse Leben. Die Zahl der aus 50 Nationen stammenden Muslime in Deutschland wird mit etwa 4 bis 5 Millionen beziffert, eine zentrale Ermittlung findet jedoch nicht statt. In vielen Städten haben sich größere muslimische Gemeinden gebildet. Mit der Deutschen Islam Konferenz (DIK) existiert seit 2006 ein offizieller Rahmen für den Austausch zwischen Staat und Muslimen.

Das jüdische Leben in Deutschland, das nach dem Holocaust völlig zerstört war, ist nach dem Ende des Ost-West-Konflikts durch Zuwanderer aus der früheren UdSSR belebt worden. Heute leben in Deutschland wieder rund 200.000 Juden. Rund 100.500 von ihnen sind in 107 jüdischen Gemeinden organisiert, die ein weites religiöses Spektrum aufweisen und vom 1950 gegründeten Zentralrat der Juden in Deutschland vertreten werden.

 LISTE

- Mitgliederstärkste katholische Diözese: **Erzbistum Köln mit 2.035.000 Katholiken**
- Mitgliederstärkste evangelische Landeskirche: **Hannover mit 2.763.633 Protestanten**
- Große Moscheen: **Yavuz-Sultan-Selim-Moschee/Mannheim; Şehitlik-Moschee/Berlin, Fatih-Moschee/Bremen**
- Mitgliederstärkste jüdische Gemeinde: **Jüdische Gemeinde zu Berlin (10.009)**



Die Religionsfreiheit garantiert in Deutschland das Grundgesetz, es gibt mehr als 2.000 Moscheen

Deutschland hat keine Staatskirche. Grundlage des Verhältnisses von Staat und Religion ist die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche im Sinne der weltanschaulichen Neutralität des Staates und das Selbstbestimmungsrecht der religiösen Gemeinschaften. Staat und Religionsgemeinschaften kooperieren auf partnerschaftlicher Basis. Der Staat beteiligt sich an der Finanzierung von Kindergärten und Schulen in Trägerschaft der Religionsge-

meinschaften. Die Kirchen erheben eine Kirchensteuer, die vom Staat eingezogen wird, um soziale Dienste zu finanzieren. Schulen müssen Religion als reguläres Unterrichtsfach anbieten (eingeschränkt in Berlin und Bremen). Der islamische Religionsunterricht wird ausgebaut. Rund 700.000 muslimische Kinder und Jugendliche gehen in Deutschland zur Schule. Um ihnen Religionsunterricht anbieten zu können, werden zusätzliche Pädagogen ausgebildet. ■



KULTUR & MEDIEN

Lebendige Kulturnation • Innovative Kreativwirtschaft • Kultureller Dialog •
Weltoffene Positionen • Rasanter Medienwandel • Spannende
Welterbestätten • Attraktive Sprache

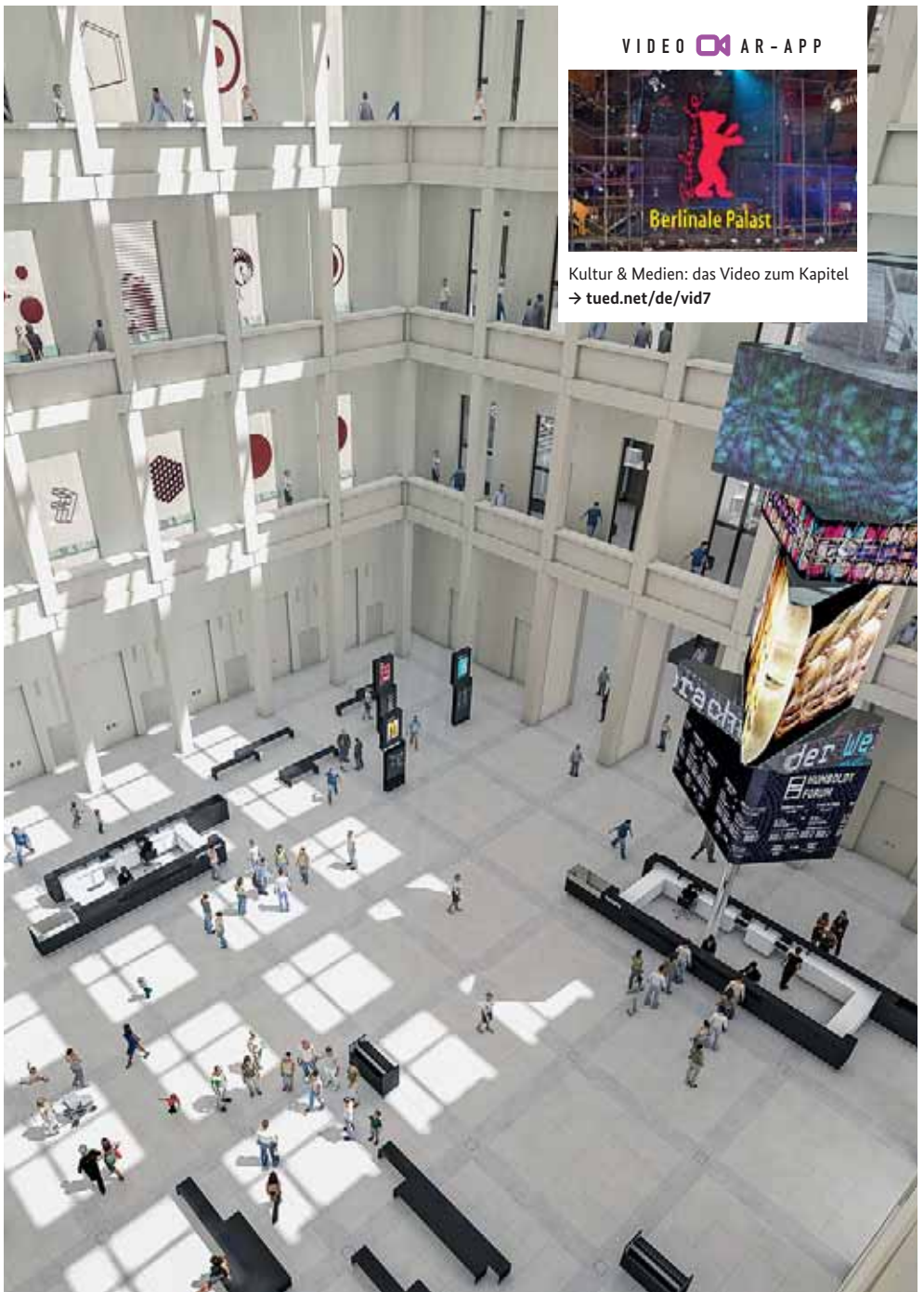
EINBLICK

LEBENDIGE KULTURNATION

Die eine Kultur Deutschlands gibt es nicht. Es gibt viele, die gleichzeitig und oft erstaunlich gegensätzlich nebeneinander her existieren, ineinander verwoben, einander abstoßend und anziehend. Von Deutschland als Kulturnation sprechen, heißt im 21. Jahrhundert, von einem gewachsenen, sich immerfort weiterentwickelnden, lebendigen Organismus zu reden, dessen Vielfalt verblüffend, irritierend, oft auch anstrengend ist. Dies wurzelt zum einen in der föderalen Tradition des Landes, das erst ab 1871 als Gesamtstaat zu existieren begonnen hat. Die 1949 gegründete Bundesrepublik, aber auch das seit 1990 wiedervereinte Deutschland haben bewusst an föderale Traditionen angeknüpft und die Kulturhoheit den Ländern überlassen. Erst seit 1998 gibt es einen Beauftragten für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt. Ergebnis der aus vielen ehemaligen Klein- und Mittelstaaten sowie freien Städten bestehenden Struktur Deutsch-

lands sind unter anderem rund 300 Stadt- und Landestheater, 130 zum Teil an die Rundfunkanstalten gekoppelte Berufsorchester und 80 Musiktheater. 630 Kunstmuseen mit international hochkarätigen Sammlungen bilden zudem eine beispiellose Museumslandschaft. Mit dieser Vielfalt an Kultureinrichtungen nimmt Deutschland eine Spitzenposition ein. Das überwiegend öffentlich organisierte Theater-, Orchester- und Museumssystem findet grundsätzlich hohe Akzeptanz. Vor dem Hintergrund engerer finanzieller Spielräume der öffentlichen Haushalte sowie den soziodemografischen und medialen Veränderungsprozessen wie der Digitalisierung befindet es sich gleichwohl in einer Phase des Umbruchs und der Neuorientierung.

Deutschlands Ruf als bedeutende Kulturnation gründet auf den großen Namen der Vergangenheit wie Bach, Beethoven und Brahms ►



VIDEO  AR-APP



Kultur & Medien: das Video zum Kapitel
→ tued.net/de/vid7

Künftiges Zentrum für den Dialog zwischen den Kulturen der Welt: In Berlin entsteht das Humboldt-Forum

- in der Musik, Goethe, Schiller und Thomas Mann in der Literatur. Auch die künstlerischen Positionen der Moderne sind in allen Kunstgattungen namhaft besetzt.

Zum anderen hat das Land einen Prozess durchlaufen, der in anderen europäischen Staaten bereits früher einsetzte. Es hat sich, auf Basis der eigenen Traditionen, von außen kommenden Einflüssen geöffnet und ein neues Narrativ entwickelt. Junge Künstler mit Migrationshintergrund haben Artikulationsformen gefunden, musikalisch, aber auch poetisch auf das Aufeinandertreffen und Verschmelzen unterschiedlicher Herkunftskulturen zu reagieren.

Die regionalen Kunst- und Kulturzentren haben sich im immer weiter verschwimmenden Grenzbereich zwischen Unterhaltung und Hochkultur zu lebendigen Zentren der neuen deutschen Kultur entwickelt. Zusammen bilden sie ein Kräftefeld, ein Spiegelbild

Deutschlands in konzentrierter Form. Mit dem Humboldt-Forum entsteht zudem bis 2019 ein kulturelles Leuchtturmprojekt im wieder errichteten Schloss in der Mitte Berlins. Geprägt von Weltoffenheit, soll es einen internationalen Wissensaustausch und den Dialog der Kulturen ermöglichen. ■

➔ NETZ

Kulturportal Deutschland

Informationen über ausgewählte Events und kulturpolitische Themen

→ kulturportal-deutschland.de

Litrix

Mehrsprachiges Portal zur weltweiten Vermittlung deutscher Literatur

→ litrix.de

Filmportal

Plattform für Infos zum deutschen Film

→ filmportal.de



Die darstellende Kunst findet in Deutschland viele Aufführungsmöglichkeiten

AKTEURE & INSTRUMENTE

Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Monika Grütters, ist als Staatsministerin direkt der Bundeskanzlerin zugeordnet. Sie hat unter anderem die Aufgabe, Kultureinrichtungen und -projekte von nationaler Bedeutung zu fördern.

→ [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de)

Goethe-Institut

Das Goethe-Institut e.V. ist das weltweit tätige Kulturinstitut Deutschlands. Es hat die Aufgabe, die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland zu fördern, die internationale kulturelle Zusammenarbeit zu pflegen und ein umfassendes, aktuelles Deutschlandbild zu vermitteln.

→ [goethe.de](https://www.goethe.de)

Institut für Auslandsbeziehungen

Das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) engagiert sich weltweit für Kunstaustausch, den Dialog der Zivilgesellschaften und die Vermittlung außenkulturpolitischer Informationen.

→ [ifa.de](https://www.ifa.de)

Kulturstiftung des Bundes

Die Kulturstiftung des Bundes fördert Kunst und Kultur im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes. Ein Schwerpunkt ist die Förderung innovativer Programme und Projekte im internationalen Kontext.

→ [kulturstiftung-des-bundes.de](https://www.kulturstiftung-des-bundes.de)



Haus der Kulturen der Welt

Das Haus der Kulturen der Welt in Berlin ist ein Zentrum für den internationalen Kulturaustausch und ein Forum für aktuelle Diskurse.

→ [hkw.de](https://www.hkw.de)

Deutscher Kulturrat

Der Deutsche Kulturrat e.V. ist der anerkannte Spitzenverband der Bundeskulturverbände. 246 Bundeskulturverbände und Organisationen sind Mitglied.

→ [kulturrat.de](https://www.kulturrat.de)

Zentralstelle für das Auslandsschulwesen

Die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) betreut und fördert circa 1.200 Schulen, darunter rund 140 Deutsche Auslandsschulen.

→ [auslandsschulwesen.de](https://www.auslandsschulwesen.de)



+ DIGITAL PLUS

Mehr Informationen zu allen Themen des Kapitels – kommentierte Linklisten, Beiträge, Dokumente, Reden; dazu weiterführende Informationen zu Stichworten wie Kulturhoheit der Länder, Kulturstiftung des Bundes, Deutscher Filmpreis, documenta.

→ tued.net/de/dig7

THEMA

INNOVATIVE KREATIVWIRTSCHAFT

Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört zu den innovativsten Wirtschaftszweigen. In Deutschland steigt ihr Beitrag zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) stetig und liegt heute auf Augenhöhe mit großen Industriesektoren wie dem Maschinenbau. Der Umsatz der Kreativbranche, in der rund 249.000 Unternehmen und 1,5 Millionen Menschen tätig sind, lag 2013 bei rund 145 Milliarden Euro.

Der verbindende Kern der kultur- und kreativwirtschaftlichen Aktivität ist der schöpferische Akt von künstlerischen, literarischen, kulturellen, musischen, architektonischen oder kreativen Inhalten, Werken, Produkten, Produktionen oder Dienstleistungen. Strukturell wird die Branche insbesondere von Freiberuflern sowie von Klein- und Mikrounternehmen (97 Prozent) geprägt. Sie sind überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert – also nicht vorrangig im öffentlichen

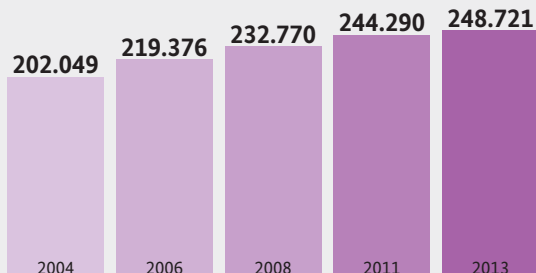
(Museen, Theater, Orchester) oder zivilgesellschaftlichen Sektor (Kunstvereine, Stiftungen) tätig. Durch konsequente Förderung von Neugründungen haben sich in vielen Städten besonders in den Feldern Design, Software und Games viele Anbieter etabliert. Speziell die Software-/Games-Industrie zeigt durch die Vernetzung verschiedener Sparten wie Film, Video, Musik, Text und Animation das Potenzial der Branche und erzielte 2013 ein Umsatzvolumen von 31 Milliarden Euro. An der Spitze der Entwicklung steht die Region Berlin-Brandenburg mit gut 200 Unternehmen. Kein anderer Standort hat eine dichtere Games-Infrastruktur, einschließlich entsprechender Hochschulen. Aber auch Frankfurt am Main, Hamburg, Leipzig, Köln und München haben ausgeprägte Kreativcluster. Ein eng verzahntes Angebot aus Beratung, Netzwerken und Förderung bietet hier ein ideales Umfeld, dazu gehören auch leistungsfähige IT-Infrastrukturen. ■

 DIAGRAMM

Stetes Wachstum: Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft

Branche mit Potenzial

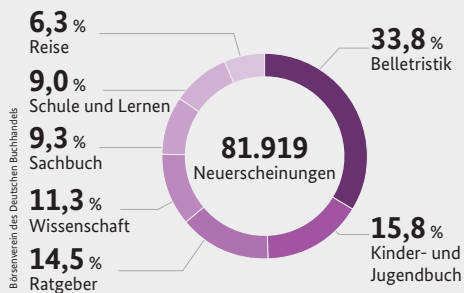
Die Kultur- und Kreativwirtschaft verbindet traditionelle Wirtschaftsbereiche, neue Technologien und moderne Informations- und Kommunikationsformen. In Deutschland umfasst sie zwölf Teilbereiche: Musikwirtschaft, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunk, Darstellende Kunst, Architektur, Design, Pressemarkt, Werbemarkt, Software/Games, Sonstige.





Berlin gilt, auch für internationale Jungunternehmer, als die Start-up-Metropole

Facettenreicher Buchmarkt: Viele Neuerscheinungen



Guter Mittelplatz: die Bruttowertschöpfung im Branchenvergleich in Mrd. Euro



THEMA

KULTURELLER DIALOG

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ist neben der klassischen Diplomatie und der Außenwirtschaftspolitik die dritte Säule der deutschen Außenpolitik. Zu ihren wichtigsten Zielen gehört, mit dem Austausch und der Zusammenarbeit in Kultur, Bildung und Wissenschaft eine gute Basis für die Beziehung zu anderen Ländern zu legen und den Dialog zwischen Menschen zu ermöglichen. Die Auswärtige Kulturpolitik eröffnet so Wege zu einem gegenseitigen Verstehen – eine wichtige Grundlage für eine Politik, die sich für den friedlichen Ausgleich engagiert.

Weitere Aufgaben der AKBP sind die Förderung der deutschen Sprache in der Welt,

Deutschland als Land einer erfolgreichen und vielfältigen Kulturszene bekannt zu machen und im Ausland ein zeitgemäßes Deutschlandbild zu vermitteln. Zu den konkreten Initiativen gehören die Förderung verschiedener Kulturprogramme wie Ausstellungen, Gastspiele deutscher Theater, Literatur- oder Filmförderung, aber auch Projekte im Dialog mit der islamischen Welt oder „kulturweit“, ein Angebot, mit dem junge Menschen aus Deutschland einen Freiwilligendienst im Ausland absolvieren können.

Ein umfassender Kulturbegriff ist die Basis der Programme und Projekte

Nur zu einem kleineren Teil setzt das Auswärtige Amt seine Kulturpolitik selbst um. Mit den Aufgaben betraut es vor allem privatrechtlich organisierte Mittlerorganisationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten wie das Goethe-Institut, das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), die Deutsche UNESCO-Kommission oder die Alexander von Humboldt-Stiftung (zur Auswärtigen Bildungspolitik siehe Kapitel Bildung & Wissen).

Die Arbeit der Kulturmittler wird durch Zielvereinbarungen definiert, in der Programm- und Projektgestaltung sind sie jedoch weitgehend frei. Das Goethe-Institut ist mit 159 Instituten in 98 Ländern präsent. Es fördert die

 LISTE

- Größtes Kunstmuseum:
Hamburger Kunsthalle
- Größtes Orchester:
Gewandhausorchester Leipzig
- Größtes Kino:
Cinemaxx in Essen
- Größte Theaterbühne:
Friedrichstadtpalast (Berlin)
- Größtes Festspielhaus:
Baden-Baden



Alte Handschriften aus der Oasenstadt Timbuktu (Mali) werden mit Mitteln des Auswärtigen Amts konserviert und erforscht

Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Das ifa widmet sich vor allem dem Kulturdialog mit Ausstellungen und Konferenzen. Trends im Kulturdialog sind digitale Kultur- und Vermittlungsangebote und die neuen Möglichkeiten interaktiver Partizipation. In allen Projekten legt die Auswärtige Kulturpolitik seit den 1970er-Jahren Wert auf einen umfassenden, nichtelitären Kulturbegriff, der „Kultur“ nicht auf „Kunst“ verengt.

Doch es geht nicht nur um deutsche Kultur. Das Kulturerhalt-Programm unterstützt die Bewahrung bedeutender historischer Kulturgüter im Ausland. So förderte das Auswärtige Amt von 1981 bis 2015 mehr als 2.700 Projekte in 144 Ländern, darunter den Erhalt der Handschriften von Timbuktu in Mali, das Erstellen digitaler Kulturgüterregister für Syrien, die Digitalisierung traditioneller Musik in Kamerun oder die Sicherung der Großen Halle von Karakorum in der Mongolei. ■

THEMA

WELTOFFENE POSITIONEN

In der auf Pluralismus basierenden Gesellschaft Deutschlands kann es den einen alle anderen dominierenden kulturellen Trend ebenso wenig geben wie die eine alle übrigen in den Schatten stellende Metropole. Verstärkt durch die föderale Struktur gibt es in Deutschland eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, existieren unterschiedlichste, mitunter gegensätzliche und miteinander konkurrierende Strömungen in Theater, Film, Musik, Bildender Kunst und Literatur.

Einen deutlichen Trend gibt es im Theater: Die Zahl der Uraufführungen zeitgenössischer Autoren ist steil gestiegen. Sie zeigen die Bandbreite der gegenwärtigen Darstellungsformen, in denen sich traditionelles Sprechtheater mit Pantomime, Tanz, Video, Laiendarstellung und Musik häufig zu einem performanceähnlichen, postdramatischen Bühnengeschehen verdichtet. Die Vielfalt, wie sie jährlich das im Mai stattfindende Berliner Theatertreffen zeigt, ist vielstimmige Antwort auf die Fragestellungen einer komplexen Wirklichkeit.

Neben diesem von einer gesellschaftlichen Mitte getragenen kulturellen Mainstream entsteht etwas Neues, das zunehmend aus den randständigen Milieus in die freie, aber auch in die etablierte Theaterkultur vordringt und sie befruchtet. „Postmigrantisch“ ist das Schlagwort für dieses Phänomen, das Deutschland als Einwanderungsgesellschaft

spiegelt und in vielen Städten, vor allem aber in Berlin sichtbar ist. Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund leben in zweiter, dritter Generation im Land, sie erzählen über sich und das Leben ihrer Eltern und Großeltern andere Geschichten als die seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Bürger. Sie sind, ob in Deutschland geboren oder nicht, in der Regel durch keine konkrete Migrationsgeschichte geprägt, aber durch die Erfahrung kultureller Hybridität. Dieses Leben in unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen bringt neue Formen der künstlerischen Auseinandersetzung mit der Gesellschaft hervor und bildet die aktuellen Konfliktlinien, die Aushandlung von Rechten, von Zugehörigkeit, von Teilhabe ab. Es entstehen neue Nar-

 INFO

Adelbert-von-Chamisso-Preis Dieser Literaturpreis wird seit 1985 von der Robert-Bosch-Stiftung verliehen. Ausgezeichnet werden deutschsprachige, bereits veröffentlichte Werke von Autoren nichtdeutscher Muttersprache. Die Preisträger 2015 waren Sherko Fatah, ein deutscher Schriftsteller mit irakischen Wurzeln (für sein Gesamtwerk), die in Baku/Aserbaidschan geborene Autorin Olga Grjasnova („Die juristische Unschärfe einer Ehe“) und Martin Kordic („Wie ich mir das Glück vorstelle“), dessen Vater aus Kroatien stammt.
→ bosch-stiftung.de



Ein großer Erfolg war Yael Ronens Inszenierung von „Common Ground“ am Maxim Gorki Theater in Berlin

orative, die ein neues Selbstbild der Gesellschaft befördern und die kulturelle Wahrnehmung Deutschlands im Ausland prägen.

Als ein Leuchtturm dieser die Transkulturalität feiernden Kunstproduktion gilt Shermin Langhoffs „Postmigrantisches Theater“ im Berliner Maxim Gorki Theater. Ihre Inszenierungen erreichen über das traditionelle Theaterpublikum hinaus eine neue, überwiegend

junge Klientel, sie spiegeln einen unübersichtlichen Prozess wider, der sich ständig weiter entfaltet und ausdifferenziert. Mit dem Stück „Common Ground“, das sich mit dem Balkan-Krieg auseinandersetzt, inszeniert von der israelischen Regisseurin Yael Ronen, wurde das Gorki Theater 2015 zum Berliner Theatertreffen eingeladen. Dabei vollzieht das Theater nach, was in der Pop-Musik und der Literatur schon länger eingesetzt hat. ►

- Auch hier spiegeln Künstler-Biografien die gesellschaftliche Vielfalt, zeigen spannungsreiche Fusionen unterschiedlichster Stilrichtungen neue Perspektiven. Im Pop werden unterschiedlichste internationale Musikstile (Balkan-Beat, afroamerikanischer Sound, türkischer Rock, amerikanischer Hip Hop) mit Einflüssen oder Elektronik-Phänomenen kombiniert, die als „typisch deutsch“ gelten. Wie in anderen Ländern übernimmt Rap eine Identifikationsrolle für Jugendliche aus Migrantenfamilien.

In der Gegenwartsliteratur spielen postmigrantische Themen eine zentrale Rolle

Wichtige Autorinnen und Autoren mit Migrationshintergrund wie Navid Kermani, der 2015 einen der renommiertesten Kulturpreise Deutschlands, den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, erhalten hat, aber auch

Katja Petrowskaya, Sherko Fatah, Nino Haratischwili, Saša Stanišić, Feridun Zaimoglu oder Alina Bronsky, um nur einige wenige zu nennen, zählen seit vielen Jahren zu den erfolgreichsten deutschsprachigen Autoren. Ihre Bücher, die unter anderem den iranischen, russischen, türkischen Erfahrungshintergrund reflektieren, werden von vielen gelesen und ihre Literatur trägt ihre jeweils eigenen Themen und die Migrationserfahrung in die Gesellschaft hinein.

Ähnliches gilt für die Filme der Regisseure Fatih Akin oder Bora Dagtekin, die spielerisch die Milieus und Klischees aufeinanderprallen lassen. Das Bild von Deutschland, das dabei entsteht und auf den verschiedensten Ebenen reflektiert wird, ist bisweilen chaotisch und widersprüchlich. Die Gesellschaft muss diese Ambivalenzen und Spannungen ertragen lernen, die Künste spiegeln dies und bieten



Der deutsch-iranische Schriftsteller Navid Kermani hat 2015 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten



Wichtige Kulturpreise in Deutschland



1 Goldener Bär

Die Internationalen Filmfestspiele Berlin (Berlinale) gelten neben Venedig und Cannes als maßgebliches Kinofestival. Verliehen werden ein Goldener Bär und mehrere Silberne Bären.

2 Preis der Leipziger Buchmesse

Der Preis der Leipziger Buchmesse ehrt deutschsprachige Neuerscheinungen.

3 Deutscher Filmpreis

Mit fast drei Millionen Euro Preisgeld ist der Deutsche Filmpreis der höchstdotierte deutsche Kulturpreis.

4 Deutscher Buchpreis

Eine Jury wählt den besten deutschsprachigen Roman des Jahres aus.

5 Georg-Büchner-Preis

Der Georg-Büchner-Preis ist der wichtigste Literaturpreis im deutschen Sprachraum.

Spielflächen für das friedliche Ausagieren der Konflikte. Das postmigrantisches Deutschland ist nicht unbedingt kuschelig, aber spannend und dynamisch.

Weltoffen und international ist auch die Bildende Kunst in Deutschland. Das zeigt schon die Statistik der Studienanfänger an deutschen Kunsthochschulen: 2013 übertraf die Zahl der ausländischen Studierenden, die sich für das erste Semester eingeschrieben hatten,

zum ersten Mal die der deutschen Studienanfänger. Berlin mit seinen rund 500 Galerien und seinen vielen Freiräumen für künstlerische Positionen gilt heute geradezu als Metropole der jungen, zeitgenössischen Kunst und eine der weltweit größten Produktionsstätten von Gegenwartskunst. Dies offenbart auch jedes zweite Jahr die Biennale in Venedig: Eine Vielzahl der hier ausgestellten internationalen Künstler geben Berlin als ihren Wohnort an. ■

THEMA

RASANTER MEDIENWANDEL

Die Presse- und Meinungsfreiheit ist in Deutschland auf hohem Niveau gewährleistet und ein verfassungsmäßig geschütztes Gut. In Artikel 5 des Grundgesetzes heißt es: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. (...) Eine Zensur findet nicht statt.“ Der „Press Freedom Index“ der Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ platziert Deutschland im Jahr 2015 auf Rang 12 von 180 Ländern. Die Vielfalt der Meinungen ist gegeben, der Pluralismus der Information vorhanden. Die Presse befindet sich nicht in der Hand von Regierungen oder Parteien, sondern wird von privatwirtschaftlich geführten Medienunternehmen verantwortet. Der nach britischem Vorbild organisierte öffentlich-rechtliche Rundfunk (ARD, ZDF, Deutschlandfunk) als gebührenfinanzierte Körperschaften bzw. Anstalten des öffentlichen Rechts, sind die zwei-

te Säule der auf dem dualen Prinzip von privat und öffentlich basierenden Medienlandschaft, die im Kern unverändert seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 besteht. Der monatliche Rundfunkbeitrag beträgt seit 2015 17,50 Euro. Daneben ist seit den 1980er-Jahren eine Vielzahl privater Rundfunk- und Fernsehsender am Markt. 2014 konnten durchschnittlich 78 TV-Sender pro Haushalt empfangen werden; insgesamt gibt es, einschließlich etlicher Pay-TV-Angebote, fast 400 Programme. Die wichtigsten TV-Nachrichtensendungen sind „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ in der ARD, „heute“ und „heute journal“ im ZDF sowie „RTL aktuell“. Allein in Berlin, das zu den zehn Top-Medienstädten weltweit gehört, arbeiten 900 akkreditierte Parlamentskorrespondenten und 400 Auslandskorrespondenten aus 60 Staaten.

Zur vielstimmigen Medienlandschaft zählen 329 in ihrer Mehrzahl regional verbreitete ►

WEGMARKEN

1945

Nach der Nazi-Herrschaft erscheinen in Deutschland zunächst nur sogenannte Lizenzzeitungen. In der amerikanischen Besatzungszone wird die erste Lizenz am 1. August 1945 an die „Frankfurter Rundschau“ vergeben.

1950

Die sechs westdeutschen Rundfunkanstalten schließen in Bremen eine Vereinbarung über die „Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“.

1984

In Ludwigshafen am Rhein nimmt die „Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk“, abgekürzt PKS, den Sendebetrieb auf. Es ist die Geburtsstunde des Privatfernsehens in Deutschland.



Die sozialen Medien verändern das Mediensystem, das Kommunikationsverhalten und die Öffentlichkeit fundamental

1995

Als erste deutsche Tageszeitung geht die linksliberale „taz“ sechs Jahre nach der Geburt des World Wide Web online. Nach ihrem „Go-live“ entwickelt sich die Community der „digitaz“ sprunghaft nach oben.

1997

Rund 4,1 Millionen Bundesbürger über 14 Jahre nutzen die neuen Online-Zugänge zumindest gelegentlich. Im Jahr 2014 sind dies rund 55,6 Millionen, das entspricht 79,1 Prozent der über 14-Jährigen in Deutschland.

2014

Rund 28 Millionen Menschen in Deutschland nutzen Facebook. Eine Allensbach-Studie spricht von 1 Million Deutschen, die Twitter häufig nutzen. Spitzenreiter bei den sozialen Medien ist WhatsApp mit 35 Millionen Nutzern.



Deutschlands größter Newsroom: die Zentralredaktion der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Berlin

► Tageszeitungen, 20 Wochenzeitungen sowie 1.590 Publikumszeitschriften (2014). Deutschland ist nach China, Indien, Japan und den USA der fünftgrößte Zeitungsmarkt weltweit. Pro Erscheinungstag werden 17,54 Millionen Tageszeitungen und fünf Millionen Wochen- und Sonntagszeitungen verkauft (2014). Die führenden Blätter, die überregionalen Tageszeitungen „Süddeutsche Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Welt“, „Die Zeit“,

„taz“ und „Handelsblatt“, zeichnen sich durch investigative Recherche, Analyse, Hintergrund und umfassende Kommentierung aus. Das Nachrichtenmagazin „Spiegel“, „Spiegel Online“ und das Boulevardblatt „Bild“ gelten als die meistzitierten Medien.

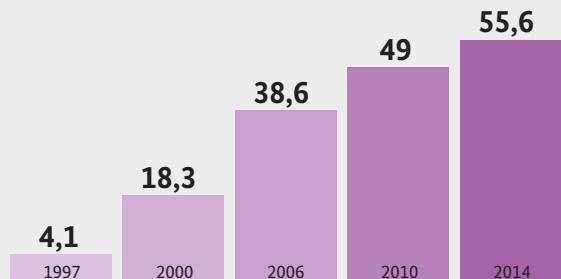
Zugleich befindet sich die Branche in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Die Tageszeitungen büßen seit 15 Jahren regelmäßig

DIAGRAMM

Digitaler Alltag

Die mobile Internetnutzung und die Verwendung mobiler Endgeräte steigen in Deutschland deutlich an. Mit der zunehmenden mobilen Datennutzung wachsen die technologischen Anforderungen an die Netzinfrastruktur. Studien zeigen auch: Die Zahl der Internetnutzer steigt seit geraumer Zeit nur noch geringfügig.

Rasante Entwicklung: Internetnutzer in Deutschland in Millionen



durchschnittlich 1,5 bis 2 Prozent ihrer bezahlten gedruckten Auflage ein. Sie erreichen immer seltener jüngere Leserschichten und befinden sich bei weiterhin rückläufigen Auflagen und Anzeigenumsätzen in schwerem Fahrwasser. Über 100 Zeitungen haben als Antwort auf die Umsonst-Kultur im Netz inzwischen Bezahlschranken eingeführt.

Die Digitalisierung der Medienwelt, das Internet, die dynamische Zunahme mobiler Endgeräte und der Siegeszug der sozialen Medien haben das Mediennutzungsverhalten signifikant verändert. 55,6 Millionen Deutsche über 14 Jahre (79 Prozent) sind heute online. Jeder Internetnutzer war 2014 an 5,9 Tagen wöchentlich im Netz und verbrachte täglich rund 166 Minuten online (gerechnet auf die Gesamtbevölkerung: 111 Minuten); jeder Zweite surft inzwischen mobil. Zudem ist gut die Hälfte aller Internetnutzer Mitglied einer privaten Community. Die digitale Revolution hat einen neuen Begriff von Öffentlichkeit hervorgebracht; die sozialen Medien und die Bloggosphäre sind der Spiegel einer offenen und dialogischen Gesellschaft, in der jeder

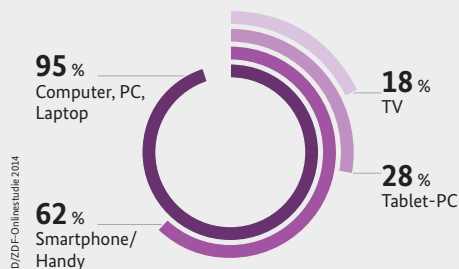


Deutsche Welle Die Deutsche Welle (DW) ist der staatliche Auslandsrundfunk Deutschlands und Mitglied der ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland). Die DW sendet in 30 Sprachen, sie bietet Fernsehen (DW-TV), Radio und Internet sowie internationale Medienentwicklung im Rahmen der DW Akademie. 2015 hat der Auslandssender mit einem 24-Stunden-Programm in englischer Sprache gestartet.
→ dw.de

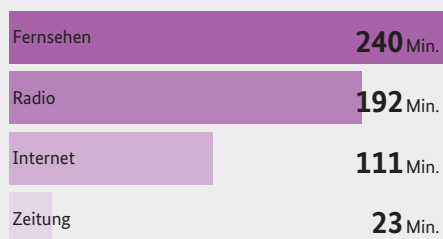


meinungsbildend am Diskurs teilnehmen kann. Ob die interaktiven Versammlungsorte im Netz zugleich das Fundament für einen zukunftsfähigen digitalen Journalismus bilden, bleibt abzuwarten. In Deutschland wird zum Beispiel die Entwicklung des 2014 als Crowdfunding-Projekt gestarteten Online-Magazins „Krautreporter“ mit Spannung verfolgt. ■

Vielfältiger Zugang: So gehen die Deutschen ins Internet



Tägliche Mediennutzung



PANORAMA

SPANNENDE WELTERBESTÄTTEN

17 Kölner Dom

Das Meisterwerk der Gotik schufen mehrere Generationen – von 1248 bis 1880.

21 Wartburg

Reformator Martin Luther übersetzte im Schutz ihrer Mauern das Neue Testament.

25 Zeche Zollverein

Der 1986 stillgelegte Industriekomplex in Essen repräsentiert die Entwicklung der Schwerindustrie in Europa.

18 Bauhaus

Die Bauhausstätten in Dessau und Weimar stehen für die berühmte Designschule des frühen 20. Jahrhunderts.



157 m

Höhe Kölner Dom



1 km²

Fläche Zeche Zollverein



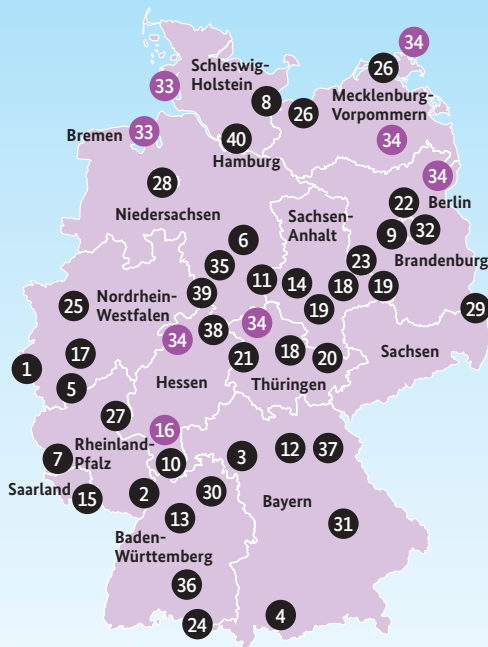
44 km²

Fläche Buchenwälder



3.000.000

Museumsinsel-
Besucher



- UNESCO-Weltkulturerbestätte
- UNESCO-Weltnaturerbestätte

- 1 Aachener Dom
- 2 Speyerer Dom
- 3 Würzburger Residenz und Hofgarten
- 4 Wallfahrtskirche „Die Wies“
- 5 Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl
- 6 Dom und Michaeliskirche in Hildesheim
- 7 Römische Baudenkmäler, Dom und Liebfrauenkirche von Trier
- 8 Hansestadt Lübeck
- 9 Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin
- 10 Kloster Lorsch
- 11 Bergwerk Rammelsberg, Altstadt von Goslar und Oberharzer Wasserwirtschaft
- 12 Altstadt von Bamberg
- 13 Klosteranlage Maulbronn
- 14 Stiftskirche, Schloss und Altstadt von Quedlinburg
- 15 Völklinger Hütte
- 16 Grube Messel
- 17 Kölner Dom
- 18 Das Bauhaus und seine Stätten in Weimar und Dessau
- 19 Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg
- 20 Klassisches Weimar
- 21 Wartburg
- 22 Museumsinsel Berlin
- 23 Gartenreich Dessau-Wörlitz
- 24 Klosterinsel Reichenau
- 25 Industriekomplex Zeche Zollverein in Essen
- 26 Altstädte von Stralsund und Wismar
- 27 Oberes Mittelrheintal
- 28 Rathaus und Roland in Bremen
- 29 Muskauer Park
- 30 Grenzen des Römischen Reiches: Obergermanisch-raetischer Limes
- 31 Altstadt von Regensburg mit Stadtamhof
- 32 Siedlungen der Berliner Moderne
- 33 Wattenmeer
- 34 Alte Buchenwälder Deutschlands
- 35 Fagus-Werk in Alfeld
- 36 Prähistorische Pfahlbauten, Alpen
- 37 Markgräfliches Opernhaus Bayreuth
- 38 Bergpark Wilhelmshöhe
- 39 Karolingisches Westwerk und Civitas Corvey
- 40 Hamburger Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus

20 Limes

Das Kastell Saalburg des römischen Grenzwalls in Hessen wurde rekonstruiert.

34 Buchenwälder

Fünf Buchenwaldgebiete in Deutschland zählen zum Welterbe der UNESCO.



2.000

Fachwerkbauten
Quedlinburg



550 km

Länge Limes



10.000

Tier- und Pflanzenarten
im Wattenmeer



1.031

Unesco-Welterbestätten
weltweit

THEMA

ATTRAKTIVE SPRACHE

Deutsch gehört zu den rund 15 germanischen Sprachen, einem Zweig der indogermanischen Sprachfamilie. Knapp 130 Millionen Menschen in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Liechtenstein und Südtirol (Italien) sprechen Deutsch als Muttersprache oder als regelmäßig benutzte Zweitsprache. Es ist damit die am häufigsten gesprochene Muttersprache in der Europäischen Union und eine der zehn am meisten gesprochenen Sprachen. Die 2015 veröffentlichte Studie „Deutsch als Fremdsprache weltweit“ spricht von 15,4 Millionen Menschen, die aktuell Deutsch als Fremdsprache lernen. Wie viele Menschen weltweit Deutsch als Fremdsprache tatsächlich sprechen, kann mit etwa 100 Millionen nur grob beziffert werden.

Ein Grund für die gemessen an der Sprecherzahl überproportionale Bedeutung des Deut-

schen liegt in der starken Ökonomie begründet, die der Sprache eine hohe Attraktivität verleiht. Sie bildet die Basis einer aktiven Sprachverbreitungspolitik, die Sprachlehr-einrichtungen im In- und Ausland unterstützt, Stipendien bereitstellt oder Studienangebote für international mobil Studierende anbietet. Dies zeigt das deutlich steigende Interesse an Deutsch speziell in den neuen Gestaltungsmächten China, Indien und Brasilien sowie allgemein die Zuwächse aus dem asiatischen Raum, in dem sich die Nachfrage seit 2010 teilweise vervierfacht hat.

Wichtige Institutionen des Deutschlernens sind die 140 Deutschen Auslandsschulen sowie die fast 2.000 Schulen mit verstärktem Deutschunterricht, die in die Partnerschulinitiative des Auswärtigen Amts „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) einbezogen sind. An den Sprachkursen des Goethe-Instituts, das in mehr als 90 Ländern Deutsch als Fremdsprache und Sprachprüfungen anbietet, nahmen im Jahr 2014 rund 228.000 Menschen teil. An Universitäten in 108 Ländern lernen rund 1,3 Millionen Menschen die deutsche Sprache.

ZAHL

16

größere Dialektverbände gibt es in Deutschland, dazu gehören beispielsweise Bairisch, Alemannisch, Westfälisch, Brandenburgisch und Nordniederdeutsch. Die regionalen Unterschiede in der gesprochenen Sprache sind ziemlich groß; allgemein verlieren Dialekte jedoch an Bedeutung.

Die Relevanz der deutschen Sprache als internationale Wissenschaftssprache ist tendenziell nachlassend. In den Naturwissenschaften wird der globale Publikationsanteil von Deutsch von bibliografischen Datenbanken mit einem Prozent ausgewiesen. Über eine



Die deutsche Sprache ist die am häufigsten gesprochene Muttersprache in der Europäischen Union

größere und traditionelle Bedeutung als Wissenschaftssprache verfügt Deutsch in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Nicht-deutschsprachige Wissenschaftler publizieren allerdings nur noch ausnahmsweise auf Deutsch. Dagegen veröffentlichten deutschsprachige Forscher intensiv auf Englisch, besonders in den Naturwissenschaften. Im Internet hingegen spielt die deutsche Sprache eine wichtige Rolle. Bei den meiste-

nutzten Sprachen im Netz nach Anteil der Websites liegt Deutsch 2015 mit großem Abstand zu Englisch, aber nur knapp hinter Russisch auf Rang drei.

Die Globalisierung übt Druck auf alle internationalen Sprachen aus, und Englisch als Weltsprache wird dadurch deutlich gestärkt. Dennoch wird Deutsch weiterhin eine wichtige internationale Sprache bleiben. ■

LEBENSART

Land der Vielfalt • Urbane Lebensqualität • Nachhaltiger Tourismus •
Sportliche Herausforderungen • Sehenswertes Berlin • Entspanntes Genießen

EINBLICK

LAND DER VIelfALT

Naturliebe und Stadtbegeisterung, gesunde Ernährung und Gourmet-Restaurants, Traditionsbewusstsein und Weltoffenheit – Deutschland ist mit 357.000 Quadratkilometern nach Frankreich, Spanien und Schweden das viertgrößte Land der Europäischen Union (EU). Von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen im Süden gliedert sich Deutschland geografisch abwechslungsreich in das Norddeutsche Tiefland, die Mittelgebirgsschwelle, das Südwestdeutsche Mittelgebirgsstufenland, das Süddeutsche Alpenvorland und die Bayerischen Alpen. Von Norden nach Süden beträgt die längste Distanz 876 Kilometer, von Ost nach West 640 Kilometer.

Deutschland gehört zu den Ländern mit dem höchsten Lebensstandard der Welt. Der Human Development Index (HDI) 2014 der Vereinten Nationen platziert Deutschland auf Platz 6 von 187 Ländern. Mit 81,2 Millionen

Einwohnern ist Deutschland das bevölkerungsreichste Land der EU und eines der am dichtesten besiedelten Länder; über 70 Prozent der Einwohner leben in dicht und mittelstark besiedelten Gebieten. Rund 30 Prozent der Bevölkerung haben ihr Domizil in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern, von denen es in Deutschland 76 gibt; in München sind 4.460 Menschen auf einem Quadratkilometer zu Hause, in Berlin 3.780. Experten sehen in der Renaissance der Städte eine anhaltende Entwicklung für Wachstum und Innovation und prognostizieren für 2030 stark steigende Einwohnerzahlen für Großstädte – mit erheblichen Folgen für den Wohnungsmarkt, die innerstädtische Mobilität und die Infrastruktur. Speziell die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen zeigt eine hohe Bereitschaft, in die Städte zu ziehen. Mit der Urbanisierung liegt Deutschland im globalen Trend. Auch für Touristen haben die Städte ►

VIDEO  AR-APP



Lebenswertes Deutschland: das Video
zum Thema → tued.net/de/vid8



Sylt, die viertgrößte deutsche Insel, bietet entlang der Nordseeküste kilometerlange Sandstrände

- große Anziehungskraft – gerade Berlin entwickelt einen speziellen Magnetismus und erzielt immer neue Besucherrekorde. Im europäischen Vergleich liegt die 3,4-Millionen-Metropole bei den absoluten Übernachtungszahlen auf Platz drei nach London und Paris.

Der Sehnsucht nach Stadtleben steht zugleich aber ein Bedürfnis nach Regionalität gegenüber – vor allem bei der Ernährung. Die ökologische Lebensmittelwirtschaft hat einen festen Platz in der deutschen Agrarwirtschaft und setzt mit Bioprodukten jährlich 7,6 Milliarden Euro um. 23.500 Biohöfe, acht Prozent der Landwirtschaftsbetriebe, bewirtschaften 6,3 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. Die Bioprodukte werden gestützt von Zertifizierungen – rund 70.400 Produkte tragen das deutsche staatliche Biosiegel –, einem starken Verbraucherschutz und einer umfassenden Kennzeichnungspflicht. 2014 gab es in der deutschsprachigen Bevölkerung 7,75 Millionen Personen, die

sich als Vegetarier bezeichnen; 900.000 leben nach eigener Aussage vegan. Trotzdem kommt der Genuss nicht zu kurz. Dafür stehen die 282 Restaurants in Deutschland, die im Guide Michelin 2015 einen oder mehrere Sterne tragen – ihre Zahl ist seit 2010 um 25 Prozent gestiegen. ■

→ NETZ

Destatis

Daten, Fakten und Studien der amtlichen Statistik, erstellt vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden

→ [destatis.de](https://www.destatis.de)

OECD

Vergleich der materiellen Lebensbedingungen und der Lebensqualität in 34 Staaten, auf Basis des Better Life Index der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

→ [oecdbetterlifeindex.org](https://www.oecdbetterlifeindex.org)



Frankfurt am Main, die Stadt der Europäischen Zentralbank (EZB), bietet als einzige deutsche Metropole eine Skyline

AKTEURE & INSTRUMENTE

Deutsche Zentrale für Tourismus

Seit über 60 Jahren wirbt die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) im Auftrag der Bundesregierung für das Reiseland Deutschland im Ausland. 2016 stellt die DZT das Themenjahr „Faszination Natururlaub in Deutschland – Natur und Nationalparke“ in den Mittelpunkt.

→ germany.travel

Deutscher Olympischer Sportbund

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) ist die Dachorganisation des deutschen Sports. Der DOSB zählt mehr als 28 Millionen Mitglieder in rund 91.000 Sportvereinen.

→ dosb.de

Deutscher Fußball-Bund

Mit 6,85 Millionen Mitgliedern ist der Deutsche Fußball-Bund (DFB) der größte nationale Sport-Fachverband der Welt – und der einzige Fußballverband, bei dem sowohl die Frauen als auch die Männer Weltmeister wurden.

→ dfb.de

Internationale Sportförderung

Seit 1961 ist die Internationale Sportförderung des Auswärtigen Amtes Teil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. In über 100 Entwicklungsländern wurden bisher 1.400 Kurz- und Langzeitprojekte umgesetzt. Gefördert wird vor allem der Frauen-, Behinderten- und Jugendsport, um zur Integration beizutragen.

→ sport.diplo.de



Deutsches Weininstitut

Das Deutsche Weininstitut (DWI) ist die Kommunikations- und Marketingorganisation der deutschen Weinwirtschaft. Kernaufgabe des Instituts ist es, die Qualität und den Absatz des deutschen Weins zu fördern.

→ deutscheweine.de

Gut leben in Deutschland

Die Bundesregierung hat 2015 mit den Menschen in Deutschland einen Dialog über ihr Verständnis von Lebensqualität gestartet. In bundesweiten Veranstaltungen und online tauscht sie sich direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern aus, um sich künftig noch konkreter an dem orientieren zu können, was den Menschen in Deutschland wichtig ist.

→ gut-leben-in-deutschland.de



+ DIGITAL PLUS

Mehr Informationen zu allen Themen des Kapitels – kommentierte Linklisten, Beiträge, Dokumente; dazu weiterführende Informationen zu Begriffen wie Deutsche Küche, Weine aus Deutschland, Bauhausarchitektur, Wellnessurlaub in Deutschland.

→ tued.net/de/dig8

THEMA

URBANE LEBENSQUALITÄT

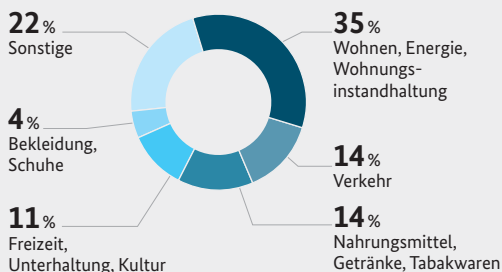
Gute Arbeitsplätze, saubere Umwelt, geringe Kriminalität, viele Freizeit- und Kulturangebote, gute Verkehrsverbindungen: diese Eigenschaften werden deutschen Städten häufig bescheinigt. In einer 2015 veröffentlichten Studie des amerikanischen Beratungsunternehmens Mercer zur Bewertung der Lebensqualität in 230 Großstädten sind sieben deutsche Städte in den Top 30. Mit München (Rang 4), Düsseldorf (6) und Frankfurt a. M. (7) kamen sogar drei Städte unter die besten zehn. Berlin (14), Hamburg (16) und Stuttgart (21) sind ebenfalls auf Spitzenplätzen. In Deutschland gibt es 76 Großstädte (mehr als 100.000 Einwohner) und 600 Mittelstädte zwischen 20.000 und 99.999 Einwohner; 74 Prozent der Menschen leben bereits in Städten.

Die Nachfrage nach urbanem Wohnraum hat zu einem starken Anstieg der Mietpreise bei Neuvermietungen sowie der Immobilienpreise geführt. Deutschland liegt bei der

Wohneigentumsquote in Europa an vorletzter Stelle. Nur 43 Prozent der Haushalte wohnen in den eigenen vier Wänden. Die Mehrheit zahlt Miete. Knapp 20 Prozent der Menschen sehen die Wohnkosten als „starke finanzielle Belastung“. 35 Prozent der Monatseinkünfte entfallen im Durchschnitt auf Ausgaben fürs Wohnen. Die Bundesregierung hat daher eine Mietpreisbremse auf den Weg gebracht, die in Gegenden mit angespanntem Wohnungsmarkt die soziale Vielfalt bewahren soll. Sie sieht vor, dass die Miete bei einem Mieterwechsel nur noch um höchstens zehn Prozent teurer ist als eine vergleichbare Wohnung – doch es gibt Ausnahmen. In Berlin wurden zudem 22 Gebiete unter „Milieuschutz“ gestellt. Alle Rückbaumaßnahmen, also jeder Abriss sowie alle Bau- und Nutzungsänderungen, werden geprüft und benötigen eine Genehmigung, um zu verhindern, dass Sanierung ein Synonym für Gentrifizierung wird. ■

 DIAGRAMM**So wohnen die Deutschen**

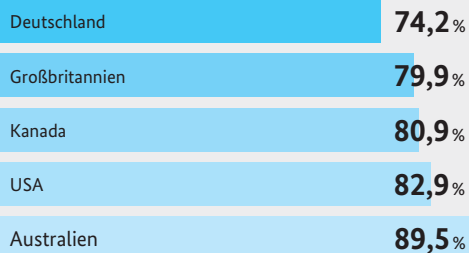
Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnt zur Miete, nicht im eigenen Heim. 64,5 Prozent aller Wohngebäude sind Einfamilienhäuser, nur 5,9 Prozent sind größere Gebäude mit sieben und mehr Wohnungen. 35 Prozent der Wohnungen und Häuser haben 100 m² und mehr Fläche, nur 5,5 Prozent der Wohnungen sind kleiner als 40 m².

Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland



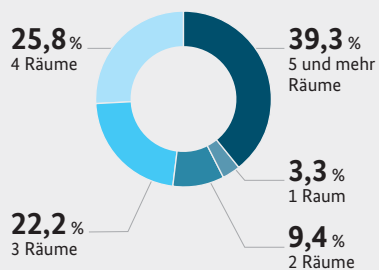
Urbane Lebensqualität ist der Wunsch vieler, daher steigen auch die Mieten in den Städten

Anteil der Stadtbevölkerung



Weitbank, Statist. Ämter des Bundes und der Länder 2013

Wohnungen in Deutschland nach Anzahl der Räume



THEMA

NACHHALTIGER TOURISMUS

Die Deutschen verreisen gern. Auch und gerade im eigenen Land. Immerhin stehen Alpen, Küste, Seenplatte, Naturparks, Flusstäler schon seit Jahren auf Platz eins der Reiseziele. Eine Leidenschaft für die Vielfalt der Landschaften, für die Sightseeing-, Sport- und Erholungsoptionen, die man längst mit einem stetig wachsenden Besucher- und Touristenstrom aus dem Ausland teilt. Seit Jahren gewinnt Deutschland als Tourismusdestination an Beliebtheit.

Die Zahl der Übernachtungen ist im Jahr 2014 auf 424 Millionen gestiegen; 75,6 Millionen (17,8 Prozent) entfielen auf Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland – ein Rekordwert. Schon unmittelbar mit der deut-

schen Wiedervereinigung 1990 hat der positive Trend zum Deutschland-Tourismus eingesetzt und seither zu einem kontinuierlichen Anstieg der Übernachtungszahlen von ausländischen Gästen um rund 88 Prozent (ein Plus von 33,7 Millionen Übernachtungen) geführt. Gut 75 Prozent aller ausländischen Gäste kommen aus Europa, vor allem aus den Niederlanden, der Schweiz, Großbritannien und Italien.

Zugleich wächst die Zahl der asiatischen Besucher, speziell aus China, Indien und den arabischen Golfstaaten doppelt so stark; ihr Marktanteil liegt bei gut elf Prozent. Aus Nord- und Südamerika kommen knapp 10 Prozent der ausländischen Gäste. In Europa belegt Deutschland seit 2010 den zweiten Platz unter den beliebtesten Reisezielen der Europäer – nach Spanien und vor Frankreich. Die saisonale Verteilung zeigt Spitzenwerte von Juni bis Oktober als Hauptreisezeit, die regionale Verteilung Höchstwerte für Bayern, Berlin und Baden-Württemberg. Für jüngere Leute zwischen 15 und 34 Jahren ist Deutschland als Reiseland attraktiv: Sie tragen zur positiven Entwicklung des Tourismus besonders bei.

Erfolgreicher Standort für Messen und Kongresse

Im Jahr 2014 konnte Deutschland zum elften Mal in Folge seine Position als Tagungs- und

 LISTE

- Größter Flughafen: **Frankfurt a. M.**
- Größter Bahnhof: **Leipzig**
- Größter Hafen: **Hamburg**
- Größtes Messegelände: **Hannover**
- Größter Kurort: **Wiesbaden**
- Größtes Volksfest: **Oktoberfest**
- Größter Freizeitpark: **Europa-Park, Rust**



Reizvolles Alpenpanorama: Die vielen ausländischen Touristen, die nach Bayern kommen, schätzen die Idylle

Kongressstandort Nummer eins in Europa behaupten. Im internationalen Ranking der Kongressstandorte belegt Deutschland Platz zwei hinter den USA. Zu Messen nach Deutschland, das als wichtigster Messeplatz weltweit gilt, kommen jährlich 2,7 Millionen Gäste allein aus Europa. Insgesamt kamen 2014 25,6 Millionen internationale Teilnehmer zu Veranstaltungen nach Deutschland. Besonders die „Magic Cities“ Berlin, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg,

Hannover, Köln, Leipzig, München, Nürnberg und Stuttgart sind für ausländische Gäste attraktiv – vor allem Berlin. Rund 28,7 Millionen Übernachtungen und 11,9 Millionen Gäste zählte die Hauptstadt 2014. Bei den absoluten Übernachtungszahlen liegt Berlin in Europa nach London und Paris auf dem dritten Platz.

Zu den touristischen Publikumsmagneten zählen, laut einer Erhebung der Deutschen ►



- Zentrale für Tourismus (DZT) unter internationalen Besuchern, Klassiker wie das Schloss Neuschwanstein und der Kölner Dom. Beliebt sind auch die zahlreichen UNESCO-Welterbestätten, darunter das Schloss Sanssouci in Potsdam oder die Klassikerstadt Weimar. Zudem locken Events wie das Münchner Oktoberfest, das größte Volksfest der Welt mit rund 6,3 Millionen Besuchern. Auch ein Fußballstadion gehört auf die Liste der Touristenmagneten: die Allianz Arena, ein Meisterwerk der Schweizer Architekten Herzog & de Meuron und Spielstätte des FC Bayern München.

Überhaupt die Bewegung. Wie die Kultur trägt auch sie einen großen Teil zur Anziehungskraft bei. Allein das rund 200.000 Kilometer lange markierte Wanderwegenetz bietet extrem gute Bedingungen und herrliche Aussichten, etwa bei Touren durch die Natio-

INFO

Klima In Deutschland herrscht ein warm-gemäßigtes Regenklima mit westlichen Winden vor. Große Temperaturschwankungen sind selten. Niederschläge fallen das ganze Jahr über. Milde Winter (2 °C bis -6 °C) und nicht zu heiße Sommer (18 °C bis 20 °C) sind die Regel. Die Jahresmitteltemperatur 2014 erreichte mit 10,3 °C einen Rekordwert und lag 2,1 Grad über dem vieljährigen Mittelwert von 8,2 °C der internationalen Referenzperiode 1961 bis 1990. 2014 war 0,4 Grad wärmer als die bislang wärmsten Jahre 2000 und 2007.
→ dwd.de

nalparks oder vor dem Alpenpanorama. Dazu kommen mehr als 200 gut ausgebaute Radfernwege über 70.000 Kilometer, wie etwa der Europaradweg Eiserner Vorhang (1.131 Kilometer) oder der 818 Kilometer lange Deutsche Limes-Radweg. Wer preisgünstig übernachten möchte, findet zum Beispiel in einer der 500 Jugendherbergen, davon 130 Familien-Jugendherbergen, oder auf einem der 2.870 Campingplätze ausreichend Gelegenheiten.

Wohlfühlurlaub und umweltfreundliches Reisen

Wellness ist ein großes Thema im Reiseland Deutschland. Dazu gehören so ungewöhnliche Angebote wie die Flusssauna in der Emser Therme, aber auch die zahlreichen Wohlfühl-landschaften der Kurorte und Heilbäder wie Bad Wörishofen oder Bad Oeynhausen mit seiner Gründerzeitarchitektur. Insgesamt gibt es in Deutschland 253 Heilbäder und Kurorte, die ein vom Deutschen Heilbäderverband anerkanntes Prädikat führen. Auch die Qualität der medizinischen Behandlung und Rehabilitation führt zahlreiche Gäste nach Deutschland.

Dabei sorgen die Reisenden immer häufiger nicht nur für das eigene Wohlbefinden, sondern achten auch auf das der Umwelt. In Deutschland wächst die Nachfrage nach Ökotourismus und nachhaltigem Reisen. Biohöfe bieten Urlaubszimmer an, es gibt 104 Naturparks und 15 Biosphärenreservate, in denen nachhaltige Entwicklung und Artenvielfalt großgeschrieben werden. Damit jeder sich im Reiseland Deutschland gut bewegen kann,



Reisen in Deutschland



• Die Top-Reiseziele

Die elf „Magic Cities“ haben einen Marktanteil von rund 43 Prozent an allen Übernachtungen von ausländischen Gästen in Deutschland. Berlin liegt dabei deutlich vor München, Frankfurt a. M. und Hamburg. 55 Prozent der Ausländerübernachtungen finden in Städten mit über 100.000 Einwohnern statt.

✕ Die wichtigsten Airports

Die drei größten Flughäfen in Deutschland sind der Flughafen Frankfurt mit 59,6 Millionen Passagieren, München mit 39,7 Millionen und Düsseldorf mit 21,8 Millionen im Jahr 2014.

★ Die beliebtesten Sehenswürdigkeiten

Nach einer Umfrage der Deutschen Zentrale für Tourismus waren 2014 Schloss Neuschwanstein, der Europa-Park in Rust und der Kölner Dom die drei beliebtesten Reiseziele ausländischer Touristen.

sorgen viele Initiativen dafür, das Reisen uneingeschränkt auch für Menschen mit Handicap barrierefrei zu ermöglichen.

Attraktive touristische Angebote in den neuen Ländern

Die fünf neuen Länder spielen beim Tourismus eine starke Rolle. Für viele Regionen im Osten Deutschlands erwies sich nach der Wiedervereinigung der Tourismus als Chance, wirtschaftlich Fuß zu fassen. Landschaften wie der Spreewald, traditionsreiche Kul-

turstädte wie Dresden oder Weimar und Ostseebäder wie Binz auf Rügen ziehen Touristen aus Deutschland und dem Ausland an. Die Zahl der Übernachtungen in den neuen Ländern hat sich seit 1993 bis heute mehr als verdoppelt. Bei Urlaubsreisen ab fünf Tagen liegt Mecklenburg-Vorpommern im Nordosten mit dem alten Bundesland Bayern im Süden mit knapp über vier Millionen sogar fast gleichauf. Egal wie viel man schon gesehen hat – es gibt immer noch mehr zu entdecken, zu erleben, zu feiern und zu bestaunen im Reiseland Deutschland. ■

THEMA

SPORTLICHE HERAUSFORDERUNGEN

Deutschland ist ein sportbegeistertes Land und eine erfolgreiche Sportnation. Im ewigen Medaillenspiegel der Olympischen Spiele liegt Deutschland mit 1.682 Medaillen (Stand 2014) auf Platz drei hinter den USA und der Russischen Föderation. Rund 28 Millionen Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem der mehr als 91.000 Sportvereine. Die Vereine übernehmen neben den sportlichen Aufgaben wichtige gesellschaftliche und partizipative Funktionen. Vor allem in der Jugendarbeit und der Integration vermitteln sie Werte wie Fairplay, Teamgeist und Toleranz. Aufgrund der steigenden Internationalisierung der Bevölkerung gewinnen die Leistungen der Sportvereine mit Blick auf die Integration von Migrantinnen und Migranten zunehmend an Bedeutung. Rund 60.700 Vereine haben Mitglieder mit Migrationshintergrund in ihren Teams. Insgesamt ist davon auszugehen, dass rund 1,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund Mitglied in

einem Sportverein sind. Trotzdem ist die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund im organisierten Sport noch zu wenig vertreten.

Das Programm „Integration durch Sport“ des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) betrachtet Zuwanderung als Bereicherung für die deutsche Sportlandschaft. Ein Schwerpunkt der künftigen Programmarbeit liegt auf bislang im Sport unterrepräsentierten Gruppen, wie zum Beispiel Mädchen und Frauen. Gemeinsam mit der Bundesliga-Stiftung und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) hat auch die Bundesregierung eine Integrationsinitiative gestartet. Unterstützt werden nachhaltige Projekte zur Integration von Flüchtlingen im Sport. Dazu gehört das von der deutschen Fußball-Nationalmannschaft unterstützte Projekt „1:0 für ein Willkommen“, das rund 600 Fußballvereine, die sich für Flüchtlinge engagieren, finanziell fördert. ►

 WEGMARKEN**1954**

Deutschland wird in der Schweiz zum ersten Mal Fußball-Weltmeister (3:2 im Finale gegen Ungarn). Das „Wunder von Bern“ wird für das Nachkriegsdeutschland zum dauerhaften Symbol.

1972

Die Olympischen Sommerspiele in München werden überschattet von der Geiselnahme und Ermordung israelischer Athleten durch palästinensische Terroristen.

1988

Steffi Graf erreicht als erste Tennisspielerin den sogenannten Golden Slam, den Gewinn aller vier Grand-Slam-Turniere plus der olympischen Goldmedaille innerhalb eines Kalenderjahres.



Der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien: einer der vielen Höhepunkte des deutschen Sports

2004

Der Rennfahrer Michael Schumacher gewinnt seinen siebten Weltmeistertitel (von 2000 bis 2004 fünfmal in Folge) und wird zum erfolgreichsten Piloten der Formel-1-Geschichte.

2006

Die FIFA-Fußballweltmeisterschaft unter dem Motto „Zu Gast bei Freunden“ wird zum unvergesslichen „Sommermärchen“, das Deutschland international viele Sympathien bringt.

2014

Die deutsche Fußballnationalmannschaft wird nach einem starken Turnier in Brasilien erneut Weltmeister (1:0 im Finale gegen Argentinien). Es ist Deutschlands vierter WM-Titel seit 1954.

► **Der DOSB** ist eine Dachorganisation des deutschen Sports und versteht sich als die größte Bürgerbewegung Deutschlands. Er fördert den Spitzen- und den Breitensport. Mehr als 20.000 der 91.000 Sportvereine, die er vertritt, wurden seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 gegründet. Dem DOSB gehört, als einer von 98 Mitgliedsorganisationen, auch der im Jahr 1900 gegründete Deutsche Fußball-Bund an. Mit sieben Millionen Mitgliedern in 25.000 Fußballvereinen hat der DFB aktuell den bisherigen Höchststand in seiner Geschichte erreicht und ist der größte nationale Sportfachverband der Welt.

Der Frauenfußball ist eine der am schnellsten wachsenden Sportarten. Die Frauennationalmannschaft ist mehrfacher Welt- und Europameister. Motiviert von den Erfolgen von Spielerinnen wie Steffi Jones, die 2016 als Trainerin das DFB-Frauenteam übernimmt, sind heute rund 337.300 Mädchen bis 16 Jahre in den Fußballvereinen aktiv.

Die größte Strahlkraft des deutschen Sports geht von der Bundesliga, der höchsten Spielklasse im deutschen Fußball, aus. Sie gilt international als eine der stärksten Ligen. Allein zu den 306 Paarungen der 18 Bundesliga-Teams kamen in der Saison 2014/2015 rund 13,3 Millionen Zuschauer in die Stadien, das entspricht einem Schnitt von 43.530 Zuschauern je Spiel. Das Maß aller Dinge im deutschen Vereinsfußball ist der FC Bayern München. Im Mai 2015 feierte der Club den Gewinn der 25. Deutschen Meisterschaft; außerdem hat der FC Bayern zum 17. Mal den DFB-Pokal gewonnen, 2001 und 2013 zudem die UEFA-Champions-League. Mit mehr als 251.000 Mitgliedern ist er nach Benfica Lissabon weltweit der Verein mit den meisten Mitgliedern.

Die deutsche Fußballnationalmannschaft der Männer, vierfacher Weltmeister und dreifacher Europameister, ist das Flaggschiff des deutschen Fußballs. Seit dem Gewinn der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasi-



Mehr als 70.000 Läufer: Die J.P. Morgan Corporate Challenge in Frankfurt ist der weltweit größte Event seiner Art

lien steht Deutschland mit an der Spitze der FIFA-Weltrangliste. Die Mannschaft von Teamchef Joachim Löw gilt als taktisch flexibel und steht für eine moderne Interpretation des Spiels. Im Kader der Nationalelf sind zahlreiche Spieler mit Migrationshintergrund wie Jérôme Boateng, Sami Khedira oder Mesut Özil.

Sportliche Anerkennung und Erfolge in unterschiedlichen Disziplinen

Neben Fußball sind Turnen, Tennis, Sportschießen, Leichtathletik, Handball und Reiten Sportarten mit hohem Anspruch. Aber auch andere Sportveranstaltungen sind erfolgreich. So der J. P. Morgan Corporate Challenge in Frankfurt am Main. Der Firmen- und Benefizlauf gilt mit über 70.000 Teilnehmern aus mehr als 2.780 Unternehmen als weltgrößte Veranstaltung dieser Art.

Die sportliche Bilanz fällt in vielerlei Hinsicht positiv aus. Nicht wenige Lorbeeren dafür gebühren der Sportförderung. Sie unterstützt rund 3.800 Athletinnen und Athleten aus fast allen olympischen Disziplinen, traditionsreichen nichtolympischen Sportarten sowie dem Behinderten- und Gehörlosen-sport. Die Förderung von Aktiven mit Handicap gehört ebenfalls zu den wichtigen Aufgaben. Und auch hier sind Sportlerinnen und Sportler aus Deutschland bei internationalen Wettbewerben und Paralympischen Spielen mit mittlerweile 1.492 Medaillen (2014) überdurchschnittlich erfolgreich.

„Menschen bewegen – Grenzen überwinden“, unter diesem Motto steht die Internatio-



Anti-Doping-Initiativen Mit Gründung der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) im Jahr 1999 und dem Bekenntnis aller Stakeholder zur Null-Toleranz-Politik gegenüber Doping entstand das Bedürfnis nach einem einheitlichen, weltweit gültigen Regelwerk. Dies wurde mit dem Welt-Anti-Doping-Code (WADC) 2003 zum ersten Mal umgesetzt. Der neueste Welt-Anti-Doping-Code ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten.

→ wada-ama.org



nale Sportförderung des Auswärtigen Amts. Sie ist fester Bestandteil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und hat bislang schon in über 100 Ländern mehr als 1.400 Kurz- und Langzeitprojekte in unterschiedlichen Sportarten umgesetzt. Nur ein Beispiel ist das Sportprojekt „Kicken statt kämpfen – Bolzen für Toleranz“, für das 16 palästinensische Fußballtrainerinnen und -trainer im Bereich Kinder- und Jugendfußball ausgebildet wurden. Durch gewalttätige Konflikte dauerhaft belastete Jugendliche sollten dabei spielerisch lernen, sich mit dem Gedanken des Fairplay auseinanderzusetzen.

Auf diesem und auf vielen anderen Wegen ist der deutsche Sport unterwegs, um auch als Mittel der Krisenprävention und Völkerverständigung, Botschafter für mehr Fairness, Toleranz, Integration, friedlichen Wettkampf und Leistung zu Hochform aufzulaufen. ■



PANORAMA

SEHENSWERTES BERLIN

**Berliner Bezirke**

- A. Mitte
- B. Friedrichshain-Kreuzberg
- C. Pankow
- D. Charlottenburg-Wilmersdorf
- E. Spandau
- F. Steglitz-Zehlendorf
- G. Tempelhof-Schöneberg
- H. Neukölln
- I. Treptow-Köpenick
- J. Marzahn-Hellersdorf
- K. Lichtenberg
- L. Reinickendorf

**1 Gedenknkirche**

Das Wahrzeichen der City West nahe dem Kurfürstendamm ist ein Mahnmal gegen den Krieg.

2 Siegessäule

Nach 285 Stufen erreicht man die Aussichtsplattform und hat einen tollen Blick auf die Stadt.

**3 Reichstag**

Hier hat der Deutsche Bundestag seinen Sitz. Die Glaskuppel ist ein Magnet für Besucher.



3.420.000
Einwohner



11.900.000
Touristen



2.399.000
Besucher Museumsinsel



175
Museen und Sammlungen



5 Brandenburger Tor
Das Symbol des wiedervereinigten Deutschlands kennt jeder Berlin-Tourist.

6 Potsdamer Platz
Hier zeigt sich das moderne Gesicht Berlins. Der Platz entstand nach dem Mauerfall auf einer gigantischen Brache.



6 Gendarmenmarkt
Einer der schönsten Plätze in Europa prunkt mit gleich drei monumentalen Bauten im klassizistischen Stil.



8 Museumsinsel
Die fünf großen Museen gehören zu Europas besten Sammlungen.



7 Checkpoint Charlie
Die Mauer ist weg, aber der einstige militärische Kontrollpunkt erinnert weiter an den Kalten Krieg.

10 East Side Gallery
Der kunstvoll bemalte Mauerrest ist heute die längste Open-Air-Galerie der Welt.



9 Fernsehurm am Alexanderplatz
Weithin sichtbar ist der Berliner Fernsehturm am „Alex“, aus der Turmkugel überblickt man die ganze Region.



505.771
Berlinale-Besucher



4.400.000
Zoo-Besucher



4.650
Restaurants



190
Bars und Diskotheken

THEMA

ENTSPANNTES GENIESSEN

Seit Anfang des Jahrtausends erlebt der deutsche Wein eine internationale Renaissance, die eng mit dem Begriff „Rieslingwunder“ verknüpft ist und weitgehend von einer jungen Winzergeneration verkörpert wird, die vor allem auf hohe Qualität statt große Erträge setzt. Die lange Vegetationszeit und die vergleichsweise geringe Sommerhitze machen die Weine aus Deutschland filigran und nicht zu alkoholreich.

Deutsche Weine wachsen in 13 Anbaugebieten, in denen auf rund 102.000 Hektar eine große Vielfalt regionaltypischer Weine angebaut werden. Im internationalen Vergleich gehört Deutschland mit seiner Rebfläche und rund 80.000 Weingütern eher zu den mittle-

ren Weinanbauländern; 2014 lag die Produktion bei 9,5 Millionen Hektolitern. Der Marktanteil von Biowein liegt zwischen 4 und 5 Prozent. Die deutschen Weinanbaugebiete gehören zu den nördlichsten der Welt. Außer Sachsen und Saale-Unstrut liegen sie vor allem im Südwesten und Süden des Landes. Die drei größten Anbaugebiete sind Rheinhessen, Pfalz und Baden. Nahezu 140 Rebsorten werden angebaut, größere Marktbedeutung haben rund zwei Dutzend, allen voran die Weißweine Riesling und Müller-Thurgau. Deutschland erzeugt zu rund 65 Prozent Weißwein und zu 35 Prozent Rotwein; Spätburgunder und Dornfelder sind hier die wichtigsten Rebsorten.

Deutschland ist auch ein Land des Bieres. Dabei wird deutsches Bier vor allem für seine teils jahrhundertealte Brautradition der vielen kleinen Familien- und Klosterbrauereien geschätzt. Für alle deutschen Biere gilt ohne Ausnahme das absolute Reinheitsgebot, die älteste lebensmittelrechtliche Vorschrift der Welt aus dem Jahr 1516. Sie besagt, dass außer Wasser, Hopfen und Malz keine anderen Zutaten verwendet werden dürfen. 5.000 bis 6.000 Biersorten werden in Deutschland hergestellt, die meisten in der Pilsener Brauart; insgesamt ist der Bierkonsum jedoch rückläufig.

Die Ernährungsgewohnheiten in Deutschland sind nicht eindeutig zu interpretieren. Einerseits entwickeln viele Konsumenten ei-

ZAHL

282

Restaurants in Deutschland, so viele wie niemals zuvor, hat der Guide Michelin im Jahr 2015 in Deutschland mit einem, zwei oder sogar drei Sternen ausgezeichnet. Elf Restaurants wurden in die Topklasse der drei Sterne aufgenommen. Damit behauptet Deutschland seinen Platz als europäisches Land mit den meisten 3-Sterne-Adressen nach der Gourmetnation Frankreich.

→ restaurant.michelin.de



Großstadtflair: In Berlin, aber auch in den anderen deutschen Städten, gibt es eine lebendige Restaurantszene

ne wachsende Sensibilität für den eigenen Körper und auch ein stärkeres Gesundheitsbewusstsein und setzen daher auf ausgewogene Ernährungskonzepte. Megatrends wie die Mobilität oder die Individualisierung der Lebensstile nehmen andererseits einen deutlichen Einfluss auf Ess- und Trinkgewohnheiten.

Die deutsche Gastronomie gilt als dynamisch und vielseitig – und sie zählt zu den

besten in Europa. Neben der Top-Gastronomie, dem Crossover-Stil und einer zunehmend vegetarisch und vegan ausgerichteten Küche erleben alte Gemüsesorten wie Pastinaken, Butterrüben und Topinambur eine Renaissance. Sie sind Säulen des aktuellen Booms des Gesunden, Saisonalen, Regionalen und des Geschmacks von Heimat. Dabei werden die Klassiker von einer jungen Kochszene interpretiert und mit globalen Einflüssen aufgewertet. ■



BILDNACHWEISE

Titel	querbeet/Getty Images; Anita Back/laif	S. 81	Angelika Warmuth/dpa
S. 3	drbimages/Getty Images	S. 83	Oliver Berg/dpa
S. 4	Westend61/Getty Images	S. 85	Krisztian Bocsi/Bloomberg via Getty Images
S. 16	Jesco Denzel/Bundesregierung; Steffen Kugler/ Bundesregierung; Jörg Carstensen/dpa; Bundesverfassungsgericht	S. 89	Uwe Anspach/dpa
S. 18	Steffen Kugler/Bundesregierung	S. 90 – 91	Einhorn Solutions
S. 19	Bundesregierung (19)	S. 95	Wolfgang Stahr/laif; David Fischer/dpa
S. 20	DB Stiftung Weimarer Klassik/dpa; picture-alliance/arkivi; http://www.jsbach.net/bass/elements/bach-hausmann.jpg. Lizenziert unter Gemeinfrei über Wikimedia Commons - https://commons.wikimedia.org	S. 96	Andreas Rentz/Getty Images
S. 21	picture-alliance/akg-images; picture-alliance/akg-images/ Beethovenhaus Bonn; Buddenbrookhaus Lübeck; picture-alliance/akg-images/Erich Lessing; picture-alliance/dpa; picture-alliance/Thomas Muncke	S. 99	impress picture/ullsteinbild
S. 23	picture-alliance/Daniel Kalke; ullstein bild - Boness/IPON	S. 103	Thomas Ernsting/laif
S. 24	Maurizio Gambarini/dpa	S. 107	Thomas Koehler/Photothek via Getty Images
S. 25	Soeren Stache/dpa	S. 109	CEMarin
S. 27	Nikada/Getty Images	S. 110 – 111	Einhorn Solutions
S. 31	RONNY HARTMANN/AFP/Getty Images	S. 113	Thomas Trutschel/Photothek via Getty Images
S. 33	David Baltzer/Zenit/laif	S. 115	Altrendo Images; Thomas Kierok/laif
S. 34 – 35	Einhorn Solutions	S. 116	Gregor Hohenberg/laif
S. 39	Westend 61; Tim Brakemeier/dpa	S. 117	Andrea Enderlein
S. 40	Thomas Trutschel/Photothek via Getty Images	S. 119	Martin Stoever/Bongarts/Getty Images
S. 41	epa/Andrew Gombert	S. 123	Sean Gallup/Getty Images
S. 43	2013 Bundeswehr/Bier	S. 124	Michael Löwa/dpa
S. 44	Mikhail Sokolov/TASS/dpa	S. 127	picture-alliance/Andreas Franke
S. 49	Michael Gottschalk/Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	S. 129	Thomas Lohnes/Getty Images
S. 51	EPA/VALENTIN FLAURAUD	S. 130 – 131	Einhorn Solutions
S. 54 – 55	Einhorn Solutions	S. 133	Boris Roessler/dpa
S. 57	Joerg Boethling	S. 135	HILMER & SÄTTLER und ALBRECHT – Jan Pautzke; Janetzko/Berlinale 2013
S. 59	Ole Spata/dpa; Franz Bischof/laif	S. 136	Arno Burgi/dpa
S. 60	Frank Rumpenhorst/dpa	S. 137	Rainer Jensen/dpa
S. 61	Jan Woitas/dpa	S. 139	Marko Priske/laif
S. 63	Jörg Modrow/laif	S. 141	picture-alliance/abacapress
S. 65	picture-alliance/Geisler-Fotopress	S. 143	picture-alliance/Eventpress Hoensch
S. 67	Alexander Koerner/Getty Images	S. 144	Hannibal Hanschke/dpa
S. 71	Thomas Köhler/Photothek via Getty Images	S. 147	Malte Christians/dpa
S. 73	The New York Times/Redux/laif	S. 148	Tim Brakemeier/dpa
S. 74 – 75	Einhorn Solutions	S. 150 – 151	Einhorn Solutions
S. 77	Ute Grabowsky/Photothek via Getty Images	S. 153	Goethe-Institut/Anastasia Tsayder/dpa
S. 79	Frank Krahmer/Photographer's Choice; Matthias Balk/dpa	S. 155	Sabine Lubenow/Getty Images; Dagmar Schwelle/laif
S. 80	picture-alliance/Keystone	S. 156	Dagmar Schwelle/laif
		S. 157	Daniel Biskup/laif
		S. 159	Thomas Linkel/laif
		S. 161	Christian Kerber/laif
		S. 165	Matthias Hangst/Getty Images
		S. 166	Christoph Schmidt/dpa
		S. 168 – 169	Einhorn Solutions
		S. 171	Georg Knoll/laif

REGISTER

A

Abgeordnete 14–17, 22–23
Alleinerziehende 122–125
Arbeitslose 76–77
Arbeitsmarkt 58–61, 76–77
Atomkraft 78–81, 84–87
Auslandshandelskammer (AHK)
58–61, 62–65
Auslandsschulen 112–113, 152–153
Auslandsvertretungen 58–61
Außenhandel 62–65
Außenpolitik 38–57
Außenwirtschaftspolitik 62–65
Auswanderer 10–11
Auswärtige Kultur- und
Bildungspolitik 108–109, 140–141
Auswärtiges Amt 38–41
Automobilindustrie 66–69

B

Bach, Johann Sebastian
20–21, 134–137
Bachelor 94–97
Baden-Württemberg 6–7
Bayern 6–7
Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien 134–137
Beethoven, Ludwig van
20–21, 134–137
Berlin 6–7, 34–35, 168–169
Berlinale 142–145
Berliner Mauer 36–37
Berufsausbildung 76–77
Beschäftigungsquote 76–77
Bevölkerung 10–11
Bier 170–171
Bildung 94–97
Biodiversität 92–93
Biosphärenreservate 92–93
Blaue Karte EU 118–121
Bologna-Prozess 94–97
Brahms, Johannes 134–137
Brandenburg 6–7
Brandt, Willy 20–21

Bremen 6–7
Bruttoinlandsprodukt (BIP) 66–69
Bundesadler 8–9
Bundesagentur für Arbeit 114–115
Bundesamt für Migration
und Flüchtlinge 114–115
Bundesausbildungsförderungsgesetz
(BAföG) 98–99
Bundesfreiwilligendienst
114–115, 126–127
Bundeskanzler 14–19, 26–27
Bundesliga 164–167
Bundesministerien 18–19
Bundespräsident 16–19, 26–29
Bundesrat 14–17, 26–29
Bundesregierung 16–19, 26–29
Bundestag 14–17, 26–29
Bundesverband der Deutschen
Industrie (BDI) 58–61
Bundesverfassungsgericht 26–29
Bundesversammlung 16–17
Bundeswehr 38–41, 42–45
Bündnis 90/Die Grünen 14–15

C

Chemieindustrie 66–69
Christlich Demokratische Union
(CDU) 14–15
Christlich-Soziale Union (CSU) 14–15
Corporate Social Responsibility
(CSR) 70–71

D

Demografie 10–11
Deutsche Demokratische Republik
(DDR) 36–37
Deutsche Energie-Agentur 78–81
Deutsche Forschungsgemeinschaft
(DFG) 94–97, 102–105, 106–107
Deutsche Gesellschaft für Internatio-
nale Zusammenarbeit (GIZ) 78–81
Deutsche Islam Konferenz
114–115, 132–133

Deutsche Sprache 152–153
Deutsche Welle 146–149
Deutsche Wissenschafts- und Inno-
vationshäuser (DWIH) 108–109
Deutsche Zentrale für Tourismus
(DZT) 154–157
Deutscher Akademischer Austausch-
dienst (DAAD) 94–97, 98–99,
106–107, 108–109, 140–141
Deutscher Buchpreis 142–145
Deutscher Filmpreis 142–145
Deutscher Fußball-Bund (DFB)
154–157, 164–167
Deutscher Industrie- und Handels-
kammertag (DIHK) 58–61
Deutscher Kulturrat 134–137
Deutscher Olympischer Sportbund
(DOSB) 154–157, 164–167
Die Linke 14–15
Dienstleistungswirtschaft 66–69
Dietrich, Marlene 20–21
Digitale Agenda 72–73
Diplomatie 38–41
Direktinvestitionen 62–65
Domain 8–9
Dresden 6–7
Duale Ausbildung 76–77
Dürer, Albrecht 20–21
Düsseldorf 6–7

E

Ehrenamt 126–127
Einwanderer
10–11, 30–31, 114–115, 118–121
Einwohner 114–115
Elektromobilität 88–89
Elektrotechnik- und
Elektronikindustrie 66–69
Elterngeld 122–125
Elternzeit 122–125
Elysée-Vertrag 46–49
Energieeffizienz 84–87
Energiewende 30–31, 78–81, 84–87
Entwicklungszusammenarbeit 56–57



Erfurt 6–7

Erinnerungskultur 36–37

Ernährung 154–157

Erneuerbare Energien 84–87, 88–89

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)
84–87

Europäische Union (EU)

46–49, 58–61, 62–65

Evangelische Kirche 132–133

Export 58–61, 62–65

Exzellenzinitiative 94–97

F

Fachhochschulen 98–99

Fachkräfte 76–77

Familie 122–125

Fernsehen 146–149

Filmhochschulen 98–99

Fläche 12–13

Flagge 8–9

Föderalismus 6–7, 26–29

Forschung 102–105

Forschung und Entwicklung (FuE)
58–61, 66–69, 102–105

Frauenquote 30–31, 76–77

Fraunhofer-Gesellschaft
94–97, 102–105

Freihandelsabkommen 62–65

Friedensmissionen 42–45

Fußball 164–167

G

Gastronomie 170–171

Gauck, Joachim 16–19

Geburtenrate 114–115

Geografie 12–13

Georg-Büchner-Preis 142–145

Germany Trade and Invest (GTAI)
58–61, 62–65

Gesamtschule 112–113

Gesetzgebung 26–29

Gewerkschaften 22–25

Global Player 66–69

Goethe, Johann Wolfgang von

20–21, 134–137

Goethe-Institut (GI)
134–137, 140–141

Greentech 88–89

Grundgesetz 6–9, 28–29

Grundschule 112–113

Grundsicherung 128–129

Gymnasium 112–113

H

Hamburg 6–7

Hannover 6–7

Hauptschule 112–113

Hauptstadt 12–13

Helmholtz-Gemeinschaft
94–97, 102–105, 106–107

Hessen 6–7

Hidden Champions 66–69

Hightech-Strategie

94–97, 102–105

Hochschulen 98–99

Hochschulrektorenkonferenz (HRK)
94–97, 98–99

Humboldt-Stiftung
94–97, 98–99, 108–109

I

Import 62–65

Industrie 4.0 66–69, 72–73

Industrieverbände 22–25, 66–69

Informations- und Kommuni-
kationstechnik (IKT) 72–73

Infrastruktur 58–61, 72–73

Inklusion 122–125

Innovation 58–61

Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)
134–137, 140–141

Integration 118–121

Internet 146–149

Islam 132–133

J

Judentum 132–133

Jugendliche 122–125

K

Katholische Kirche 132–133

Kiel 6–7

Kinder 122–125

Kirchensteuer 132–133

Klima 12–13

Klimaschutz 78–81, 82–83

Kongresse 160–163

Kreativwirtschaft 138–139

Küche 170–171

Kultur 134–137

Kulturerhalt-Programm 140–141

Kulturstiftung des Bundes 134–137

Kunsthochschulen 98–99

L

Länder 6–7

Lebensart 154–157

Lebenserwartung 10–11, 114–115

Lebensqualität 158–159

Lebensstandard 154–157

Leibniz-Gemeinschaft 94–97,
102–105

Leopoldina 94–97

Literatur 142–145

M

Magdeburg 6–7

Mainz 6–7

Mann, Thomas 20–21, 134–137

Maschinen- und Anlagenbau 66–69

Master 94–97

Mauerfall 36–37

Max-Planck-Gesellschaft (MPG)
94–97, 102–105

Mecklenburg-Vorpommern 6–7

Medien 146–149

Menschenrechte 50–53

Merkel, Angela 14 – 19, 22 – 23
Messen 62 – 65, 160 – 163
Migration 114 – 115, 118 – 121
Mindestlohn 30 – 31, 76 – 77
Mittelstand 58 – 61, 66 – 69
München 6 – 7
Musikhochschulen 98 – 99

N

Nachhaltigkeit
56 – 57, 70 – 71, 78 – 81
Nationaler Aktionsplan Integration
114 – 115
Nationalfeiertag 8 – 9
Nationalhymne 8 – 9
Nationalparks 92 – 93
Nationalsozialismus 36 – 37
Neuverschuldung 30 – 31
Niedersachsen 6 – 7
Nordatlantikpakt-Organisation (Nato)
42 – 45
Nordrhein-Westfalen 6 – 7

O

Öffentlich-rechtliche Sender
146 – 149
Oktoberfest 160 – 163
Olympische Spiele 164 – 167
Organisation für Sicherheit und
Zusammenarbeit in Europa
(OSZE) 42 – 45

P

Parlament 14 – 17, 26 – 29
Parteien 14 – 15, 22 – 25, 32 – 33
Partnerschaften 122 – 125
Pasch-Initiative 94 – 97, 152 – 153
Patente 66 – 69
Pluralismus 114 – 115, 142 – 145
Potsdam 6 – 7
Preis der Leipziger Buchmesse
142 – 145

Presse 146 – 149
Pressefreiheit 146 – 149

R

Radfernwege 160 – 163
Realschulen 112 – 113
Reformen 22 – 25
Religion 132 – 133
Religionsfreiheit 132 – 133
Rente 30 – 31
Rhein 12 – 13
Rheinland-Pfalz 6 – 7
Riesling 170 – 171
Röntgen, Wilhelm Conrad 20 – 21
Rundfunk 146 – 149

S

Saarbrücken 6 – 7
Saarland 6 – 7
Sachsen 6 – 7
Sachsen-Anhalt 6 – 7
Schiller, Friedrich von
20 – 21, 134 – 137
Schleswig-Holstein 6 – 7
Schulsystem 112 – 113
Schwerin 6 – 7
Solarstrom 84 – 87
Solidarpakt 22 – 25
Sozialdemokratische Partei
Deutschlands (SPD) 14 – 15
Soziale Marktwirtschaft 58 – 61
Sozialstaat 114 – 115, 132 – 133
Sport 164 – 167
Sportförderung 164 – 167
Staatsbürgerschaftsrecht 118 – 121
Städte
154 – 157, 158 – 159, 160 – 163
Steinmeier, Frank-Walter
14 – 15, 22 – 23, 38 – 41, 108 – 109
Stiftungen
38 – 41, 114 – 115, 126 – 127
Stuttgart 6 – 7

T

Technische Universität 98 – 99
Theater 142 – 145
Thüringen 6 – 7
Tourismus 160 – 163

U

Umwelt 78 – 81
Umweltbundesamt 78 – 81
Umweltschutz 78 – 81
Umwelttechnologien 88 – 89
Universität 98 – 101

V

Vereinte Nationen (VN) 42 – 45, 50 – 53

W

Wahlen 16 – 17
Wahlsystem 16 – 17
Währung 8 – 9
Wanderwege 160 – 163
Wein 170 – 171
Wellness 160 – 163
Welterbestätten 160 – 163
Wiesbaden 6 – 7
Windkraft 84 – 87
Wirtschaft 58 – 61
Wissenschaft 94 – 97, 102 – 105
Wissenschaft Weltoffen 106 – 107
Wohnen 158 – 159

Z

Zentralstelle für das Auslands-
schulwesen 134 – 137
Zentrum für Internationale
Friedenseinsätze (ZIF) 42 – 45
Zivilgesellschaft 126 – 127
Zugspitze 12 – 13
Zuwanderung
30 – 31, 114 – 115, 118 – 121

IMPRESSUM

Herausgeber

Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main,
in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, Berlin

Konzeption und redaktionelle Leitung

Peter Hintereder, Janet Schayan

Projektkoordination

Andreas Fiebiger

Redaktion

Johannes Göbel, Martin Orth, Dr. Helen Sibum

Autoren

Matthias Bischoff, Dr. Eric Chauvistré,
Constanze Kleis, Joachim Wille

Art-Direktion

Martin Gorka

Info-Grafiken Panorama

Einhorn Solutions

Produktion

Kerim Demir, André Herzog

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main, Deutschland
Internet: www.fs-medien.de
E-Mail: tatsachen@fs-medien.de

Auswärtiges Amt

Abteilung für Kultur und Kommunikation
Werderscher Markt 1
10117 Berlin, Deutschland
Internet: www.auswaertiges-amt.de
E-Mail: 608-R@auswaertiges-amt.de

Druck

Werbedruck GmbH Horst Schreckhase
34286 Spangenberg, Deutschland
Printed in Germany 2015

Redaktionsschluss

September 2015

ISBN

978-3-95542-161-8



© Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Alle Rechte an Text und Bild vorbehalten.

Nachdruck mit Genehmigung und Quellenangabe möglich.

„Tatsachen über Deutschland“

erscheint in folgenden Sprachfassungen

Arabisch, Chinesisch, Deutsch, Englisch, Farsi, Französisch,
Indonesisch, Italienisch, Japanisch, Koreanisch, Litauisch,
Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, Tschechisch,
Türkisch, Ukrainisch und Vietnamesisch

„Tatsachen über Deutschland“ im Internet

www.tatsachen-ueber-deutschland.de

Die Herausgeber legen Wert auf eine Sprache, die
Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt.
In dieser Publikation finden sich allerdings nicht
durchgängig geschlechtergerechte Formulierungen,
da die explizite Nennung beider Formen in manchen
Texten die Lesbarkeit erschwert.

UNTERWEGS IN DEUTSCHLAND

Vom Visum bis zur Stromspannung: Nützliche Informationen und wichtige Telefonnummern für Reisende in Deutschland

Ausweise und Visa: Ausländer brauchen bei der Einreise einen gültigen Reisepass oder ein Passersatzpapier. Für Angehörige der meisten westeuropäischen Staaten genügt ein gültiger Personalausweis. Kinder brauchen in den meisten Fällen ein eigenes Reisedokument. Für Staatsangehörige bestimmter Länder ist zur Einreise ein Visum erforderlich. Für Informationen sind die deutschen Auslandsvertretungen (Botschaften und Konsulate) Ansprechpartner.

→ auswaertiges-amt.de

Mit dem Flugzeug: Deutschland wird von mehr als 100 internationalen Luftverkehrsgesellschaften angeflogen. Das globale Streckennetz verbindet 22 internationale Flughäfen in Deutschland mit allen Regionen der Welt. Die größten Airports sind in Frankfurt am Main, München und Düsseldorf. Alle Flughäfen sind gut an das jeweilige Verkehrsnetz angebunden.

→ frankfurt-airport.de

→ munich-airport.de

→ dus.com

Mit der Bahn: Deutschland hat ein flächendeckendes Bahnnetz von gut 33.000 Schienenkilometern. Fern- und Nahverkehr sind aufeinander abgestimmt und bieten gute Anschlüsse. Von Deutschland aus führen täglich mehr als 250 Direktverbindungen in rund 120 europäische Städte. Hotline der Deutschen Bahn AG:

Tel.: +49 18 06 99 66 33

→ bahn.com

Mit dem Bus: Auch mit Linienfernbussen lässt sich Deutschland gut bereisen: Inzwischen gibt es mehr als 250 Fernbuslinien. Besonders groß ist das Angebot zwischen Städten: Jede deutsche Metropole wird von Fernlinienbussen angesteuert. Und auch in manch einer Stadt mit weniger als 10.000 Einwohnern gibt es eine Haltestelle für Fernbuslinien. Acht größere Anbieter konkurrieren in Deutschland. Auskünfte über Verbindungen:

→ busliniensuche.de

→ fernbusse.de

Mit dem Auto: Deutschland hat ein hochmodernes Straßennetz. Über 700 Raststätten, Tankstellen, Motels und Kioske sind an dem rund 13.000 Kilometer langen Autobahnnetz Tag und Nacht geöffnet. Tanken kann man folgende bleifreie Benzinsorten: Super (95 Oktan), Super E10 (95 Oktan), Super Plus (98 Oktan), außerdem Diesel. Auf den Bundesautobahnen gibt es – sofern keine Geschwindigkeitsbegrenzungen ausgeschildert sind – kein Tempolimit, empfohlen ist jedoch eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h.

In geschlossenen Ortschaften gilt eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h, außerhalb von 100 km/h. Autobahngebühren werden nicht erhoben. Das Anlegen von Sicherheitsgurten ist vorgeschrieben. Kinder bis zu einer Körpergröße von 150 cm müssen mit Kindersitzen gesichert werden. Rettungsdienste oder eine Pannenhilfe können an der Autobahn über Notrufsäulen herbeigerufen werden. Die großen Automobilclubs (ADAC, AvD) halten Informationen für Autotouristen bereit. Pannendienst des ADAC

Tel.: +49 18 02 22 22 22, → adac.de

Notruf des AvD

Tel.: +49 80 09 90 99 09, → avd.de

Unterkunft: Unterkünfte gibt es in jeder Kategorie: vom Privatzimmer über die Ferienwohnung bis hin zum Luxushotel. Auch in den unteren Preisklassen werden Standards gesetzt und kontrolliert. Tourismusverbände und Fremdenverkehrsämter bieten spezielle Gastgeberverzeichnisse an.

→ germany.travel

Jugendherbergen: Mehr als 500 Jugendherbergen in Deutschland nehmen Mitglieder jedes Jugendherbergsverbandes auf, der der International Youth Hostel Federation angeschlossen ist. Gegen Gebühr gibt es auch einen internationalen Ausweis.

Deutsches Jugendherbergswerk

Tel.: +49 52 31 74 01-0

→ djh.de

Geld und Währung: Gesetzliches Zahlungsmittel ist der Euro (1 Euro = 100 Cent). Bargeld kann man rund um die Uhr an Geldautomaten mit EC-Karte oder internationalen Kreditkarten abheben, alle gängigen Kreditkarten werden akzeptiert. Preise sind Inklusivpreise.

Notfall-Rufnummern:

Tel.: 110 für Notruf, Polizei

Tel.: 112 für Feuerwehr und Unfall

Zeitzone: In Deutschland gilt die mitteleuropäische Zeit (MEZ). Zwischen Ende März und Ende Oktober werden die Uhren eine Stunde vorgestellt (Sommerzeit).

Strom:

Die Stromspannung beträgt 230 Volt.

Alles, was Sie über das Deutschland von heute wissen wollen, steht in „Tatsachen über Deutschland“. Wie das politische System funktioniert. Welche Leitlinien die Außenpolitik prägen. Was die Wirtschaft auszeichnet. Welche Diskurse die Gesellschaft beschäftigen. Was neu ist in Kunst und Kultur – und viele Themen mehr.

Aktuell, zuverlässig und kompakt mit vielen Zahlen, Fakten und Schaubildern bietet das praktische Handbuch profundes Basiswissen und Einblick in alle Bereiche des modernen Lebens in Deutschland.

→ tatsachen-ueber-deutschland.de

